

S y s t e m
d e s
N a t u r r e c h t s

nach kritischen Principien

v o n

Karl Heinrich Heydenreich.

Zweyter Theil.



L e i p z i g,
bey Johann Gottlob Feind.
1 7 9 5.

2. Aufl.

des

Neuer

nach kirchlichen Principien

von

Karl Heinrich Heydenreich

Zweiter Theil

Leipzig

bei Johann Gottfried Pöschel

V o r r e d e,

enthaltend

Erörterungen verschiedener Lehrstücke des ersten Theils.

Gründe, welche aus den Verhältnissen des Buchhandels entspringen, vermochten mich den ersten Theil dieses Werkes in der Mitte einer der wesentlichsten Untersuchungen des Naturrechts, der Theorie der Verträge abzurechnen. So ungern ich dieses that, so zog es doch den Vortheil nach sich, daß ich vor Erscheinung des zweyten Theiles mehrere Urtheile einsichtsvoller Männer über meine Ideen vernehmen, oder sie mit

entgegenstehenden Behauptungen nachher erschienenener Schriften über dieselbe Wissenschaft zusammenhalten konnte. Und nur deshalb, weil ich demjenigen Theile des Publikums, der mich seiner Aufmerksamkeit würdigte, Rechenschaft über die Resultate meiner Benutzung öffentlicher Beurtheilungen und Gegenmeynungen schuldig zu seyn glaube, übernehme ich am Eingange dieses Theiles die Rolle eines Vorredners.

Nur in der staatswissenschaftlichen und iuristischen Litteratur (vom J. 1794. Jul.) ist bis jetzt eine ausführlichere Beurtheilung meines Buches erschienen, welche meine Aufmerksamkeit um so mehr auf sich ziehen mußte, da in ihr der ganzen Grundlage meines Naturrechts, eine ziemlich große Anzahl von Einwendungen entgegengesetzt wird, unter denen einige dem Scharfsinne ihres Urhebers Ehre machen. Um so weniger halte ich es für zweckwidrig, meine Versuche, jene Einwendungen zu heben, und meine damit

bestrit-

bestrittenen Sätze zu bekräftigen, dieser Vorrede einzuverleiben.

Der Begriff *des Rechtes* ist einer von jenen praktischen Begriffen, über welche alle Menschen, nach dem, was sie in und mit ihm denken, vollkommen einig sind. Einem Jeden drückt er, im Allgemeinen gefaßt, nichts andres, als eine von den Gesetzen der sittlichen Vernunft abhängige Freyheit zu handeln aus, eine Freyheit, welche ohne die Befugniss, sie durch Zwang zu sichern, nicht gedacht werden kann; also: *ein nicht gehindert werden sollen*. Er gilt blos von vernünftig-sittlichen Wesen, wiefern die äufsre Freyheit des einen durch die Willkühr des andern eingeschränkt werden kann, aber dem Gesetze zu Folge nicht darf. Er führt mit sich den allen sittlichen Begriffen gemeinschaftlichen Charakter der Allgemeingültigkeit, besitzt aber zugleich auch, und zwar eigenthümlich den Charakter der Allgemeinbeurtheilbarkeit. Die Nothwendigkeit, welche er ankündigt, hat das

ganz Sonderbare, daß sie unaufheblich ist, wenn man *Recht* als *Recht* betrachtet, während doch zugleich nicht geleugnet werden kann, daß *Rechte* in vielen Fällen *Pflichten* nachstehen müssen. *)

Wir

*) Daß alle diese Merkmale zu dem Begriffe *Recht* gehören, sagt einem Jeden sein Bewußtseyn. Die gemeine Menschenvernunft hat auch nicht veräuht, beynahe jedes derselben in einem Sprüchworte auszudrücken. So drückt sie die Unwandelbarkeit *des Rechtes* durch das Sprüchwort: *Recht ist (bleibt) Recht*; die Unterordnung desselben unter die Pflicht in vielen Fällen durch ein andres: *summum jus summa saepe iniuria* aus. — Die wesentlichen Merkmale des Begriffs *Recht* werden aber nicht von Jedem immer klar und deutlich vorgestellt, nicht von Jedem mit Vollständigkeit und Präcision gefaßt, und der ganze Begriff nicht selten falsch angewendet. Indessen lassen sich die Fehler im Denken bey keinem sittlichen Begriffe leichter entdecken, als bey diesem; die falschen Anwendungen desselben führen jederzeit fogar auf handgreiflichen Widersinn,

Wir sind uns bewußt, daß wir *Recht haben*, Menschheit ohne Recht ist undenkbar; *sich bewußt seyn*, *Recht zu haben* aber heißt *im Allgemeinen* nichts anders, als sich der Pflicht, die äußere Freyheit keines seiner Mitwesen zu verletzen, als einer für alle Menschen allgemeinen und gleichnothwendig geltenden Pflicht bewußt seyn, und seine äußere Freyheit eben deshalb für unverletzlich halten. Alles Recht ist in der Idee der durch das Sittengesetz der Vernunft bestimmten Befugniß, jeder Einschränkung seiner äußern Freyheit durch Wesen seiner Art Gewalt entgegen zu setzen, begriffen, und die ganze unter dem Nahmen des Naturrechts bekannte Wissenschaft beschäftigt sich bloß mit dem Erweise, und der systematischen

A 4 deta-

derfinn, wie z. B. wenn man sagen wollte: der Mensch habe ein *Recht*, von Gott proportionirte Zutheilung von Glückseligkeit zu fordern, der Mensch habe ein *Recht*, ein Leben nach dem Tode zu glauben, ein *Recht*, tugendhaft zu seyn u. dergl.

detaillirten Entwicklung iener Befugniss, in alle aus ihr entspringende, und ihr untergeordnete Befugnisse.

Von ieher schien mir das Naturrecht eine äusserst einfache Wissenschaft zu seyn; eine Wissenschaft, deren Resultate sich mit der leichtesten Bündigkeit ergeben, so bald nur richtige Prinzipien zum Grunde gelegt worden sind. Allein bey genauerer Bekanntwerdung mit ihrem bisherigen Zustande konnte mir eben so wenig entgehen, dass die Legung des Fundamentes derselben mit ausserordentlichen und vielleicht nur von den Wenigsten gefühlten Schwierigkeiten verknüpft sind, und so wie ich einsahe, dass die ganze Würde der Wissenschaft auf ihrer strengen und vollkommenen Erwiesenheit beruhe, welche ohne die gesichertesten Prinzipien nicht möglich ist, so fühlte ich das Dringende des Problems, dem Naturrechte eine Grundlegung zu geben, deren Wahrheit und Festigkeit ieder anerkennen müsste.

Die

Die schwerste Frage schien mir hierbey immer die zu seyn: *Wie ist überhaupt dasienige Verhältniß des freyen Willens zu den Gesetzen der sittlichen Vernunft möglich, welches der Begriff eines Rechtes ausdrückt, wie ist es möglich, da aus Gesetzen dieser Vernunft bloß Pflichten folgen, und ein Zustand der Indifferenz für den Willen, wiefern er unter ienen Gesetzen steht, und zwischen verschiednen Handlungen die Wahl hat, sich vernünftiger Weise gar nicht denken läßt?* Da mir diese Frage durch keine der bisherigen Deduktionen des Begriffes des Rechtes beantwortet schien, versuchte ich dieienige neue Ableitung, welche der erste Theil dieses Buches enthält, und welche ich nachmals in einer Abhandlung über die Grenzen des Naturrechts und der Pflichtenlehre,*) so wie im 2ten**) und 3ten Theile meiner Pro-

A 5 pädäv.

*) Berlin. Monatschr. 1794. Aug. Origin. Id. II. Th. III.

**) im VI. Abschnitte.

pädeutick der Moralphilosophie *) weiter erörtert, und fortgeführt habe. Durch sie allein scheint mir die Möglichkeit alles *Rechtes*, der wahre Unterschied desselben von der *Pflicht*, die genauen Grenzen zwischen dem *Bewußtseyn des Rechts* und dem *Gewissen*, zwischen *Naturrecht* und *Pflichtenlehre* gehörig einzuleuchten. **)

Der Herr Recensent meines *Naturrechts* in der staatswiss. u. iurist. Litt. setzt
meiner

*) In mehrern Artikeln, z. B. *Forum*, *Recht* u. f. w.

**) Gewiß spricht es sehr zum Vortheile einer Theorie, wenn sich nach ihr alle, selbst die verwickeltesten Fragen über ihren Gegenstand mit Leichtigkeit beantworten lassen. Mehrere Mahle habe ich das *Naturrecht* nach allen seinen auch den kleinsten Theilen unter Voraussetzung meiner Deduktion durchdacht, und kann ohne alle selbstische Vorliebe für sie, sagen, daß sich nach ihr die schwersten, ja die verzweifeltesten Probleme der Wissenschaft auf die einfachste Weise lösen lassen.

meiner Deduktion folgende zum Theil sehr feine Bemerkungen entgegen, die ich, obwohl ich sie bereits an einem andern Orte schon kürzlich geprüft habe, doch nochmals, und zwar umständlicher beleuchten will, weil die Sache unter diejenigen wissenschaftlichen Angelegenheiten gehört, welche mir gegenwärtig, aus ganz reinem Interesse am meisten am Herzen liegen:

1. „*Alle Rechte werden nach meiner Deduktion, in der Theorie schwankend und ungewiß, indem der Unrechtanthuende, der die innre Verpflichtung des Befugten nicht weiß, eben deswegen ungewiß seyn muß, ob und was dieser in Beziehung auf ihn solle oder nicht solle.*“
2. „*Das Naturrecht werde nach meiner Theorie aus dem Gebiete des äußern Gerichtes in das Gebieth des innern versetzt.*“
3. „*Ein dürfen ohne einen an und für sich dürfenden sey nichts.*“

4. „*Das*

4. „Das Bewußtseyn des Unrechtanthuenden: dir ist es verbothen, die gegen dich thätige Willkühr des Unrechtleidenden zu hemmen, setze schon das Bewußtseyn voraus: ihm ist die That erlaubt, ihm läßt in Betreff derselben das Sittengesetz freye Hand.“
5. „Nach meiner Theorie sey alles Dürfen bloß Schein.“
6. „Meine Theorie mache den Götterfunken der moralischen Freyheit und Berechtigung, der in aller Menschen Herzen iedem fühlbar glüht, für unsern Kopf unsichtbar, und lösche ihn aus.“
7. „Es fehle der ganzen Theorie am Beweise. Denn, wenn gesagt wird: Vor meinem Gewissen darf ich nie, weil ich immer soll, so ist das letztere kein Argument für das erstere, weil es im Grunde nichts anders sagt, als: vor meinem Gewissen darf ich nie, weil ich nicht darf.“
8. „Folgt aus dem Satze, daß die Vernunft mit Nothwendigkeit über unsre Frey-

Freyheit gebiethet, d. h. allen ihren praktischen Gesetzen das Gepräge der Nothwendigkeit aufdrückt, daß unter diesen Gesetzen keines sey, welches mit eben der Nothwendigkeit und Allgemeingültigkeit meine Willkühr sich selbst überläßt, mit welcher andre ihrer Gesetze mich verpflichten und binden?“

9. *„Folgt daraus, daß die praktische Vernunft meinem intelligibeln Charakter eine einzig mögliche moralisch nothwendige Form vorstellt, daß auch alle meine sensiblen Thaten nothwendig und unabänderlich bestimmt sind?“*

10. *„Keine einzige freye Handlung, wiefern sie frey ist, ist moralisch indifferrent; sie ist entweder recht, oder nicht recht, aber, kann es darum unter den rechten Handlungen keine willkührlichen geben? Was das moralische Gesetz verfügt, das ist recht; wenn es also meine Willkühr sich selbst überläßt, so ist es recht, wenn ich willkührlich handle, so darf ich.“*

11. *„Wenn*

11. „Wenn man Form und Materie der Handlungen, Gesinnung und That, Dichten und Trachten, Handel und Wandel gehörig unterscheidet, so findet man, dass zwar die Form unsern freyen Handlungen durch das Gesetz der Sittlichkeit unabänderlich bestimmt, und unserm Ich ausschliessendes Halten an diesem heiligen Gesetze als Pflicht vorgestellt wird, dass aber auch, obgleich unser Wille sich einzig der praktischen Vernunft gemäss richten solle, aus eben dieser Rücksicht auf die praktische Vernunft erkannt wird, dass im Betreff gewisser Thaten unsre Willkühr von Gottes und Rechtswegen ganz frey ist.“

12. „Ferner findet man durch dieselbe Unterscheidung (11.), dass zwar unsre Gesinnung und die durch sie bestimmten Entschlüsse nur entweder recht oder unrecht ist, hiermit aber die Willkührlichkeit gewisser Thaten auf keine Weise streitet.“

13. „Fer-

13. „Ferner: dass wir zwar auch bey der Ausübung unsrer Rechte an das Gesetz der Pflicht gebunden sind (bey dem Verfolgen unsrer Rechte auch an unsre Pflichten denken sollen) und daher in bestimmten Fällen das Bestehen auf oder das Nachlassen von unserm Rechte moralisch nothwendig werden könne, aber dass Recht als Recht den Charakter der moralischen Freyheit (vom Sittengesetz sich selbst überlassener Willkühr) wesentlich trage, und deswegen sowohl in dem eignen als fremden Bewusstseyn ein Durfen, kein Sollen oder nicht Sollen erzeuge.“

14. „Endlich: dass das Naturrecht als die Wissenschaft der äusserlich erkennbaren Rechte kein inneres — aus dem Bewusstseyn des Einen oder des Andern — sondern ein äusseres — aus dem Verhältniss der That zu der Freyheit der Menschen bestimmtes Criterium der Zwangsrechte fordere.“

Ich

Ich beantworte diese Einwürfe, nach den Nummern, mit denen sie bezeichnet sind, folgendermaassen.

Es ist das eigenthümlichste meiner Theorie, daß der Unrechtanthuende die innre einseitige Verpflichtung des Rechthabenden gar nicht zu kennen, und gar nicht darauf Rücksicht zu nehmen braucht, um über das *Recht* des Rechthabenden zu entscheiden; dazu gehört nach mir blos, daß er *wisse*, was ieder in solchem Falle wissen muß, daß nämlich der Rechthabende *weiß*, ieder Mensch sey verpflichtet, sich ieder Einschränkung der Freyheit seines Mitmenschen zu enthalten, und demjenigen, der sich gegen eine Einschränkung seiner Freyheit vertheidigt, nicht zu widerstehen, und der Unrechtanthuende stehe demnach auch unter der Nothwendigkeit dieser Verpflichtung. Die allgemeine Verpflichtung der Menschen, nach welcher keiner die äufsre Freyheit des

des andern wider seinen Willen einschränken darf, keiner der Gewalt widerstehen darf, womit ein Anderer im Fall eines Angriffs auf seine Freyheit sich vertheidigt, ist so beschaffen, daß Jeder, der seiner bewußt ist, sie unter allen Umständen weiß, weiß, daß jeder andre sie weiß, und jeder andre auch *das* weiß, daß jeder Andre sie weiß. In Hinsicht dieses Wissens ist kein Unterschied unter den Menschen möglich, es wird durch die Umstände nicht modificirt, die Anwendung davon auf gegebene Fälle, erfolgt nach äußern ganz unzweydeutigen Kriterien. Und dieses Wissen allein bestimmt das Bewußtseyn des *Dürfens*, d. h. des *nicht gehindert werden Sollens* des Rechthabenden.

Weit entfernt also, daß alle Rechte, nach meiner Theorie schwankend und ungewiß werden sollten, indem der Unrechtanthuende, bey seiner Unkunde der Verpflichtung des Rechthabenden in Beziehung auf den gegebenen rechtlichen Fall,

ungewiß seyn muß, ob und was dieser in Beziehung auf ihn solle oder nicht solle, sind vielmehr alle Rechte eben in sofern ganz bestimmt und liquid, als der Unrecht-
anthuende seine eigne That bloß nach der allgemeinen Verpflichtung der Menschen für ihre gleiche äußere Freyheit, ohne alle weitere Hinsicht, beurtheilt.

2.

Daß ich das Naturrecht aus dem Gebieth des äußern Rechtes in das Gebieth des innern versetze, ist ein Vorwurf, welcher meine Deduktion alles Rechtes am wenigsten trifft, da sie ganz darauf berechnet ist, das *äußere* Gericht mit Schärfe von dem *innern* zu unterscheiden, und alle Grundsätze des Naturrechts bloß nach den Prinzipien von jenem zu entwickeln.

Allein so wie überhaupt der Begriff des *äußern Gerichts* noch gar nicht fixirt ist, so mögen wir Beyde auch wohl mit demselben einen sehr verschiedenen Sinn verknüpfen.

Das

Das *äußere Gericht* ist keinesweges die *kluge Vernunft*, welche über Einschränkungen der eigenen Glückseligkeit, als solche entscheidet, und die zu Verhütung und Hebung derselben erforderlichen Maasregeln wählt, eben so wenig dieselbe Vernunft, wiefern sie etwa blos die *äufsre That*, nach ihrem Einflusse auf *äufsere Freyheit*, beurtheilt, ohne Hinsicht auf die sittlichen Gründe der Willensbestimmung des Thäters, es ist die reine praktische Vernunft, wiefern und zwar blos wiefern sie das Gesetz giebt: ein Menschenwesen solle jede Handlung unterlassen, wodurch es das andre im Kreise seiner Freyheit einschränkte, und im Falle es dies unternähme, oder schon gethan hätte, der Gewalt nicht widerstehen, die das durch selbiges leidende Mitwesen zu seiner Vertheidigung ausübt. Dieses Gesetz ist allgemein gültig, die dadurch bestimmte Verpflichtung ist im Bewusstseyn eines jeden unter allen Umständen auf gleiche Weise vorhanden und wirksam,

wird also auch als in selbigem auf gleiche Weise vorhanden und wirksam von jedem in jedem jederzeit vorausgesetzt, und die Entscheidung über Handlungen nach derselben erfolgt nach äußern ganz unzweydeutigen Kriterien.

Das *äußere* Gericht entscheidet jederzeit über die *erscheinende* Handlung, und über diese auch allein; das Kriterium über ihren Gehalt zu entscheiden, ist bloß: *ob dadurch ein Mitwesen in seiner äußern Freyheit eingeschränkt werde.*

Von dieser Entscheidung müssen wir die einseitige individuelle Entscheidung des Gewissens in Rücksicht des gegebenen Falles im Gemüthe des Unrechtleidenden, des Unrechtanthuenden und der übrigen Menschen unterscheiden; diese rührt vom *Forum internum* her, welches nichts anders ist, als die *reine praktische Vernunft*, inwiefern sie nach dem ganzen System ihrer reinen und angewandten sittlichen Gesetze in jedem rechtlichen Falle dem Recht habenden, dem Thäter des Unrechts, und
den

den übrigen Menschen eine einzige Handlungsweise als nothwendig gebiethet.

Indem ich alles Recht des Rechthabenden herleite von dem Bewußtseyn *der allgemeinen, also auch im Gemüthe des Unrechtanthuenden und der übrigen Menschen vorauszusetzenden Pflicht*, Unrecht zu unterlassen, und vertheidigendem Zwange nachzugeben, nach welcher isolirt vorgestellten Pflicht das *äußere* Gericht richtet, so erhellet, wie sehr mein Recensent sich übereilt hat, wenn er mir Schuld giebt, ich spiele das Naturrecht in das Gebieth des *innern* Gerichts, da gerade ich es ganz auf das Gebieth des *äußern* Gerichts mit einer Festigkeit einschränke, welche man in meinen Vorgängern nicht findet. Wie so ganz ich die Entscheidung über Recht und Unrecht von der individuellen Verpflichtung des Rechthabenden und Unrechtanthuenden absondre, muß vorzüglich aus meiner Abhandl. *über die Grenzen des Naturrechts und der Pflichtenlehre* ein-

leuchten. (Berlin. Monatschr. 1794. Aug. Originalid. über d. k. P. II. B. III.)

3.

Nichts heist hier unstreitig ein nach der Natur der sittlichen Vernunft und Freyheit unmögliches, und gar nicht einmahl gedenkbares Verhältniß des Willens. Dafs ein *an und für sich* (d. h. vor seinem eignen Gewissen,*) *bloß* *Dürfender* nach dem Verhältnisse der sittlichen Vernunft zur Freyheit gar nicht möglich ist, glaube ich bewiesen zu haben, zugleich aber auch gezeigt zu haben, wie *das Dürfen*, welches im Begriffe des Rechtes liegt, und nichts weiter heist, als: *nicht gehindert werden*

*) *Gewissen* drückt aus: das ganze System der sittlichen reinen und angewandten Gesetze, wiefern es auf die Beurtheilung seiner eignen Willensbestimmungen angewendet wird. Nach den Entscheidungen dieses ganzen Systems kann keine freye Handlung, welche einen eigenthümlichen Charakter und eigenthümliche Folgen hat, erlaubt seyn.

werden sollen, im Bewußtseyn eines ieden vernünftig-sinnlichen Wesens entstehe.

Wenn also der Beurtheiler meines Buchs sagt: „*ein Dürfen ohne einen an und für sich Dürfenden ist nichts*,“ so kann ich diesen Einwurf für nichts weiter als für einen Machtspruch halten. Es liegt demselben ob, zu erweisen: 1) daß alles *Dürfen*, nach meiner Theorie, nichts denkbares zu denken gebe, daß der Begriff, nach meiner Deutung keinen Sinn habe; 2) daß er nicht, so wie ich ihn bestimmt, im Bewußtseyn des Menschen enthalten sey; 3) daß er nicht, mit dem von mir behaupteten Inhalte, aus der von mir versuchten Deduktion folge.

4.

Das Bewußtseyn des Unrechtanthuenden: ihm sey *verboten*, der vertheidigenden Gewalt des Unrechtleidenden zu widerstehen, setzt keinesweges das Bewußtseyn voraus, daß dem Unrechtleidenden vertheidigende Gewalt *erlaubt* und

blos erlaubt sey; auch wenn dieser zur vertheidigenden Gewalt verpflichtet wäre, wäre es den Unrechtanthuenden durch die Vernunft gebothen, nachzugeben, verbothen, zu widerstehen. Dafs man sich aber den Recht habenden blos als Recht habenden vorstellen könne, ist nur durch Beziehung auf die allgemeine, und also auch im Bewusstseyn des Unrechtanthuenden enthaltene Verpflichtung, Unrecht zu unterlassen, und vertheidigender Gewalt nicht zu widerstehen möglich.

5.
Wenn *Dürfen* heissen soll: durch das ganze System moralischer Gesetze in seinem Bewusstseyn, in Beziehung auf den gegebenen Fall freye Willkühr haben, zu zwingen, oder nicht zu zwingen, so gebe ich nicht nur zu, dafs ein solches *Dürfen* Schein ist, sondern ich behaupte sogar, es sey ein grofser und verderblicher Irrthum, ein solches *Dürfen* zu behaupten. Allein *Dürfen*, in dem von mir bestimmten Sinne,

Sinne, als: *nicht gehindert werden sollen*,
ist kein Schein, sondern eine obektiv
wahre sittliche Vorstellung.

6.

Wenn hier eine solche Berechtigung
gemeynt ist, bey welcher das ganze System
von Vernunftgesetzen in meinem Bewusst-
seyn in Beziehung auf den gegebenen
Fall es meiner Willkühr anheimstellt, zu
meiner Vertheidigung Gewalt gegen meine
Mitmenschen zu brauchen, oder nicht, so
gestehe ich, dafs ich es für verdienstlich
halte, etwas zur Vernichtung jenes Phan-
toms beyzutragen.

7.

Wenn ich gesagt habe, dafs ich nach
der Entscheidung des ganzen Systems der
sittlichen Gesetze in Beziehung auf einen
gegebenen Fall nie *dürfe*, iederzeit *solle*,
so habe ich gewifs nichts vorausgesetzt,
was noch eines Erweises bedürfte.
Denn die sittlichen Gesetze thun weiter
nichts, als dafs sie *gebiethen*, und ihr gan-

zes System bestimmt für jeden praktischen Fall eine *einzig mögliche*, sittlich gute Handlung. Ich frage also mit gutem Grunde: wie ein *Bewußtseyn des Dürfens* möglich sey? eine Frage, deren Wichtigkeit, zu meinem sich immer erneuernden Erstaunen, kein Naturrechtslehrer auch nur geahndet zu haben scheint.

8. Allerdings folgt es sehr bündig, daß, wenn das ganze System aller sittlichen Gesetze für jeden praktischen Fall eine *einzig mögliche*, sittlich gute Handlung bestimmt (dies war meine Behauptung), es kein Gesetz der Vernunft geben kann, welches *mit Nothwendigkeit und Allgemeingültigkeit unsre Willkühr ihr selbst überliesse*. Es liegt Rec. ob, die Möglichkeit eines solchen praktischen Vernunftgesetzes zu zeigen.

9. Dieser Einwurf kann nichts anders heißen, als: „*daraus daß die reine praktische*

rische Vernunft meinem Willen für jede seiner freyen Bestimmungen eine unabänderliche Form gebiethet, eine Handlungsweise, welcher schlechterdings jede angemessen seyn soll, folgt nicht, daß sie auch über jede meiner erscheinenden Handlungen mit derselben Strenge gebiethe.“ Das Vernunftgesetz richtet sich allezeit lediglich an den Willen, ein intelligibles Vermögen, und hat mit der sensiblen That unmittelbar nichts zu thun. Wiefern aber die Willensbestimmung in äußere That übergeht, ist auch diese, nur mittelbar durch das Gesetz bestimmt.

Rechte beziehen sich jederzeit auf äußere Handlung, auf die That des Zwingens. Bey Beurtheilung der Moralität einer That, welche in uns, oder unsern Mitmenschen Veränderungen hervorbringt, Einfluß auf Vollkommenheit und Glückseligkeit hat, muß auf diese Folgen gesehen werden, und wenn diess geschieht, zeigt es sich, daß keine solche indifferent ist. Die That des Zwingens ist eine solche,

solche, sie ist also nie indifferent; nie ist es gleichgültig, ob der Rechthabende zwin-
ge, oder nicht zwinge. Ich habe Recht,
gegen den Angreifer meines Lebens, mei-
ner Vollkommenheit, Freyheit, Ehre,
Zwang zu brauchen, aber in keinem Falle
ist es gleichgültig, ob ich den Zwang aus-
übe, oder nicht. Diejenigen Beyspiele,
welche der Rec. anführt, beweisen nichts
gegen mich. Er führt nämlich Handlun-
gen an, welche sich nach ihren Verhält-
nissen und Folgen vollkommen gleich sind,
in Beziehung auf welche also gar keine
Wahl nach sittlichen Gründen Statt fin-
det.*)

10. Wenn

*) Gesetzt auch, es ließen sich Fälle erden-
ken, in denen es ganz gleichgültig wäre,
ob man rechtmässigen Zwang ausübte
oder nicht, wie z. B. wenn ein verleumde-
rischer Mensch einen allgemein verehrten
Mann ohne alle Wirkung in üble Nachrede
zu bringen sucht, oder wenn Iemand ei-
nen, ohne alle muthmassliche Folgen, ei-
nen Schurken nennt, so folgt doch aus
diesen

10.

Wenn der Herr Rec. hier zugesteht, jede freye Handlung sey entweder *recht* oder *nicht recht*, so denkt er sich unter diesen Wörtern: a) entweder *gebothen*, und *verbothen*; in diesem Falle fordre ich den Erweis, daß es nichts desto weniger *willkührliche* d. h. weder gebothene, noch verbothene *freye* Handlungen geben könne; b) oder *erlaubt* und *nicht erlaubt*, dann tritt meine Frage in ihrer vollen Kraft ein: wie es *erlaubte* Handlungen geben, wie das moralische Gesetz meine Willkühr ihr selbst überlassen könne.

11.

diesen Beyspielen im Ganzen nichts gegen die Theorie. Die Gleichgültigkeit liegt hier darinn, daß die möglichen Handlungen (den rechtmässigen Zwang auszuüben, oder nicht auszuüben) sich ihren Beziehungen nach so gleich find, daß die sittliche Urtheilskraft bey der Subsumtion derselben unter das Sittengesetz gleiche Resultate gewinnt.

I I. 12.

Wenn der Herr Rec. mir die Verwechselung des *Fori externi* mit dem *Foro interno* Schuld giebt, zeigt er selbst die Unbestimmtheit seiner Begriffe von diesen Gegenständen. Daraus, daß ich behaupte, *Rechte der Menschheit* setzen *Pflichten der Menschheit* voraus, anders lasse sich gar kein Recht des Menschen für seine äußere Freyheit denken, ohne die allgemeine Pflicht aller Menschen in Beziehung auf die äußere Freyheit eines Ieden, daraus folgert er, daß ich das *äußere Gericht* mit dem *innern* verwechsle! Jedem *Rechte* korrespondirt *Pflicht* von Seiten der übrigen Menschen, und *ein Recht haben*, ohne daß *Andre Pflicht hätten*, ist eine widersprechende Vorstellung. Wie mochte es doch der Herr Verf. eine *auffallende Erscheinung* nennen können, daß ich den *nächsten* Grundsatz des Naturrechts, welcher natürlich ein *Rechtsatz* ist, von einem *Pflichtsatze* ableite, der alle Menschen zur

gegen-

gegenseitigen Nichtverletzung ihrer Freyheit verbindet!

Iedes *Recht* bezieht sich auf äufsre *That*: Sicherung, Schützung seiner Freyheit und Selbstständigkeit durch Gewaltausübung gegen Mitmenschen, welche sie angreifen. Iedes *Recht* ist mir ein *Recht* zu zwingen.*)

Allein *Recht* ist deshalb nicht unabhängig von Beziehung auf innere sittliche Gefinnung des Unrechtanthuenden, vielmehr habe ich nur in sofern *Recht*, als Andre gegen meine äufsre Freyheit *pflichtwidrig* handeln können, oder handeln, oder gehandelt haben. *Recht* wird aber allein auf die allgemeine Pflicht, sich jeder

Ein-

*) Gerade darinn weiche ich von den Grundsätzen des Recensenten ab. „Das Naturrecht, sagt dieser, soll nicht blos die Frage beantworten: wenn habe ich ein Recht zu zwingen? sondern überhaupt: Was ist im Foro externo für ein mir zustehendes Recht zu erkennen?“ *Schaumaans* wissensch. Naturr. S. 129. 130.

Einschränkung der Freyheit seines Mitmenschen zu enthalten bezogen; eine Pflicht, welche unter allen Umständen als evident für einen jeden angenommen werden muß, und nach welcher gewisse äußere Handlungen, die nämlich, wodurch Freyheit eines Mitmenschen eingeschränkt wird, nach ganz unzweydeutigen, und einem jeden einleuchtenden Kriterien gerichtet werden können.

12. 13.

Dafs bey dem unter N. 11. enthaltenen Einwurfe unbestimmte und undeutliche Ideen im Spiele sind, verrathen die gewählten Ausdrücke nur zu sehr. — Was heist: „das Ich soll an dem heiligen Gesetze *ausschliessend halten?*“*) — Wie wird „aus der *Rücksicht* auf die praktische Vernunft“ erkannt, dafs „in Betreff gewisser Thaten“ unsre Willkühr „von

*) Diese Redensart ist eben so unbestimmt als das bey gewissen Schriftstellern so beliebte: „*aufsehen aufs Sittengesetz.*“

„von Gottes und Rechts wegen“ frey ist? — Welche *Rücksicht* auf die praktische Vernunft ist gemeint? — Welche *gewisse Thaten*? *) — Was kann es heißen: von Gottes und *Rechts wegen* rechtmässig seyn? —

Unbe-

*) Schwerlich wird der Herr Verfasser nach seiner eignen, in seinem *wissenschaftlichen Naturrechte* aufgestellten Deduktion des Rechtes über diese Fragen befriedigende Auskunft geben können. „Das allgemeinste Geboth der Vernunft in Hinsicht auf die Materie des Wollens ist, *du sollst, so weit du durch Freyheit Herr über die Natur bist, diese dem Sittengesetz anzupassen suchen.* Der Zweck also, den die Vernunft den Handlungen als Ziel vorschreibt, und der, weil er keinem andern untergeordnet ist, und keinen andern voraussetzt, *Endzweck* heisst, ist *Harmonie des Reichs der Natur mit dem Reiche der Freyheit*, d. h. das höchste Gut, und es läßt sich daher der allgemeinste materiale Grundsatz der Sittlichkeit auch so ausdrücken: *Du sollst das thun, was nothwendig ist, um das höchste Gut zu realisiren.* Aus diesem

II. Theil. C Gebo.

Gebothe der Vernunft ergiebt sich unmittelbar das Verboth: *du sollst das nicht thun, was der Realisation des höchsten Gutes widerstreitet.* — Zwischen diesen beyden Gesetzen, von denen das eine das *moralisch Nothwendige*, das andre das *moralisch Unmögliche* darstellt, liegt das Gesetz *des moralisch - Möglichen* in der Mitte, und lautet so: *Du darfst das thun, womit die Realisation des höchsten Gutes bestehen kann.* Was die Vernunft weder gebiethet, noch verbiethet, das ist weder moralisch nothwendig, noch moralisch unmöglich, also moralisch möglich. Nun gebiethet die Vernunft das, was nothwendig ist zur Realisation des höchsten Gutes, und verbiethet, was dieser widerstreitet, was also weder nothwendig ist zur Realisation des höchsten Gutes, noch auch derselben zuwiderläuft, d. h. womit die Realisation des höchsten Gutes bestehen kann, das ist moralisch möglich, das darf die Person. Das höchste Gut besteht aus dem obersten, unbedingten Gute *der reinen Sittlichkeit*, und aus dem untergeordneten bedingten Gute *einer der Sittlichkeit proportionirten Glückseligkeit.* Der von der moralischen Gesetzgebung der Vernunft aufge-

aufgegebene Endzweck bezieht sich also auf die Vernunft selbst, d. h. die Vernunft ist *Zweck an sich selbst*. Also auch jedes vernünftige Wesen ist *Zweck an sich selbst*, mithin auch das sinnlich vernünftige. Hierdurch wird nun der Stand des sinnlich vernünftigen Wesens in Foro externo (sein Verhältniß zur übrigen Welt) bestimmt. Es ist Zweck an sich selbst, und ieder hat es als Zweck an sich selbst anzuerkennen. Hieraus ergeben sich nun die materialen (in Foro externo geltenden) Grundsätze der moralischen Unmöglichkeit und Möglichkeit. Der Grundsatz der moralischen Unmöglichkeit stellt sich dar in der Formel: *Du hast kein Recht zu solchen Handlungen, welche das sinnlich vernünftige Wesen zu einem Mittel herabwürdigen*. Der materiale Grundsatz der moralischen Möglichkeit erhält folgende Formel: *Du hast kein Recht zu denen Handlungen, mit welchen die Würde des sinnlich-vernünftigen Wesens, als Zweck an sich selbst, bestehen kann.*“ Diese ganze Deduktion hat, wie mir scheint, so lange keine Bestimmtheit, als: a) kein bestimmtes Kriterium da ist, nach welchem man anzuerkennen fähig sey, mit welchen

C 2

Thaten

Thaten die Realisation des höchsten Gutes bestehen und zwar gerade nur bestehen könne; b) keines, nach welchem man entscheiden könne, mit welchen Thaten die Würde des sinnlich vernünftigen Wesens, als Zweck an sich selbst, bestehen, und zwar gerade nur bestehen könne. So lange diese Kriterien fehlen, kann man den Begriff des Rechtes — dieses Mittelding zwischen dem moralisch Nothwendigen und moralisch Unmöglichem — auch nach der Schaumannischen Theorie für nichts besseres, denn für eine chimärische Vorstellung halten. Wollte sich der Verf. darauf berufen, daß er gezeigt „Recht trete in sofern ein, als das Sittengesetz erklärt, daß die Person in Hinsicht auf die freywilligen Handlungen, welche nicht moralisch nothwendig sind, sich durch Naturtriebe bestimmen lassen könne,“ so würde er zu denselben Einwürfen nur noch mehr berechtigen; man würde die Frage erneuern: „welche freywillige Handlungen nicht moralisch nothwendig seyen“ und „nach welchem Prinzip die Vernunft erlaube, sich bey solchen Handlungen durch Naturtriebe bestimmen zu lassen.“ Der Herr Verf. hat das moralisch Erlaubte, wie

wie alle seine Vorgänger im Naturrechte
blos *angenommen*, aber die Möglichkeit
desselben nicht *erwiesen*. Denn er selbst
wird es nicht für *Beweis* ausgeben, wenn
er S. 91. §. 136. sagt: „Obgleich das Sit-
tengesetz die ganze *Gesinnung* der Person
bestimmt, und bey *allen* freywilligen
Handlungen die Rücksicht auf seine Sank-
tion gebiethet, so bestimmt es doch nicht
die ganze *Willkühr* der Person, sondern
stellt ihr einige freywillige Handlungen
frey. Da nun aber in einem ieden end-
lichen Wesen zwey Bestimmungsprinzipien
sind, der Sittlichkeit (moralischer Bestim-
mungsgrund) und der Natur (Naturtrieb);
so kann der Satz des vorigen Paragraphs
keinen andern Sinn haben, als diesen: das
Sittengesetz erklärt, daß die Person in
Hinsicht auf die freywilligen Handlungen,
welche nicht moralisch nothwendig sind,
sich durch Naturtriebe bestimmen lassen
könne.“ Nur durch Machtsprüche also
drängt sich auch in diesem System der Be-
griff *eines Rechtes* ein, und wenn man §.
192. als allgemeine Rechtsgesetze aufge-
stellt findet: „*Du hast ein Recht, deine*
vernünftige Natur zu erhalten und zu ver-
vollkommen, du hast ein Recht, deine
sinn-

Unbegreiflich ist mir, wie Rec. die letzte Bemerkung machen können, nach welcher es mir entgangen seyn soll, daß das Naturrecht ein *äußeres* Kriterium der Zwangsrechte erfordere, bestimmt durch das Verhältniß der *That* zu der Freyheit. Geht doch offenbar meine ganze Deduktion darauf hin, und habe ich doch ausdrücklich eine Formel des Grundsatzes des Naturrechts aufgestellt, welche das äußere Kriterium des Unrechts enthält, und ganz auf dem Verhältnisse der That zur Freyheit ruht. S. d. I. Theil S. 103.

Ich
sinnliche Natur zu erhalten und zu vervollkommen, du hast ein Recht, Sachen welche zur Erhaltung und Vervollkommnung deiner vernünftigen und sinnlichen Natur als Mittel dienen können, zu gebrauchen“ u. f. w. so begreift man nicht, wie dieselben Handlungen, welche in der Pflichtenlehre als *Pflichten* erscheinen, hier nur als *Rechte* vorkommen. — Derselbe Vorwurf trifft aber auch alle Systeme des Naturrechts, welche auf Kantische Prinzipien gegründet sind, selbst das neueste von Herrn Jakob.

Ich halte es für ein untrügliches Merkzeichen der Richtigkeit einer Begründung des Naturrechts, wenn sich nach ihr die Grenzen dieser Wissenschaft gegen das Gebieth der Pflichtenlehre bestimmen, und alle Fragen befriedigend beantworten lassen, welche sich auf praktische Fälle beziehen, wo Naturrecht und Pflichtenlehre zu einander widersprechenden Resultaten führen. Ob die von mir versuchte Grundlegung des Naturrechts diese Probe glücklich bestehe, läßt sich wenigstens für unpartheyische Denker aus meiner Abhandlung *über die Grenzen des Naturrechts und der Pflichtenlehre* ersehen. (Orig. Id. über d. k. Ph. II. III.) Solche Denker mögen nun von diesem mühsam ausgearbeiteten Produkte übrigens urtheilen, wie es auch sey; die Gerechtigkeit werden sie mir nicht entziehen, zuzugestehen, daß ich *den Menschen des Naturrechts* von dem *Menschen der Pflichtenlehre* mit der möglichsten Schärfe gesondert habe.

Nach Erscheinung des ersten Theiles von meinem Naturrechte ist *die philosophische Rechtslehre* des Herrn Jakob erschienen, von der man schon in voraus vermuthen konnte, daß ihr scharffsinniger Verfasser in den wichtigsten Untersuchungen der Wissenschaft neue Bahnen betreten werde. Man findet dieses gleich bey der Grundlegung und Feststellung der Prinzipien, die dem Herrn J. in vielen Stücken ganz eigenthümlich ist. Allein ob ich schon den philosophischen Geist zu achten weis, welcher in ihr herrscht, so habe ich mich dennoch von ihrer Wahrheit nicht bis auf den Grad überzeugen können, um der meinigen ungetreu zu werden.

Nachdem Herr J. die Erfordernisse eines obersten Rechtsprinzips angegeben, daß es synthetisch, allgemein, nothwendig seyn müsse, sagt er: §. 81. S. 47. „Wenn es ein oberstes Rechtsprinzip giebt, so kann dieses kein andres, als ein formales, d. h. ein solches seyn, in welchem
die

die Form des Rechts das allgemeine reale Kennzeichen des Rechts ist, und das, was Recht ist, bestimmt. Nun besteht aber die Form des Rechts darinn, dafs es allgemein und nothwendig von jedermann als Recht durch Vernunft erkannt werden könne, und diese Form ist in allen Rechten einerley. Also wird das oberste formale Rechtsprinzip, in wie weit in demselben von dem Unterschiede aller Materie abstrahirt wird, ausgedruckt werden können: *Was in einem Systeme freyer Wesen nach allgemeinen Gesetzen gewollt werden kann, dafs es geschehen dürfe, ist Recht; was nicht nach allgemeinen Gesetzen gewollt werden kann, dafs es geschehen dürfe, ist Unrecht, widerrechtlich.*

oder

- 1) positiv: jeder hat ein Recht, alles das zu thun, was in einem Systeme freyer Wesen nach allgemeinen Gesetzen geschehen kann.

- 2) negativ: Niemand hat ein Recht, etwas zu thun, was nach keinem allgemeinen Gesetze gewollt werden kann, daß es geschehen dürfe.

Wiefern in diesem Prinzip die durch Vernunft mögliche Einstimmung aller vernünftiger Wesen der letzte und höchste Bestimmungsgrund des Willens ist, d. h. der letzte und absolute Zweck, jedes vernünftige Wesen also als Selbstzweck betrachtet wird, kann es auch so ausgedrückt werden:

Recht ist das, wobey alle vernünftige Wesen als Selbstzwecke gedacht werden können.

oder

- 1) positiv: Jeder hat ein Recht, alles zu thun, wobey alle andre vernünftige Wesen als Selbstzwecke bestehen können.

- 2) negativ: Niemand hat ein Recht irgend etwas zu thun, wobey irgend ein anderer, wenn es allgemeines Gesetz wäre, nicht Selbstzweck seyn könnte.

Die

Die allgemeine Zwangspflicht, welche sich auf das Recht überhaupt bezieht, kann so ausgedrückt werden: Du darfst nie andre verhindern, das zu thun, was sie in einem Systeme freyer Wesen, nach allgemeinen Gesetzen, wollen können.

Ein allgemeines materiales Rechtsprinzip neben dem formalen ist ein unmöglicher und sich selbst widersprechender Begriff.

Alle Rechte sind von Natur Zwangsrechte. Jeder hat ein Recht, von dem andern sein Recht zu erzwingen, wiefern es nach einem allgemeinen Gesetze geschehen kann. Das Recht den Beleidiger zu zwingen ist formal, und unabhängig von äußern Zwecken.“

Wenn ich anders *Kants* bisher nur beyläufig gegebene Aeufserungen über das Naturrecht richtig gefaßt habe, so scheint mir Herr *Jakob* der erste zu seyn, welcher die von ienem Weltweisen vielleicht bald zu erfolgende Deduktion des Rechtes anticipirt hat. Allein, wenn ich dieses
aner-

anerkenne, so muß ich doch zugleich gestehn, daß mir dieselbe in Hinsicht der vorzüglichsten Schwierigkeiten, welche in der Sache Statt finden, keine Genüge leistet. Auch nach ihr *schleicht sich* der Begriff des Zwangsrechtes in das System der praktischen Begriffe *ein*, ohne daß die Berechtigung der Vernunft zu demselben erhelle. Vom *recht seyn* springt man sogleich auf das *Recht haben*; allein *recht seyn* heist in der Formel des obersten Sittengesetzes, *nach der Form der Vernunft nothwendig, einzig möglich seyn, sittlich gut, Pflicht seyn*; *Recht haben* drückt eine von der Vernunft abhängige Willkühr aus, *so oder anders zu handeln*. Diejenige Formel, welche Herr J. als das oberste Rechtsprinzip aufstellt, ist das formale Gesetz der reinen praktischen Vernunft, und drückt die Grundbedingung aller sittlichen Güte aus; aus ihm ergeben sich durchaus Pflichten, und es bedarf einer besondern Deduktion, um einzusehen, wie sich *bloße Rechte* mit ihm vereinbaren lassen.

Dafs

Dass *Rechte* unter ienem Gesetze stehen, ist wohl unbezweifelt, es fragt sich nur, in welchem Verhältnisse. Ich *soll*, ienem Gesetze gemäfs, durchaus nach Maximen handeln, in denen die Vernunft als Zweck an sich gedacht wird; wie bestimmt diese *Nothwendigkeit* die ihr unstreitig untergeordnete *Freyheit*, dass ich alles thun *dürfe*, wobey alle andre vernünftige Wesen, als Selbstzwecke, bestehen können, und, wo liegt in der Vernunft das Kriterium, nach welchem wir fähig sind, anzuerkennen, wobey alle andre vernünftige Wesen *bestehen* und zwar *blos bestehen* können? Herr J. hält ein allgemeines materiales Rechtsprinzip für widersprechend, und, wenn er hier unter Prinzip den Grund der Allgemeingültigkeit und Nothwendigkeit versteht, die mit jedem Rechte verknüpft ist, so muss ihm zugestanden werden, was auch wohl noch kein Naturrechtlehrer nach kritischen Prinzipien geleugnet hat, dass dieser Grund, seiner Gültigkeit nach, von äufsern Zwecken und Dingen unab-

unabhängig, in der bloßen Form der Vernunft liegt. Meynt er aber, das äufsre Obiekt aller Rechte lasse sich nicht in einer allgemeinen Formel darstellen, so bin ich so weit entfernt, ihm hierinn beyzustimmen, daß ich vielmehr eine solche Formel für nöthig zur systematischen Behandlung des Naturrechts halte, und glaube, dieselbe müsse die Befugniss des Menschen, für seine äufsre Freyheit zu handeln, ausdrücken, als auf welche schlechterdings alle Rechte zurückkommen. Das Naturrecht verliert durch diese Formel nichts von der Reinheit seiner Grundlegung. Jede Befugniss, die es in seinem wissenschaftlichen Kreise darstellt, ist nach dem Grunde ihrer Allgemeingültigkeit und Nothwendigkeit *formal*, zugleich aber auch in sofern *material*, wiefern sie einen äußern Gegenstand, die äufsre Freyheit zum Obiekte hat. Ohne diese Beziehung ist der Begriff des Rechtes ein ganz leerer und nichtsagender Begriff. Wenn also Herr J. (S. 57. §. 87.) sagt: „was die
Deduk.

„Deduktion oder Rechtfertigung des Rechtsprinzips anbetrift, so ist sie mit der Deduktion des Sittengesetzes einerley“ so bin ich darin mit ihm einig, daß das eine wie das andre den letzten Grund seiner Allgemeingültigkeit und Nothwendigkeit in der Form der Vernunft hat, allein unmöglich kann ich ihm zugeben, daß man nicht über das bloße Sittengesetz noch hinaus gehen müsse, um das Rechtsprinzip zu deduciren, was aber freylich Herr J. behaupten mußte, da er das oberste Prinzip aller Sittlichkeit überhaupt, als Rechtsprinzip aufgestellt hatte.

Nach denienigen Grundsätzen, die ich meinem Naturrechte untergelegt, konnte ich alle rechtmäßige Gewalt nur auf Vertheidigung seiner äußern Freyheit beziehen, wiefern sie entweder angegriffen werden soll, oder angegriffen wird, oder bereits eingeschränkt worden ist. Ein natürliches Strafrecht konnte ich nach jenen Grundsätzen nicht zugestehen, und versuchte in einem besondern Exkurs die

Nichtig-

Nichtigkeit davon zu zeigen. (S. 189-193.)
Ich that es mit Hinsicht auf zwey neuere
Vertheidiger ienes Strafrechtes, die Herren
Schmalz und *Schaumann*. Herr Professor
Jakob stimmt ihnen dem Resultate nach
bey, versucht aber einen strengern Beweis
zu führen. „Viele Naturrechtslehrer,
sagt er in der Vorrede, welche von for-
malen Prinzipien ganz richtig ausgiengen,
haben ihre Anwendung auf die Lehre von
den Zwangsmitteln ganz vergessen, und
hier auf einmahl die Erreichung gewisser
nützlicher Zwecke zum Maasstabe des
Rechts erkohren, da sie doch blos die
Form zum letzten Entscheidungsprinzip
anzunehmen, sich verbindlich gemacht
hatten. Nun ist aber offenbar, daß
Zwangsmittel, ohne allen materialen
Zweck, sich sehr gut als allgemeine Ge-
setze denken lassen, wie in den Formeln:
Jeder darf um der Beleidigung willen ge-
zwungen werden; oder die Beleidigung
kann die Ursache eines ihr proportionirli-
chen Uebels seyn; wo bey weder auf die
Ge-

Gemüthsart des Beleidigten (ob ers aus Rache oder aus Menschenliebe thue,) noch auf die Folgen in dem Beleidiger (ob er dadurch gebessert werden möge oder nicht) gesehen wird, sondern lediglich darauf, ob es sich, als allgemeines Gesetz gedacht, widerspreche, oder ob ein System von vernünftigen Wesen denkbar sey, in welchem das Naturgesetz eingeführt wäre, dafs jeder Beleidiger ein seiner Beleidigung angemessenes Uebel von dem Beleidiger unvermeidlich erwarten müsse. Ist ein solches Reich rechtlicher Weise denkbar, und wer kann diefs leugnen? so ist evident, dafs dadurch Niemandes Rechte verletzt werden, wenn er für seine Beleidigung einen Zwang, ein Uebel ohne weitem Zweck, oder, welches einerley ist, eine angemessene Strafe erfährt. Wenn nun die Beleidigung überall ein Grund ist, den Beleidiger zu zwingen; so verletzt der Beleidigte auch die Rechte des Beleidigenden nicht, wenn er ihn *ohne Zweck* zwingt; d. h. wenn er ihn

für seine Beleidigung straft. Die guten Zwecke, welche man mit der Strafe verbinden will, sind nur Nebensachen, worauf die Liebespflicht Rücksicht zu nehmen gebiethet, wovon aber die strenge Gerechtigkeit nichts weifs. Sie gehören bisweilen *ad melius esse*, nicht *ad esse*, und werden gar ungerecht, wenn man, wie es oft geschieht, durch sie auf Kosten der Gerechtigkeit etwas Gutes ausrichten will. — Das unendliche Recht des Beleidigten und das bekannte *in hostem omnia licent*, sind noch gräßliche Schandflecke für die philosophische Rechtslehre.*)

Das natürliche Strafrecht des Herrn J. zeichnet sich allerdings vor andern Versuchen dadurch aus, daß es lediglich auf Gründen der reinen praktischen Vernunft ruht, während andre demselben blos Hinichten auf physische Bedürfnisse und Zwecke zum Grunde legen. Der ganze Nervus

*) Jakob phil. Rechtsl. Vorr. S. XIV. - XVI.

Nervus probandi liegt in dem Satze: *nach den Prinzipien der reinen praktischen Vernunft muß in einer sittlichen Ordnung eine Beleidigung mit einem verhältnißmäßigen Uebel verknüpft seyn, ohne weitem Zweck, blos des unsittlichen Charakters der Beleidigung wegen.*)* Aus diesem Satze wird das Resultat gezogen: *Dasjenige Recht ist, was in einem Systeme freyer Wesen nach allgemeinen Gesetzen gewollt werden kann, daß es geschehen dürfe, und es sehr wohl als allgemeines*

Das Gesetz

*) *Jakobs philos. Rechtsl. §. 65. „Eine Ordnung, in welcher alles nach sittlichen Gesetzen bestimmt wird, heißt eine sittliche oder moralische Ordnung. Nun muß in einer sittlichen Ordnung das Angenehme mit der Tugend, als Belohnung, das Unangenehme mit dem Laster, als Strafe, verknüpft werden, und beydes muß in einer solchen Ordnung dem Grade der Tugend und des Lasters proportionirlich seyn.“* Dieser Satz stützt im Systeme die folgenden §. 415. 416. *„Ein physisches Uebel, welches*

Gesetz gewollt werden kann, daß der Beleidigte seinem Beleidiger ein proportionirtes Uebel zufüge, der bloßen Beleidigung wegen, ohne allen andern Zweck, so hat der Beleidigte das Recht dieses zu thun. Zuvörderst kann ich hier nicht umhin, bemerkbar zu machen, wie sehr sich die Unzulänglichkeit der vom Herrn Verfasser zum Grunde gelegten Deduktion des Rechtes überhaupt, in dem Mangel an Bündigkeit in der Ableitung der einzelnen Rechte zeigt. Wenn in einer sittlichen Ordnung jede Beleidigung mit einem verhältnißmäßigen Uebel verknüpft seyn muß, so folgt, — wenn es anders eine Aufgabe für den Menschen seyn kann, diese

ches einem andern um der Beleidigung willen zugefügt wird, ist Strafe. Also ist der Zwang, dessen Grund allein die Beleidigung ist, Strafe. Eine Strafe hat also, an sich betrachtet, keinen materialen Zweck; sie ist bloß die rechtliche Folge in einer moralischen Ordnung. — Eine Beleidigung ist in einer sittlichen Ordnung ein Grund der Strafe.“

diese Verknüpfung zu bewirken, — daß es für ihn *Pflicht* ist, es zu thun, daß er also, so bald er beleidigt worden, sofort strafen *soll*. Woher denn aber das bloße *Recht*, es zu thun? In welcher Rücksicht *darf* er bloß das thun, was er überhaupt schlechterdings thun *soll*? Verknüpfung von proportionirtem Uebel mit einer Beleidigung *muß* in einer sittlichen Ordnung als *nothwendig* angenommen werden; was berechtigt uns, sie bloß als allgemein *zulässig* zu denken? Wie hängt die *Pflicht* zu strafen mit dem *Rechte* dasselbe zu thun zusammen? — Doch, dieß bey Seite gesetzt, frage ich weiter: ob denn der Mensch Exekutor iener sittlichen Nothwendigkeit der Verknüpfung eines proportionirten Uebels mit einer Beleidigung, ihrer selbst wegen, seyn *könne*? denn daß er *dürfe*, kann nur in sofern ohne Widerspruch gedacht werden, als er wirklich *kann*. Die Frage: ob der Mensch es *könne*, setzt *die* voraus: was dazu gehöre, iene sittliche Nothwendig-

keit zu exekutiren? Unstreitig muß derjenige, der das Befugniß haben soll, es zu thun, es *vollkommen* thun können; um es aber *vollkommen* thun zu können, muß er Herr der Naturkräfte seyn, muß über die Mittel der Glückseligkeit und des Uebels frey verfügen können, muß ferner Allwissenheit besitzen, um den Charakter der Unsittlichkeit der Beleidigung wahr und streng ermessen zu können. Eben weil kein endliches Wesen dieser Erfordernisse fähig ist, sind wir gedrungen, einen Gott an der Spitze aller moralischen Ordnung anzunehmen. Und wir können auch in der That die Nothwendigkeit einer Harmonie zwischen Sittlichkeit und Befriedigung des sinnlichen Triebes keinesweges ernstlich denken, ohne sogleich den Gedanken eines solchen Wesens damit zu verknüpfen. Wir glauben also mit Nothwendigkeit einen strafenden Gott. Allein wie mag wohl *der Mensch* die Befugniß bekommen, in die Sphäre der Strafgerechtigkeit Gottes einzugreifen, *er,*
der

der aller Erfordernisse ermangelt, die zur Exekutur von *Strafe*, in diesem Sinne, gehören? Kann er sich wohl, ohne frevelhafte Gesinnung, oder eine gänzliche Vergessenheit seiner Ohnmacht zu verrathen, jene Befugniß zueignen? — Nein, und es ist offenbar widersprechend, sich ein Reich vernünftiger endlicher Wesen vorzustellen, in welchem es allgemeines Gesetz wäre, jeder Beleidigte dürfe seine Beleidiger, der bloßen Beleidigung wegen strafen, weil in der sittlichen Ordnung jede Beleidigung mit einem proportionirten Uebel nothwendig verknüpft ist.

Welche Unsicherheit der Zwangsrechte entstände auch, wenn man diese Theorie mit strenger Consequenz anwendete! Das Recht zu strafen bezöge sich eigentlich doch nur auf die innre Gesinnung des Beleidigers, wiefern sie an sich böse ist. Es giebt aber keine äußern Kriterien, sich bestimmt von selbiger zu überzeugen, und wie wollte man demnach in irgend einem Falle mit Evidenz wissen, ob man strafen

dürfe, oder nicht? Ein Forum externum findet nach dieser Theorie gar nicht Statt.

Der Herr Verf. nimmt freylich in seiner reinen Rechtslehre an, daß rechtswidrige Handlungen auch iederzeit innerlich böß sind und Schuld mit sich führen. *) Allein

*) §. 43. Was äußerlich Unrecht ist, d. h. das Recht eines andern verletzt, widerspricht auch allemal einer Pflicht, und ihm kommt allemal ein gewisser Grad von Schuld zu. Denn das Verhältniß eines freyen Wesens, nach welchem es als Urheber einer pflichtwidrigen Handlung gedacht wird, ist *Schuld*. Denn dadurch verwirkt es allemal einen Theil seiner Glückseligkeit, oder macht sich desselben unwürdig. Ob daher gleich nicht das moralische Verdienst nach rechtlichen Prinzipien beurtheilt werden kann, so kann dieses doch in Ansehung der Schuld geschehn, und obgleich nicht die ganze GröÙe der moralischen Schuld nach rechtlichen Prinzipien bestimmt werden kann, so kann man doch darinn nicht irren, daß freye Handlungen, wodurch die Rechte andrer angetastet werden, allemal pflichtwidrig, folglich auch verschuldet sind.

lein dieß ist unerweislich. Viele äußerlich unrechte Handlungen können innerlich verdienstlich seyn, so wie viele äußerlich rechtsgemäße innerlich schuldig seyn können. Wer seinen Mitmenschen vom Selbstmorde gewaltsam zurückhält, handelt *äußerlich* rechtswidrig; innerlich betrachtet, ist seine Handlung verdienstlich. Nichtsdestoweniger besteht eben darinn die Natur eines Zwangsrechtes, daß ich jeder äußern Beleidigung, *ohne Hinsicht auf ihren innern moralischen Charakter*, Gewalt entgegensetzen darf.

Herr J. verfolgt seine Theorie bis in ihre letzten Resultate, und geräth denn sehr natürlich dahin, alles Recht, seine Freyheit zu schützen, *wiefern es sich auf diesen Zweck bezieht*, zu leugnen; ich sage, zu *leugnen*, weil, dasselbe bloß als zufällige Nebensache betrachten, eben so viel ist, als es leugnen. „Zuerst darf, nach ihm, *jeder Beleidigte den Beleidiger zwingen, ohne Zweck*; kann alsdann der Beleidigte

noch einen materialen Zweck (Sicherheit) erreichen, und will er gar sein noch übriges größeres Recht, wenn er diesen erreicht hat, schwinden lassen; so mag er es thun.“ (S. 247.) Nichts hat Herrn J. zu dieser das ganze Naturrecht im Grunde aufhebenden Behauptung verführen können, als das Misverständniß, daß Reinheit der Prinzipien sich mit der Beziehung des Zwangsrechts auf Sicherung der Freyheit nicht vereinbaren lasse. Nach meinen Grundsätzen, deren Beweise noch nicht widerlegt sind, läßt sich nicht nur jene mit dieser vereinbaren, sondern alles Zwangsrecht hat sogar nur in sofern Sinn, als es in dieser Beziehung gefaßt wird. Alle Zwangsrechte sind in *formalen* Prinzipien gegründet, zugleich aber in sofern *material*, weil sie sich auf einen *äußern* Gegenstand, die äußere Freyheit beziehen. Der Grund aber der Nothwendigkeit dieser Beziehung liegt nicht im physischen Bedürfnisse, sondern in einer Forderung der reinen praktischen Vernunft.

Wenn

Wenn diejenige Gewalt, zu welcher der Mensch gegen den Menschen befugt seyn kann, sich nicht auf die Nothwendigkeit der Verknüpfung proportionirter Uebel mit unsittlichen Handlungen in einer moralischen Ordnung, gründet; so ist wohl nichts so unbezweifelt, als daß man für die Deduktion der Zwangsrechte einen ganz andern Weg nehmen muß, einen Weg, der von der Hinsicht auf jene Nothwendigkeit ganz unabhängig ist. Ich glaube ihn eingeschlagen zu haben, ohne der Reinheit meiner Grundsätze etwas zu vergeben.

Die Lehre von den Zwangsrechten der Aeltern in Beziehung auf die Kinder habe ich im ersten Theile an die Betrachtung des ursprünglichen Menschenrechtes auf Freyheit angeknüpft. Der Herr Rec. in der staatswissenschaftl. und iurist. Litter. hat mich deshalb getadelt, und diejenigen zu rechtfertigen gesucht, welche von einem Gegenstande im gesellschaftlichen Rechte handeln. „Ins absolute Naturrecht, sagt

sagt er, gehört dieser Gegenstand gar nicht, weil die Rechte der Aeltern auf die Kinder eine *Thatsache* — Zueignung, Okkupation der *Rechte* der Unmündigen — als Bedingung ihrer Wirklichkeit voraussetzen. Und — gehört darum ein gewisses Rechtsverhältniß zwischen bey zusammenseyenden Personen nicht ins Gesellschaftsrecht, weil es sich auf keinen Vertrag gründet? findet in dem Hause, wo Aeltern und Kinder zusammenwohnen, nicht ein Um-Neben-und Miteinanderseyn d. h. eine Gesellschaft im weitesten Sinne Statt? Giebt es nicht auch *gesetzliche*, d. h. auf dem Fundamental-Gesetze aller Verträge beruhende und durch dasselbe für *nothwendig* erklärte Gesellschaften? Das Kind kann freylich, indem es sich dem Schoofse der Mutter entwindet, bloß wimmern und schreyen; nicht konsentiren und pacisciren, ein Vertrag ist also hier dem Buchstaben nach unmöglich; aber auch dem *Geiste* nach?“

Der

Der Herr Rec. richtet mich hier nach Grundsätzen, die mir ganz fremd sind. Erstlich weiß ich nichts davon, daß Aeltern eine Okkupation der Rechte der Kinder unternehmen müssen, um Rechte in Beziehung auf sie zu haben; ja ich weiß mir nicht einmahl etwas dabey zu denken. Was soll es wohl heißen: *Rechte der Kinder okkupiren*? Doch nichts anders als: den Entschluß fassen, die Kinder, der Würde gemäß, die ihnen als vernünftigen Wesen zukommt, zu erhalten, zu schützen, zu erziehen? Dieser Entschluß aber ist moralisch nothwendig, und wenn die Aeltern, um ihn zu realisiren, Gewalt gegen die Kinder und gegen andre Menschen brauchen dürfen, so ist ihnen dies in sofern gestattet, als sie vollkommenes Recht haben, sich die Möglichkeit, ihrer Pflicht gemäß zu handeln, durch Gewalt zu sichern. Dieses Recht entspringt aus dem Urrechte auf Freyheit, oder ist vielmehr dieses Urrecht selbst, angewendet auf eine bestimmte Art menschlicher Wirksamkeit.

samkeit. — Derienige Grund, wodurch der Herr Rec. die Methode vertheidigen will, die Lehre von den Rechten der Aeltern in Beziehung auf die Kinder im Gesellschaftsrechte zu behandeln, entscheidet nichts gegen meinem Tadel derselben. Dem allgemeinen Gesellschaftsrechte, wenn es durchaus strenges Recht darbiethen soll, kann der Begriff der Gesellschaft *im weitesten Sinne* nicht untergelegt werden, sondern nur der Begriff der auf *Vertrag* gegründeten Gesellschaft, als nach welchem allein strenge Rechtsverhältnisse für die Mitglieder derselben entstehen. — Die Regel für die Rechte der Aeltern, die der Herr Rec. anführt, hätte er ersparen können, denn sie ist in meiner Theorie selbst enthalten, auch habe ich sie S. 159. unter dem 4. §. ausdrücklich angeführt.

Auch gegen meine uneingeschränkte Leugnung alles *Nothrechtes* sind Einwürfe gemacht worden, durchaus aber solche, welche der Kraft meiner Gründe keinen Abbruch thun. Ich bemerke hier nur, dass

dafs sich unter den Fragmenten des Cicero (de rep.) darüber eine interessante Stelle findet: „Quid si vita eius in periculum veniet, vt eum aliquando necesse sit, aut occupare, aut mori, quid faciet? Potest hoc euenire, vt naufragio facto inueniat aliquem imbecillum, tabulae inhaerentem; aut victo exercitu, fugiens reperiat aliquem vulneratum, equo infidentem; vtrumne aut illum tabula aut hunc equo deturbabit, vt ipse possit euadere? Si volet iustus esse, non faciet. Sed idem stultus iudicabitur, qui dum alterius vitae parcat, suam perdet; si faciet, sapiens quidem videbitur, quia sibi consulit, sed idem malus, quia nocebit. (Cic. Opp. A. A. v. Ernesti B. IV. S. 30.)

Ich habe das hypothetische Naturrecht, wie viele Andre, auf die Lehre vom *Eigenthume* und den *Verträgen* eingeschränkt. Die Herren *Schmalz* und *Jakob* schieben hier noch die Lehre von denen durch *Verletzungen* entstehenden *Rechten* ein. — Man muss, wie mir scheint, sehr bald
bemer-

bemerken, daß diese Eintheilung kein bestimmtes einziges Prinzipium hat. Bey Herrn Schmalz soll es die Verschiedenheit der Verhältnisse seyn, welche Modifikationen der Urrechte des Menschen hervorbringen. „Da diese, sagt er, entweder 1) *negative*, d. i. solche, in welchen dem Rechte eines Menschen Pflichten aller anderer; oder 2) *positive* sind, wo diesem seinem Rechte Pflichten eines einzelnen andern Menschen entsprechen; so sind die Modifikationen der Urrechte in den Verhältnissen, oder die abgeleiteten Rechte entweder *negative*, Rechte auf Sachen, *Eigenthum*, oder *positive*, Rechte auf Personen, a) *durch Verletzung*, b) *durch Vertrag*.“ *Modifikation eines Urrechtes*, ist eine aus einem Urrechte entspringende Befugniß gegen alle Menschen oder Einzelne in Beziehung auf einen bestimmten Gegenstand, gegen den ich mich selbst in ein gewisses Verhältniß gesetzt habe. Sie findet Statt durch *Erwerbung* und *Vertragsschließung*, wo ich, bey der erstern mich in ein gewisses

Ver-

Verhältniß zu einer Sache, bey der zweyten in ein gewisses Verhältniß zu einer Person setze. Durch *Verletzung* aber wird kein Urrecht, *in diesem Sinne* modificirt, sondern mir nur eine Gelegenheit dargebothen, die mit allem Rechte verknüpfte Befugniss zum Zwange, im Fall einer Verletzung, wenn ich will, durchzusetzen. In dem Begriffe eines jeden Rechtes ist wesentliche Beziehung auf mögliche Verletzung, durch *Verletzung* eines Rechtes entsteht kein neues (hypothetisches) Recht; sie ist ein Faktum, durch welches man bestimmt werden kann, die vertheidigende Gewalt auszuüben, die mit den ursprünglichen Rechten der Menschheit, und allen daraus abgeleiteten Rechten unabtrennlich verbunden ist. Das Naturrecht hat also gar keine Lehre von *besondern* Rechten, die durch Läsion entstünden; *alle Rechte* beziehen sich, ihrer Natur nach, darauf, und sind nur in dieser Beziehung sämmtlich *Zwangsrechte*. Das nächste Prinzip des Naturrechts drückt

II. Theil.

E

nichts

nichts anders aus, als was der Mensch im Fall einer Läsion gegen den Menschen thun dürfe; die Läsion kann eben sowohl die ursprünglichen Rechte der Menschheit, als die abgeleiteten treffen, und die umständliche Auseinandersetzung des rechtlichen Verhältnisses des Beleidigten zum Beleidiger macht einen eigenen Theil des Naturrechts aus, welcher dem absoluten und hypothetischen nachfolgt. *)

Kein Lehrstück meines Naturrechts hat so vielen und nachdrücklichen Widerspruch gefunden, als dasienige, worinn ich die Gültigkeit der Testamente nach dem Naturrechte zu beweisen versucht habe. **)

Da

*) Ich selbst habe von dieser Seite in der Anordnung der Theile des Naturrechts gefehlt; daher das *ὕστερον προτερον*, daß im absoluten Naturrechte von Läsionen hypothetischer Rechte gehandelt worden ist.

**) Die wichtigsten Einwürfe haben mir dagegen gemacht *ein Ungenannter* in einer Abhandlung in der deutschen Monatschr. 1794. Febr.; *der Rec.* meines Naturr. in der

Da ich nach Erscheinung des ersten Theiles meinen Behauptungen über diesen Gegenstand selbst untreu geworden bin; so halte ich es für Pflicht, dieselben hiermit öffentlich zu widerrufen, und zugleich die Gründe anzugeben, welche die Umänderung meiner Ueberzeugung verursacht haben. Man wird aus der Beschaffenheit jener Gründe selbst abnehmen können, ob ich diese Umänderung mehr meinem eignen Ideengange, als den Einwürfen derer verdanke, die gegen mich gesprochen und geschrieben haben.

Der Nervus probandi meiner Abhandlung lag vorzüglich in der Voraussetzung, daß in dem Eigenthumsrechte ein Dispositionsrecht über das Seine enthalten sey, welches, von Raum und Zeit gar nicht abhängig, über die Grenzen des Lebens hinausgeht: auf diese Voraussetzung stützte

E 2

ich

der staatswissenschaftl. und iurist. Litteratur, und Herr Schmalz im 2. St. seiner Annalen der Rechte des Menschen und Bürgers.

ich nicht blos die Gültigkeit der Testamente, sondern auch *die* der Erbverträge, indem ich behauptete, daß, wenn man die Gültigkeit der Testamente *deshalb* leugnete, weil das Dispositionsrecht nur bis an die Grenzen des Lebens gelte, man nach demselben Prinzip auch die Gültigkeit der Erbverträge leugnen müsse, ja die Wirkung eines Kauf- oder Schenkungsvertrags nicht über die Lebenszeit des Verkäufers oder Schenkers ausdehnen dürfe. *)

Der

*) Meine Behauptung, daß, wenn das Recht über das Seine zu disponiren, nur bis an die Grenzen des eignen zeitlichen Lebens reichte, auch das Recht, welches durch einen Verkaufs- oder Schenkungsvertrag auf den andern übergeht, nur bis zu dem Tode des Verkäufers oder Schenkers gültig seyn könnte, ist von sehr Vielen als eine Sophisterey genommen worden. Man hat eingewendet, die Dauer des Rechtes des Kaufenden oder Beschenkten sey ganz unabhängig von dem Leben oder Sterben des Verkäufers oder Schenkers, *kraft der Occupation*, welche jene vorgenommen. Also doch

doch nicht durch den Willen und die Uebertragung des Verkäufers oder Schenkers vollgültig? Nicht *rechtliche* Folge des Vertrags? Dieß ist aber eben die Frage, und iener Einwurf scheint mehr für als wider mich zu seyn. Man nennt meine Folgerung sophistisch, und giebt sie doch zu. Denn indem man auf Occupation provocirt, gesteht man, daß dasienige Recht, welches durch den Willen des Promittenten auf den Andern übergeht, nicht über die Grenzen des Lebens von diesem hinausdauert. Herr *Schmalz* ist weit konsequenter, wenn er (Annal. der Rechte des Menschen, II. H. S. 125.) sagt: „Diese Bemerkung gründet sich „auf die Täuschung, als ob die eigentliche „Erwerbung bey übertragenen Rechten in „der Uebertragung des Tradenten liege. „Sie liegt vielmehr in unsrer Occupation, „wie ich gesagt habe. Der Käufer und „Beschenkte des Herrn H. verlieren also „durch den Tod des ersten Eigenthümers „eben so wenig, als der, welcher eine un- „bedingt derelinquirte Sache ein volles „Jahr oder länger nach der Dereliktion ac- „quirirte. Denn die Sache ist *durch seine* „Occupation an sein Unrecht geknüpft; *der* „Verkäufer und der Schenker thaten dabey

„nichts, als ihm dieß möglich machen,
 „indem sie derelinqurten.“ Herr Schmalz
 leugnet also den Uebergang des Rechtes
 durch den Willen des Andern ganz, als
 welcher nur eine veranlassende Ursache
 davon sey. Allein hat er wohl dieses be-
 wiesen? Er glaubt es in folgender Stelle
 gethan zu haben (S. 117.): „die bloße
 „Erklärung des ersten Eigenthümers: er
 „wolle es abtreten, und die darauf fol-
 „gende bloße Erklärung des künftigen Ei-
 „genthümers: er wolle es annehmen, diese
 „Erklärungen übertragen ja nicht wirklich
 „das Eigenthum. Oder, wo wäre das
 „Band, welches diese Sache ietzt schon an
 „das Unrecht des andern Eigenthümers
 „knüpfte, der ja an sich eben so nackt,
 „eben so von allen Sachen isolirt auf diese
 „Welt gebohren wird, als der erstere.
 „Auch er, dem der erste Erwerber über-
 „tragen soll, muß durch irgend eine
 „wirklich erwerbende Handlung, so wie
 „oben gesagt, die Sache an sein Unrecht
 „knüpfen, um alle andre Menschen von ih-
 „rem Gebrauch auszuschließen. Daher be-
 „steht die Uebergabe aus zwey Handlungen,
 „nämlich einer Dereliktion von Seiten des
 „ersten Erwerbers, und einer Occupation
 „von

„von Seiten des zweyten. Also ist es offen-
„bar die letztre, die ihm eigentlich die Sa-
„che erwirbt. Die Dereliktion des erstern ist
„nur eine Möglichmachung der Erwerbung.
„Aber weil man jene Handlung der Dere-
„liktion Uebertragung genannt hat, so hat
„das Wort uns getäuscht, in dieser Hand-
„lung und nicht in der Occupation den
„Grund der Erwerbung und des Ueber-
„ganges des Eigenthums zu suchen, gleich-
„sam als wenn der Tradent die Sache an
„unser Unrecht knüpfte (uns erwürbe)
„und nicht wir, die Accipienten selbst.
„Man nehme an: nach der Dereliktion,
„ehe noch die Occupation des Empfängers
„geschehen wäre, nähme ein Dritter die
„Sache hinweg; so würde er dem ersten
„Eigenthümer, dem Uebergebenden Un-
„recht thun. Denn dessen Wille, die Sache
„zu derelinquiren, war nur bedingt, näm-
„lich daß sie auf den von ihm bestimmten
„Empfänger übergehen sollte. Aber die-
„sem bestimmten Empfänger selbst hätte
„er doch kein Unrecht gethan. Denn wo
„wäre das Recht, das ihm gekränkt wür-
„de? Freylich sein Titul würde ihm ver-
„nichtet. Aber in sofern durch Vernich-
„tung des Tituls, niemand nicht wirklich

„in einem Urrechte, oder bereits erworbenen Rechte gekränkt würde, sehe ich auch kein äufsres vollkommnes Gesetz, welches diese Vernichtung des Tituls verböthe.“ — Ich vermisse in diesem ganzen Raisonnement einen strengen Beweis der Hauptvoraussetzung, daß nämlich der Uebergang des Eigenthumsrechtes von dem einen auf den andern nicht durch ihre bloßen Erklärungen ihrer Entschlüsse bestimmt werde. Und vielleicht hat sich Herr *Schmalz* auch hier durch die Idee des *Knüpfens an die Urrechte des Menschen* verführen lassen, auf welche man bey Beurtheilung seiner Theorie des Eigenthums nicht aufmerksam genug seyn kann. Mir heisst dieses *Knüpfen an die Urrechte des Menschen* nichts anders, als: etwas in ein solches Verhältniß zu demselben setzen, daß es ihm nicht entrissen werden kann, ohne seine äufsre Freyheit einzuschränken. Dieß geschieht bey der Uebertragung eines Eigenthums durch die bloßen Willensbestimmungen und Erklärungen des Uebertragenden und Annehmenden. Dereliktion und Occupation sind blos die physischen Bedingungen des Besitzes, aber nicht die Rechtsgründe der Erwerbung. Weder der
Ueber-

Uebertragende allein, noch der Annehmende allein knüpft die Sache an das Unrecht des letztern, sondern die vereinigten Willensbestimmungen und Erklärungen Beyder; und diese ihre vereinigten Willensbestimmungen und Erklärungen gründen auch die Verpflichtung der übrigen Menschen, den Uebergang des Eigenthums an den bestimmten Uebernehmer desselben nicht zu hindern. Ein handgreiflicher Aktus ist in keiner Rücksicht nöthig. Denn so wie Alle bestimmt wissen, was es heiße: *wollen, sein Wollen erklären*, so brauchen sie nur von ienen erklärten Entschlüssen der Paciscenten überzeugt zu seyn, um ihr rechtliches Verhältniß zu respektiren. Derjenige Dritte, welcher nach geschehener Dereliktion, vor erfolgter Occupation die Sache an sich nimmt, thut nicht blos dem Uebertragenden, sondern auch dem bestimmten Empfänger Unrecht. Hatte dieser sich noch nicht erklärt, so wird ihm doch die Möglichkeit vernichtet, ein Recht zu erwerben; hatte er sich erklärt, so wird ihm von ienem ein durch die Erklärung auf ihn übergegangenes Recht entzogen. Unstreitig hat Herr Schmalz noch zu beweisen, daß *die äußere Erkennbarkeit*

Der im Testamente erklärte Wille des Verstorbenen verpflichtet die übrigen Menschen,

des Uebergangs des Rechtes von dem Uebertragenden auf den Annehmenden ohne die Dereliction und Occupation für die übrigen Menschen nicht möglich sey. Allein wie wollte er dieß darthun, ohne diese Menschen als ganz gedankenlos und ohne Sinn für die Verhältnisse der Willen iener beyden anzunehmen? — Meine Folgerung scheint also dem bisher Gesagten gemäß vollkommen gegründet zu seyn. Der Uebergang eines Eigenthums bey Verkauf und Schenkung ruht auf der Willenserklärung des Verkäufers und Schenkers, und wenn der Eigenthümer ein durch die Grenzen des Lebens beschränktes Dispositionsrecht über das Seine besitzt, so reicht die Gültigkeit des Rechtes, welches der Kaufende oder Beschenkte *durch iene Willenserklärung* (man merke wohl *durch sie* an und für sich, unabhängig von der Occupation) des Verkäufers oder Schenkers erwirbt, nur bis an den Tod von diesem. Ueber diesen hinaus kann der Kaufende oder Beschenkte alles Recht nur durch Occupation haben.

schen, wenn sie ihm nicht entgegen handeln können, ohne das Recht eines Menschen zu verletzen. Fragen wir, wessen Recht in diesem Falle verletzt werden könne, so ergiebt sich: nicht etwa eines, das dem Verstorbenen zukäme,*) denn dessen Freyheit kann nun nicht mehr eingeschränkt werden; aber vielleicht das Recht dessen, welchen das Vermächtniß betrifft? Darauf wird es ankommen, und wir

*) Die Abhandlung über die Gültigkeit der Testamente, war eher geschrieben, als ich mit mir über meine neue Deduktion der Zwangsrechte einig geworden war. Wenn ich also darinn von Rechten eines Menschen nach dem Tode rede, so ist dieß eine Folge meiner vormaligen nicht gehörig entwickelten Begriffe über die Natur eines Rechtes, und stimmt mit meinen gegenwärtigen Prinzipien nicht überein. Indessen haben sich solche Weltweise, welche noch von Rechten reden, die keine Zwangsrechte sind, über meine sonstige Meynung nicht zu ärgern. Für mich muß sie ganz wegfallen, da mir jedes *Recht Zwangsrecht ist.*

wir müssen zuvörderst entscheiden, ob durch den Willen des Verstorbenen ein Recht auf ihn übergehen könne.

Um dieser Entscheidung gewachsen zu seyn, ist es nöthig, daß wir den Akt desjenigen, welcher testirt, etwas genauer betrachten. Sollte sich zeigen, daß dieser ganze Akt innerlich widersinnig ist, so würde sich damit auch sogleich ergeben, daß man keine Pflichten und Rechte darauf gründen könne. Und dieß ist die Klippe, an welcher meine Theorie scheitert; eine Klippe, auf welche manche Gegner zwar hingedeutet, aber zugleich durch das Dunkle ihrer Hindeutung gezeigt haben, daß sie dieselbe nicht genau genug kennen. *)

Der

*) Man hat es mir sehr verargt, daß ich Herrn Höpfners Beyspiel *vom Verschenken eines Vogels auf den Fall, da er weggeflogen seyn würde*, drollig genannt habe. Damit habe ich aber wahrhaftig dem Verdienste dieses würdigen und um das Naturrecht so ver-

Der Akt desienigen, welcher ein Testament fertigt, ist im Allgemeinen eine Willenshandlung, wodurch ein Mensch bestimmt, daß Güter, die er erworben, auf einen andern Menschen übergehen sollen. Was heißt dieß: *den Uebergang eines Eigenthums an einen andern bestimmen?* Nichts mehr und nichts weniger, als:

verdienten Mannes nicht zu nahe treten, sondern nur ausdrücken wollen, daß es meine Verwunderung erzeuge, wenn ich eine so schwürige Sache so kurz, so zweydeutig, und gleichsam im Spasse abgefertigt finde. — Daß übrigens Herr Höpfner sich mit ienem Beyspiele keinesweges auf den wahren Entscheidungsgrund gegen die Testamente bezogen hat, sieht man daraus, *daß er die Erbverträge für gültig hält*, welche mit den Testamenten zugleich fallen müssen, wenn die Gültigkeit iener durch den allein ächten Beweis widerlegt wurden. Sehr wahr sagt Herr Schmalz: (Annal. II. 120.) „ist es „denn Recht, meinen Vogel zu verkaufen, „auf den Fall, wenn er wird weggefliegen seyn?“

als: sich entschliessen, und seinen Entschluss erklären, dass man zu einer gewissen Zeit aufhören wolle, gewisse Sachen, als ausschliessliche Mittel für seine Zwecke anzusehen und zu behandeln, unter der Bedingung, dass der Andre sie von dieser Zeit an dafür ansehe und als solche handle.

Ein ieder Akt, durch welchen Rechte übertragen werden sollen, muss widerspruchsfrey seyn, ausserdem ist er ein Nichts, worauf weder Befugnisse noch Verbindlichkeiten gegründet werden können. *Uebertragung des Eigenthums* also findet nur innerhalb der Grenzen des Lebens des Uebertragenden Statt; auf den Zeitpunkt des Sterbens bezogen hat sie keine Gültigkeit, *weil sie keinen Sinn hat*. Wie kann ich im wahren Ernste erklären, ich wolle, wenn ich sterbe, aufhören, gewisse Güter, als ausschliessliche Mittel für meine Zwecke anzusehn, damit ein Anderer sie dafür ansehe? Wie kann ich als Resultat meines Willens vorstellen, was

was Folge der Nothwendigkeit ist? — Einen solchen Akt haben die übrigen Menschen nicht zu respektiren, und eben so wenig kann durch ihn ein Eigenthumsrecht auf irgend einen Menschen übergehen.

Man wird diesen Widerlegungsgrund nicht mit jenem verwechseln, nach welchem Testamente ungültig seyn sollen, weil nach dem Tode eines Menschen der erste Ergreifer sich seine Güter zueignen kann. Dieß war unstreitig der Sinn des Höpfnerischen Beyspieles. Noch ietzt kann ich jene Gründe nicht misbilligen, durch welche ich in meiner Abhandlung das Unzureichende jener Behauptung gezeigt habe. Denn davon war gar nicht die Frage, was die übrigen Menschen nach dem Tode des Testirenden thun können, und wahrscheinlich thun werden, sondern was sie nach Prinzipien der Gerechtigkeit dürfen, und nicht dürfen.

Nach dem von mir entwickelten Gegenbeweise wider die Testamente erhellt
zugleich

zugleich auch die Nichtigkeit aller Erbverträge. Der Willensakt des Promittenten bey dem Erbvertrage ist eben so widersinnig als jener des Testirenden, und begründet eben deshalb nach dem Naturrechte weder Befugnisse noch Verbindlichkeiten.

Ein untrügliches Kriterium, ob ein Naturrechtslehrer die Gültigkeit der Testamente nach *triftigen* Gründen widerlege, ist seine Entscheidung über die Erbverträge. Nimmt er diese als gültig an, während er jene leugnet, so ist gar kein Zweifel, daß er mit der ganzen Sache noch nicht im Reinen sey? *) Der *Erbvertrag* kann nur in

*) Die neuesten Bearbeiter des Naturrechts leugnen beynahe sämmtlich die Gültigkeit der Testamente, während sie streng auf die der *Erbverträge* halten. Herr Höpfner Naturr. §. 106. §. 107. Herr Schlettwein Rechte der Menschh. leugnet §. 141. die Gültigkeit der Testamente, und behauptet §. 164. die Gültigkeit der Schenkungsverträge auf den Fall des Todes. Herr Hufeland

in sofern als gültig gedacht werden, als dem Eigenthümer das Recht zugestanden wird, über das Seine bis über die Grenzen des Lebens hinaus rechtsgültig zu disponiren, und den Uebergang seiner Güter auf Andre mit dem Moment seines Todes, durch seine Willenserklärung zu bestimmen. Wer diesen Satz behauptet, muß Testamente und Erbverträge zugleich als gültig anerkennen, wie es von mir vormals in meiner Abhandlung geschehen; wer hingegen jenen Satz leugnet, muß Testamente und Erbverträge zugleich für nichtig erklären, wie ich es ietzt thue. Die einen ohne die andern behaupten oder leugnen, ist eine handgreifliche Inconsequenz.

Wenn Menschen sich zu Gesellschaften vereinigen, können sie bey der Vertrag-

land Lehrsätze des Naturr. §. 331. §. 332.

Herr Hofbauer Naturr. §. 283. §. 285. Herr

Jakob philos. Rechtsl. §. 271. §. 272. §. 276.

II. Theil.

F

tragschließung unter sich einig werden, daß jedes Mitglied den Uebergang seiner Güter an andre nach seinem Tode, bey Lebzeiten durch Testament oder Vertrag bestimmen dürfe, und daß die Gewalt Aller demjenigen, auf welchen nach dem Testamente oder vertragsmäßigen Versprechen eines Verstorbenen die Güter desselben übergehen sollen, die Besitznehmung derselben sichere. Dann bekommt der Akt des Promittenten im Testamente oder Erbvertrage einen ganz andern Sinn. Nämlich es promittirt nicht *der Mensch*, sondern *der Bürger*. Die Promission *des Menschen* würde innerlich widerstreitend und widersinnig seyn, nicht so *die* des *Bürgers*. Der *Mensch* ist ein Individuum, dessen ganze Rechtskraft mit seinem Leben erlischt. Der *Bürger* stirbt hingegen, seiner Rechtskraft nach, nicht mit *dem Menschen* zugleich, sondern lebt und wirkt in der Kraft des Ganzen, auch nach dem physischen Tode fort. Der promittirende *Bürger* also bestimmt den Ueber-

Uebergang seines Eigenthums an Andre von dem Momente des Todes an, und dieser Akt hat seinen vollgültigen Sinn; denn nach dem Antheile, der ihm an dem Ganzen der Gesellschaft zukommt, erklärt er damit nicht bloß einen individuellen Entschluß, sondern einen Entschluß, zu welchem er durch den allgemeinen Willen berechtigt ist, und dessen Realisirung er von dem allgemeinen Willen erwarten darf. Seine Erklärung ist nicht das Versprechen der Dereliktion, sondern sie ist Gesetz für alle Uebrigen, welches der Einzelne kraft der allgemeinen gesellschaftlichen Uebereinkunft geben darf, verbunden mit der Aufforderung an die höchste Gewalt, die Besitznehmung der bestimmten Güter demienigen zu sichern, zu dessen Besten testirt oder paciscirt worden. Stirbt der Bürger, welcher promittirt hat, so dauert dennoch der allgemeine Wille fort, uneingeschränkt und ohne Ausnahme; und dasienige Wollen des verstorbenen Bür-

gers, welches nach den Conventionen der Gesellschaft zugleich ein allgemeines Wollen seyn muß, wird, seines Todes unerachtet, nothwendig realisirt. *)

Nach

*) Ich finde eine sehr treffende Bemerkung über die Frage wegen der Gültigkeit der Testamente bey Herrn *Schaumann*, wissenschaftl. Naturr. 196. 197. „Die meisten Naturrechtslehrer drücken ihr Urtheil über Testamente so aus: Testamente haben nach dem Naturrechte keine Gültigkeit. Diefes ist unrichtig, und würde zu viel beweisen, denn, was nach dem Naturrechte keine Gültigkeit hat, gilt überhaupt nicht. Man muß den Lehrsatz über die Testamente so fassen: Testamente sind nach den Prinzipien der Rechtswissenschaft *ohne ein Gesetz oder eine Uebereinkunft*, welche sie dazu machen, keine rechtlichen Arten und Weisen, ein Eigenthum auf eine bestimmte Person überzutragen. Wo aber ein solches Gesetz oder eine solche Uebereinkunft existirt, da sind sie auch nach naturrechtlichen Grundsätzen *iusti modi dominium transferendi*.“

Nach dieser Auseinandersetzung der Gründe der Ungültigkeit der Testamente im außer gesellschaftlichen Zustande, und der Gültigkeit eben derselben in der Gesellschaft, habe ich nicht nöthig folgende Frage zu beantworten, welche Herr *Schmalz* (Annalen II. 127.) an mich thut: „Wenn das Recht auch über die Grenze des Lebens hinaus zu disponiren im Eigenthumsrecht liegt, und wenn also die Nachwelt unsre Verordnungen heilig zu halten verbunden ist, so darf ja auch der Eigenthümer erklären; seine Sachen sollen nach seinem Tode ewig res nullius bleiben? Soll so allmählig alles vielleicht im eigentlichen Sinn unter die *todte Hand* gebracht werden?“ Allein da ich ungern sähe, wenn man mit den Behauptungen meiner Abhandlung offenbare Absurda verknüpft glaubte, so frage ich ienen scharfsinnigen Mann meinerseits: ob es denn einerley sey, zu erklären: seine Güter sollen ewig res nullius bleiben, und: den Uebergang derselben an bestimmte

Menschen erklären? Das letztere war nach meinen damaligen Grundsätzen nicht widersinnig, aber das erste allen Gesetzen der Vernunft gerade zu entgegen. Auch habe ich ausdrücklich gesagt: „der Eigenthümer dürfe über das Seine so weit hinaus Verfügung treffen, als er mit seinen *der Vernunft gemäßen* Entwürfen reichen kann;“ von ganz vernunftwidrigen Entwürfen war nicht die Rede.

Fort-

Fortsetzung und Beschluß
des
Hypothetischen Naturrechts.

Hypothetischen Naturrechts
des
Fortsetzungs und Bechluss



E x k u r s

zu denen im ersten Theile enthaltenen
Grundsätzen über das Vertragsrecht.

Der von mir im ersten Theile geführte Beweis über den Grund der Möglichkeit von Zwangspflichten und Zwangsrechten durch Verträge geht darauf hin, die ietzt von so manchen Seiten bestrittene Wahrheit fester zu gründen, daß Verträge vor aller Leistung binden. Diejenigen, welche den Anfang der Leistung zur Bedingung der Rechtskraft eines Vertrags machen, scheinen mir im Grunde die Gültigkeit aller Verträge zu leugnen. Herr *Schmalz* hat neuestens jene Behauptung in seinem Naturrechte darthun wollen, und als eine vollkommen erwiesene in seinem natürlichen Staatsrechte durchaus angewendet. Nach ihm knüpft erst die Leistung im einseitigen, oder beyde Leistungen im

zweyseitigen Verträge das Versprochene an das Urrecht dessen, dem es versprochen ward. Wenn auf einen Vertrag hin noch keine Leistung geschehen ist, sondern nur zukünftige Leistungen versprochen sind, so bleibt nach Herrn S. beyden Theilen frey, ihren Willen auch wider den Willen des andern zu ändern.

Mir scheint Herr S. hier, so wie überall, den Begriff: *etwas an die Urrechte eines Menschen knüpfen*, zu handgreiflich zu deuten. Er enthält nur folgendes: *etwas in eine solche Beziehung zu dem Menschen setzen, nach welcher es ihm wider seinen Willen nicht entzissen oder verändert werden kann, ohne seine äußere Freyheit einzuschränken*. In diesem Sinne aber können mit unsern Urrechten verknüpft werden, nicht blos wirkliche Handlungen und in Besitz kommende Sachen, sondern auch Erwartungen derselben, Vorstellungen künftiger Erfolge. Begründe ich im Gemüthe meines Mitwesens eine solche Erwartung, und empfange seine Erklärung
der

der Annahme, so kann ich ihm das von ihm Erwartete nicht entziehen, ohne seine äußere Freyheit einzuschränken, welche doch unfehlbar eingeschränkt wird, so bald ich Entwürfe desselben scheitern mache, zu denen er durch mein Versprechen bestimmt werden mußte. „*Welches der Akt sey, fragt Herr S. durch welchen der pacificirende Promissar sein Zwangsrecht bekomme?*“ Es kann nichts anders seyn, als der Wille der Paciscenten in seiner äußern Erkennbarkeit, oder bestimmter: die Einheit ihrer Willen in ihrer äußern Erkennbarkeit. Ein Recht auf eine Person kann nur durch den Willen von dieser, und die Uebernahme ihres Entschlusses durch den andern entstehen, und es ist kein andrer Akt gedenkbar, durch welchen ein Recht auf eine Person entspringen könnte. Woher aber, daß durch das bloße erklärte Wollen Recht auf Person entsteht? Dies kann ohne Hinsicht auf die äußere vollkommene Pflicht des Promittenten nicht beantwortet werden, so wie

wie überhaupt jedes Recht auf Freyheit auf der Basis der allgemeinen vollkommenen äussern Pflicht für Freyheit ruht. Der Promissar wird in sofern durch den erklärten und von ihm angenommenen Entschluss des Promittenten berechtigt, als dieser dadurch äusserlich vollkommen verpflichtet wird; dieß wird er aber, weil er durch sein Versprechen Veränderung in der Lage des andern bewirkt, und nicht zurück gehen kann, ohne die Freyheit desselben eigenmächtig einzuschränken, also, mit andern Worten, ihn als blosses Mittel zu behandeln. Die Erklärung des Willens des Promissars ist freylich kein Gesetz für den Promittenten, die Verpflichtung von diesem rührt nicht etwa von einem Gebote des Promissars her, sondern sie ist eine nothwendige Folge der allgemeinen Verpflichtung zur Nichtverletzung fremder Freyheit in Beziehung auf einen bestimmten Fall, aus dieser entspringt das Gesetz, nach welchem Herr S. fragt: *das Gesetz, welches mich verbindet, meinen einmahl erklärten*

klärten Willen nicht mehr zu ändern, wiefern ich nämlich durch einseitige Aenderung desselben in solchem Falle ein Mitwesen misbrauchte, und seine äußere Freyheit einschränkte.

Herr Schmalz bleibt sich nicht treu, wenn er bey denen eben von mir bestrittenen Behauptungen, dennoch dem Promissar ein Zwangsrecht auf Ersatz zueignet, im Fall er durch das einseitige Zurückgehen des Promittenten Schaden erleiden sollte. Wenn nämlich, wie er annimmt, durch Versprechen und Annahme der Gegenstand des Versprechens noch nicht an das Unrecht des andern geknüpft ist, dieses also durch die Nichthaltung nicht verletzt werden kann, was mag dann den Promittenten der Schade kümmern, welcher dem Promissar durch seinen Rücktritt erwächst? Er rührt nicht von jenem her, sondern von der Unvorsichtigkeit dieses, welcher ein Versprechen für fest hielt, in Beziehung auf welches er doch kein Zwangs-

Zwangsrecht hatte, was mag also Ienen zum Ersatz verbinden?

Es war der letzte §. des ersten Theils, worinn ich leugnete, daß Recht auf Ersatz aus einem Vertrage an sich folge, ohne ausdrücklich auf den Fall der Nichtleistung ausgemacht zu seyn. (I Th. S. 301. §. 18.) Zur mehrern Erläuterung ienes §. füge ich hier noch folgendes hinzu:

Menschen wollen sich, indem sie Verträge schliessen, nicht auf eine unsichre schwankende Weise verbinden, sondern ihre Willen so einigen, daß sie ihre Pflicht und ihr Recht gegen einander auf das pünktlichste kennen. Pflicht und Recht also haften hier einzig und allein an dem Obiekte, über welches paciscirt worden. Recht auf Ersatz kann nicht eintreten: 1) weder wenn der Promittent nicht leisten; 2) oder der Promissar das ausgemachte Obiekt nicht annehmen *will*; denn wer sollte das Aequivalent bestimmen? Der Promittent würde es unter *dem* Vorwande bestimmen wollen, weil er allein wissen kann,

kann, was ihm das gelte, was er für den andern leisten wollte; der Promissar aber wird ihm das Recht dazu sehr natürlich verweigern, indem er allein den Werth der erwarteten Leistung für sich schätzen kann. Beyde haben Recht, und eben, weil Beyde Recht haben, und keine Einigkeit erfolgen kann, sieht man, dafs es der Natur des Vertrags widerspricht, in den angegebenen Fällen, ein Recht auf Ersatz anzunehmen; 3) noch wenn der Promittent nicht leisten, 4) oder der Promissar nicht annehmen kann; dann expirirt ohnehin der Vertrag, und es würden überdiß dieselben Gründe gegen den Ersatz eintreten, die sich eben in Beziehung auf die erstern Fälle angegeben habe.

Wenn man behaupten will, es lasse sich nach Kriterien des *äußern* Gerichtes keine Zwangspflicht des Promittenten erweisen, so ist diß eine Folge unbestimmter Begriffe vom *äußern* Gericht. Wenn nach den Prinzipien von diesem entschieden wird, kommt es lediglich darauf an, ob

ob durch Nichthaltung eines an ein Mitwesen gegebenen und von diesen angenommenen Versprechens, dasselbe in seine äussere Freyheit eingeschränkt werde, und ob Beyde, Promittent und Promissar, es mit gleicher Evidenz wissen können.

I. Der Promittent, welcher sich der Leistung entzieht, schränkt wirklich die äussere Freyheit des Promissars dadurch ein. Durch sein Versprechen hatte er seinem Erkenntnisvermögen, seinem Willen und seiner Thatkraft eine neue Richtung gegeben, hatte bewirkt, dass das Mitwesen unter Voraussetzung seiner künftigen Leistung seine Entwürfe, Plane, Entschlüsse, Erwartungen veränderte. Leistet er nun nicht, so hat er dieses Wesen gemisbraucht, es einem fremden, seinem Willen untergeordnet, da es doch Zweck an sich ist, die äussere Freyheit desselben, die mit seinen Entwürfen, Planen, Entschlüssen auf das innigste zusammenhängt, ist durch ihn eingeschränkt worden.

II. Promittent sowohl als Promissar kennen die Bedingungen

aller

aller freyen Aeufferung menschlicher Thatkraft, wissen, das sie von Vorstellungen, Entwürfen, Planen abhängt. So gewiss der Promittent weifs, das der Promissar ein Mensch ist, weifs er, das er ihn durch den Rücktritt vom Vertrage in seiner Freyheit einschränkt, und andererseits, so gewiss der Promissar weifs, das der Promittent ein Mensch ist, weifs er, das dieser weifs, das er ihn in seiner Freyheit einschränkt. Das Unrecht erhellt also nach den Kriterien des Forum externum eben so unzweydeutig, wie bey offenbarem Betrüge oder Diebstahle.

B e s c h l u s s der allgemeinen Theorie.

19.

Wenn die Annahme des Versprechens erklärt worden ist, darf der Promittent dasselbe nicht zurücknehmen, ausser wenn die Leistung durch

II. Theil.

G

die

die moralische Vernunft schlechterdings verbothen ist.

1) Darf der Promittent zurückgehen, ehe er die Annahme des *abwesenden* Promissars erfährt? Nein, er müßte sich denn diese Freyheit vorbehalten und den Promissar ausdrücklich davon benachrichtigt haben. Außerdem thäte er ihm offenbar Unrecht, und könnte ihn in Schaden versetzen. *)

2) Darf der Promittent zurückgehen, während der Bedenkzeit, welche sich der Promissar ausmacht? Wenn der Promittent nicht erklärt, daß er sich die Freyheit vorbehalte, während der Bedenkzeit zurück-

*) Wenn zur Vollendung eines Vertrags, wie Daries behauptet, auch Einwilligung des Versprechenden in die Acceptation gehörte, so würden sich in Beziehung auf diese und ähnliche Fragen andre Resultate ergeben; der Promittent dürfte zurückgehn, ohne daß dem Promissar Unrecht geschähe, welcher vor Erklärung der Einwilligung des Promittenten in die Acceptation auf die Leistung nicht rechnen könnte.

zurückzugehen, so darf er unstreitig nicht. Denn der Promissar ist berechtigt, sich sein Versprechen als fest zu denken, und während der Bedenkzeit schon Vorbereitungen auf den Fall der Annahme zu machen.

3) Wenn der abwesende Promissar Bedenkzeit verlangt, ohne zu wissen, ob der Promittent sie zugestehen, so darf der Promittent zurückgehen. Er schränkt damit die Freyheit von ienem nicht ein, läuft auch eben so wenig Gefahr, ihn in Schaden zu versetzen.

4) Wie dann, wenn der Promittent sich ein Gewissen daraus macht, zu leisten? Wenn die Leistung nicht als schlechterdings pflichtwidrig allgemein erkennbar ist, sondern von dem Promittenten nur einseitig dafür gehalten wird, so hat sich der Promissar *nach rechtlichen Prinzipien* an die Bedenklichkeiten des Promittenten nicht zu kehren, sondern darf sein Recht durchsetzen.

20.

Unkunde der Natur der Leistung entbindet den Promittenten seiner Pflicht zu leisten nicht, noch entreißt sie dem Promissar sein Recht, die Leistung zu fordern, den einzigen Fall ausgenommen, wo der Gegenstand durch die moralische Vernunft schlechterdings verboten ist.

1) Wie, wenn der Promittent nach gethanem und angenommenem Versprechen den Werth eines versprochenen Gutes weit größer, oder die Folgen einer versprochenen Handlung minder vortheilhaft, als vorher, oder wohl gar schädlich findet? Er darf dennoch das Versprechen nicht zurücknehmen, sondern ist gehalten zu leisten. Erkennt er den Werth des Gutes oder die Folgen der Handlung erst nach der Leistung, so darf er keinen Ersatz fordern. Ich verkaufe ein Haus, schlechthin und ohne Vorbehalt, der Käufer findet einen Schatz darinne, er ist sein.

2) Wie

2) Wie, wenn der Promissar nach Annahme des Versprechens des Andern, die dieser als unausbleiblich voraussetzt, (S. Th. I. S. 297. 298. §. 11.) mit den nachtheiligen Folgen der Annahme bekannt wird? Er ist vollkommen verpflichtet, unerachtet alles Schadens, welcher erfolgen kann, anzunehmen. Hat also z. B. Caius das Versprechen des Sempronius angenommen, für ihn beym Hasardspiele zu pointiren, so daß Sempronius darauf rechnet, sey es wegen Theilnahme am Gewinn, oder ohne dieß; so darf Caius keinesweges zurückgehn, wenn er auch erführe, Sempronius spiele so leichtsinnig, daß er ihm höchstwahrscheinlich einen großen Verlust zuziehen werde.

21.

Ein Vertrag ist ungültig, wenn die Theilnehmer einander durch unwahre, die Leistung betreffende, Vorstellungen zur Schließung be-

stimmt haben, *) gleichviel ob der, welcher dem andern die unwahre Vorstellung mittheilt, ihre Unwahrheit weiß, oder nicht.

Der Promittent kann durch unwahre, die Leistung betreffende, Vorstellung den Grund gegeben haben, weshalb der Promissar annahm; oder der Promissar, daß der Promittent, versprach. Die Unwahrheit kann entdeckt werden vor der Realisirung des Vertrags, oder nach derselben. Rührt die unwahre Vorstellung vom Promittenten her, so ist der Promissar nicht verpflichtet anzunehmen; rührt sie vom Promissar her, so hat dieser kein Recht auf die Leistung des Promittenten. Ist der Vertrag realisirt, bevor die Unwahrheit entdeckt wird, so dringt der durch dieselbe Verletzte auf Ersatz.

Die

*) Diefes ist der Sinn des *wirksamen Irrthums*; (error efficax) nur *der* Irrthum ist *wirksam*, in welchem der Grund liegt, weshalb ich pacifcirte, und zwar so pacifcirte, wie ich es that.

Die unwahre Vorstellung muß so beschaffen seyn, daß nach derselben Promittent oder Promissar sich die Leistung anders denken *müssen*, als sie erfolgt; ich sage mit gutem Grunde: *müssen*, denn die Täuschung durch objective Unwahrheit muß nach der Art, wie der eine dem andern die Sache darstellt, nothwendig seyn *).

G 4

Ist

*) Wenn z. B. ein Schriftsteller einen Buchhändler die Verfassung eines Werks *über die Morat* verspricht, so ist es bloß *möglich*, daß dieser darunter ein vollständiges System der Wissenschaft denke; verspricht er ihm aber ein Werk *über das Ganze der Morat*, so ist nothwendig, daß dieser ein Werk erwarte, in welchem alle Theile der Disciplin behandelt werden, und wenn es nicht in dieser Allgemeinheit erfolgt, ist er nicht gehalten es zu nehmen. — So, wenn Einer den Andern zu einer Schenkung beredet, unter der Versicherung, er habe eine große Summe in der Lotterie gewonnen, so muß dieser sich um so viel reicher denken, und sich die Leistung, die er verspricht, im Verhältnisse zu der Vermehrung seines Vermögens vorstellen.

Ist dies der Fall, so haben sie bey der Vertragsschließung ihre Willen in Beziehung auf die *falsche* Leistung gar nicht vereinigt.

22.

Ein Vertrag ist ungültig, wenn der eine Theilnehmer den andern durch einen die Leistung selbst betreffenden positiven Betrug bestimmt hat, ihn einzugehen. Der, welcher durch einen solchen Vertrag verletzt wird, dringt auf Ersatz seines Schadens.

1) Der Betrug muß die Leistung selbst betreffen, so daß der andre dadurch eine falsche Vorstellung derselben zu seinem Nachtheile bekommt. Betrug in Neben Umständen, wodurch dem andern die Leistung nicht falsch dargestellt wird, wie es z. B. bey gewissen Mitteln und Kunstgriffen der Ueberredung der Fall ist, macht einen Vertrag nicht ungültig.

2) Der Betrug muß *positiv* seyn, so daß der eine dem andern wirklich falsche Vorstellung zu seinem Schaden mittheile; der

der *negative* Betrug, wo der Eine nur gewisse wahre Vorstellungen zurückhält zum Schaden des Andern, macht nur dann einen Vertrag ungültig, wenn iener sich zur Mittheilung derselben verbindlich gemacht hat, außerdem nicht. Wenn also der Pferd Händler dem Käufer Fehler seines Pferdes verschweigt, ohne vorher ausdrücklich versprochen zu haben, alle, die ihm bekannt, mitzutheilen, so besteht der Contract, den er schließt, wenn sich auch der Käufer nachher betrogen findet.

3) Der Betrug muß der Grund seyn, den Vertrag einzugehen; der bloße incidente Betrug schadet der Gültigkeit desselben nichts.

23.

Alle Verträge sind ausdrückliche.

Dieser Satz ist ein Resultat, welches mit der Theorie der rechtlichen Verträge nothwendig verknüpft ist.

Man theilt die Einwilligung gewöhnlich, wie bekannt, in: a) *die ausdrückliche*, welche durch die allgemein anerkannten

Mittel der Ideenmittheilung, Worte, mimische Bewegungen, u. s. w. erfolgt; b) *die stillschweigende*, welche durch Handlungen geschieht, welche ohne die Einwilligung nicht möglich wären; der Herr sagt zum Diener: willst du ferner nicht dienen, so verlaß den Augenblick mein Haus; er bleibt, und zeigt eben dadurch seine Einwilligung an. Der Schuldner bittet den Gläubiger um Erlass, dieser giebt ihm den Schuldbrief zurück, und erklärt durch diese Handlung seinen Entschluß. c) *die vermuthete*, welche von Gründen der Wahrscheinlichkeit hergeleitet wird, die entweder den Vortheil oder die Moralität des andern betreffen. — Mir scheint, die sogenannte *stillschweigende*, in dem eben bestimmten Sinne, sey eigentlich der *ausdrücklichen* gleich, und ich würde lieber die Einwilligung theilen in a) *die erkannte* α) durch Zeichen, β) durch That; b) *die vermuthete*.

Die Einwilligung muß bey einem Vertrage, wenn er rechtsgültig seyn soll, jederzeit

zeit *erkannt* seyn. *Die Vermuthung* der Einwilligung kann nie berechtigen, möge sie sich nun darauf gründen, daß der andre durch sein Gewissen zur Einwilligung verpflichtet sey, oder darauf, daß sein Vortheil dieselbe erheische. Es ist ihm nach rechtlichen Grundsätzen erlaubt, pflichtwidrig zu handeln, wenn es nur niemanden schadet, erlaubt, unklug, und gegen seinen Nutzen zu verfahren. *)

Herr

*) Man könnte vielleicht einwerfen: der *vermuthete* Consens sey dann gültig, wenn der Andre durch Zurückhaltung desselben ein Recht desienigen, welcher ihn vermuthete, verletzte. Allein hier wird der Consens nicht vermuthet, sondern gefordert, wiefern er in einer schon vorhandenen Rechtsverbindlichkeit nothwendig enthalten ist. Wenn ich mit einem andern ein Haus gemeinschaftlich besitze und gemeinschaftlich unterhalte, so darf ich auch in seiner Abwesenheit eine nothwendige Reparatur vornehmen, ohne seine besondere Einwilligung erst abzuwarten.

Herr Höpfner nennt die Frage wegen der rechtlichen Gültigkeit des *vermutheten* Consenses eine *sterile und blos spekulativische* Frage. *) Dieß ist sie wohl nicht; sie betrifft gerade einen Gegenstand, an welchem man die Festigkeit der Prinzipien eines Naturrechtslehrers erprüfen kann. Herr H. eignet dem *vermutheten* Consense, sey er *ein wahrer*, oder *kein wirklicher*, rechtliche Wirkungen zu: a) „diese, daß man von dem, welcher etwas wegen meines *mit Grund* vermutheten Consenses thut, nicht sagen kann, er habe es *gegen meinen Willen* gethan. Z. E. der Freund, der etwas von meinen Sachen wegnimmt, weil er mit Grund vermuthete, daß ich nichts dagegen haben würde, kann von mir keines Diebstahls beschuldigt werden.“ (*Unrecht* ist nicht blos jede meinen Zustand verändernde Handlung, die man *gegen*

*) S. kurze Erörterung der Frage, ob die vermuthete Einwilligung im Naturrecht Statt finde, im Anhang f. Naturrechts, S. 276. Vierte Ausgabe.

gegen meinen Willen thut; sondern auch jede meinen Zustand verändernde Handlung, die man *ohne* meinen Willen thut. Wer mir eine Stecknadel nimmt, weil er vermuthet, ich werde nichts dagegen haben, ist freylich kein Dieb, aber seine Handlung ist dennoch unrecht.) b) „es ist Unrecht, dem andern etwas gegen seinen vermutheten Willen zu entziehen;“ (weil es überhaupt Unrecht ist, Iemanden etwas *ohne* seinen Willen zu entziehen;) c) „der vermuthete Consens hat die wichtige Wirkung, daß der andre mich zu entschädigen verbunden ist, wenn ich etwas zu seinem Nutzen that. (Negotiorum dominus obligatur gestori.) Die Nützlichkeit meiner Handlung für den andern hat allein diese Wirkung nicht. Man denke sich nur den Fall: ich habe ein baufällig Haus, das den Einsturz droht; weil ich abwesend bin, und die Sache keinen Verzug leidet, läßt mein Freund das Haus repariren; bin ich schuldig, ihm die Auslage zu erstatten? ohne Zweifel. Aber
gesetzt,

gesetzt, ich hätte einen einzigen alten durchlöcherten Rock. Ein Freund läßt mir einen neuen machen, sendet mir ihn zu, und verlangt die Vergütung der Kosten. Bin ich ietzt auch dazu verpflichtet? Keinesweges; aber warum? weil im ersten Falle meine Einwilligung zu vermuthen war, im letzten nicht.“ (Nach rechtlichen Grundsätzen hat derienige, welcher in solchen Fällen auf bloße Vermuthung des Consensus handelte, kein *Recht*, Entschädigung zu fordern, möge auch die Billigkeit es dem, für den er handelte, noch so sehr zur *Pflicht* machen. Wenn ich nun mein Haus einfallen lassen will, wer wird mirs wehren dürfen? eben so gewiß Niemand, als Niemand mich hindern darf, in einem zerrissenen Rocke zu gehn. Wer ohne mein Wissen und Willen in meinen Sachen und Angelegenheiten Veränderungen hervorbringt, ist kein negotiorum gestor, dem ich als dominus Verbindlichkeit schuldig wäre.)

II.

Eintheilung der Verträge.

1.

Der Promittent verspricht entweder dem Promissar, eine Handlung, oder eine Sache zum Eigenthum oder Gebrauche.

Eigentlich verspricht der Promittent jederzeit Handlung; denn die Versprechung eines Eigenthums oder des Gebrauchs desselben an einen andern, bezieht sich auch auf Handlung, nur dafs hier die Handlung als Mittel der Erwerbung oder Benutzung einer Sache des Handelnden betrachtet wird, da sie hingegen in den übrigen Fällen die Leistung selbst ist.

2.

Unter denjenigen Verträgen, wo das zu Leistende Handlung ist, zeichnen wir aus: a) den Bevollmächtigungsvertrag; b) den Hinterlegungsvertrag; c) den Arbeitsvertrag; d) den Dienstvertrag.

1) Bey

1) Bey dem Bevollmächtigungsvertrage, verspricht der Promittent dem Promissar die Führung eines Geschäfts an seiner Statt. Die übrigen Menschen außer den Paciscenten müssen jeden Bevollmächtigungsvertrag ungestört zulassen, durch welchen ihre Freyheit nicht eingeschränkt wird, wäre auch sein Gegenstand pflichtwidrig. Für die Paciscenten selbst aber kann kein Bevollmächtigungsvertrag von dauernder Rechtsgültigkeit seyn, welcher einer unaufheblichen Pflicht widerspricht. Der Bevollmächtigende muß seine Vollmacht *mit Bestimmtheit* geben; selbst, wo er der Willkühr des Bevollmächtigenden etwas überläßt, muß er das von ihm nicht Bestimmte doch bestimmt ausdrücken. Eine Vollmacht ohne Bestimmtheit ist rechtlich nichts. Der Bevollmächtigte ist nach Abschließung des Vertrags vollkommen verpflichtet, das Geschäft des Bevollmächtigenden der Vollmacht gemäß zu führen. Dagegen fordert der Bevollmächtigte auch, daß der Bevollmächtigende seine

seine so vollbrachten Handlungen ratihabire. Wenn einer der übrigen Menschen durch die Führung des Geschäfts verletzt wird, so hängt es von ihm ab, ob er sich deshalb an den Bevollmächtigten oder den Bevollmächtigten halten will. Haben die Paciscenten nicht im Vertrage auf den Fall, daß der Bevollmächtigende oder der Bevollmächtigte durch die Geschäftsführung Schaden erlitte, Ersatz ausgemacht, so ist keiner gegen den andern dazu verbindlich. (S. die allgemeine Theorie der Vertr.)

2) Bey dem Hinterlegungsvertrage verspricht der Promittent dem Promissar die Aufbewahrung einer Sache, und zwar entweder mit der Verbindlichkeit für die Sache zu stehen, oder nicht. Der Depositar bekommt durch den Vertrag kein Recht auf Gebrauch der Sache, wenn dieß nicht besonders ausgemacht ist. Hat er sich verbindlich gemacht für die Sache zu stehen, so muß er, im Fall sie ihm entkommt, Ersatz für sie geben, auch Ersatz für Beschädigungen, die durch seine Schuld erfol-

gen, keinesweges aber Ersatz für Beschädigungen, die aus der Natur der Sache selbst folgen, oder durch einen vom Depositar ganz unabhängigen Zufall bewirkt worden. Hat er jene Verbindlichkeit nicht über sich genommen, so ist er auch in keinem Falle zum Ersatz verpflichtet, ausser wenn er selbst Ursache des Verlustes oder der Beschädigung der Sache wäre.

3) Bey dem Arbeitsvertrage verspricht der Promittent dem Promissar seine Kräfte, des Körpers oder des Geistes, zu einem gewissen Zwecke zu verwenden, und der Promissar bekommt dadurch das Recht, die Arbeit ganz so, wie man sich darüber einverstanden, zu fordern. Die Bedingung der Möglichkeit ieder Arbeit machen die dazu nöthigen Kräfte aus, und bey jedem Arbeitsvertrage wird von selbst verstanden, dass der Promissar nur in sofern die Befugniss, die Leistung zu erzwingen, bekomme, als Promittent in Besitz und Gebrauch derienigen Kräfte bleibt, welche zur Arbeit erforderlich sind. Gewisse Kräfte

Kräfte des Menschen hängen von seiner Willkühr nicht ab, einige so wenig, daß derselbe überhaupt sie gar nicht zur Wirksamkeit selbst bestimmen kann. Alle Versprechen von Produkten solcher Kräfte haben keine Rechtsgültigkeit, am wenigsten, wenn Zeitbestimmung damit verknüpft ist. So ist ein Vertrag *rechtlich* null, worinn ein Künstler Iemanden ein originales Werk des Genies verspricht; so sind viele Verträge der Schriftsteller mit Buchhändlern widersinnig und nichtig. Allein der Promittent kann sich zugleich auf den Fall der nicht möglichen Leistung zu einem Ersatze verstehen, und ist dann gehalten, diesen Ersatz zu geben. Wenn ein lyrischer Dichter muthwillig genug wäre, einem Buchhändler zu einer bestimmten Messe sechs Duzend Oden zu versprechen, dieser das Versprechen annähme, und nun ein Zwangsrecht auf die Leistung zu haben glaubte, so betröge sich letzterer gar sehr. Hätte ihm aber der Dichter auf den Fall des Ausenbleibens seiner Werke hundert

Thaler versprochen, so hätte der Buchhändler die Befugniß diese zu erzwingen.

4) Bey einem Dienstvertrage verspricht der Promittent dem Promissar, sich von ihm zum Mittel für seine Zwecke brauchen zu lassen. Innerhalb welcher Grenzen überhaupt ein Mensch dieß dürfe, erhellet theils aus der Moral, theils aus der Lehre des Naturrechts von den unverlierbaren Rechten der Menschheit. Die Fortdauer der zum Dienste nöthigen Kräfte ist auch hier eine stillschweigende Bedingung. Ersatz für durch den Dienst erlittenen Schaden muß ausdrücklich im Vertrage bestimmt worden seyn, um gefordert werden zu können.

5) Man könnte hier noch jene sonderbare Art von Verträgen anführen, worinn der Mensch dem Menschen Befriedigung eines Triebes verspricht. An und für sich ist ein solches Versprechen widersinnig, und durch dasselbe entsteht kein rechtsgültiger Vertrag. Allein etwas anders ist es, wenn Befriedigung des durch moralische
Gesetze

Gefetze geleiteten Triebes gemeint wird; diese kann und darf man versprechen. Es ergiebt sich die Anwendung auf den Geschlechtstrieb von selbst. Kein Mann kann *unbedingt* einem Weibe versprechen, ihren Geschlechtstrieb zu befriedigen, und ein Ehevertrag, worinn dies ausgemacht würde, würde rechtlich null seyn. Allein allerdings kann ein Mann versprechen, dem Triebe des Weibes genug zu thun, wiefern dieser Trieb innerhalb der Schranken, welche Natur und Moralität setzen, wirksam ist. Dahin geht auch das den Bey-schlaf betreffende in dem Ehevertrage wesentlich liegende Versprechen des Mannes.

3.

Diejenigen Verträge, bey welchen die Leistung in einer Sache besteht, betreffen entweder gänzlichen Uebergang der Sache in das Eigenthum eines andern, oder nur Ueberlassung an ihn zum Gebrauch.

1) Ich nenne einen Vertrag, durch welchen Eigenthum übertragen wird, einen *Zueignungsvertrag*. Der Promittent verspricht hier, von einer gewissen Zeit an, eine Sache nicht mehr als ausschließliches Mittel für seine Zwecke anzusehen und zu behandeln, unter der Bedingung, daß der Andre ihn dafür ansehe, und so behandle. Der Promissar erklärt durch seine Annahme, daß er diese Sache als von der bestimmten Zeit an *sein* seyend betrachte, und auf die Zulassung der Besitznehmung mit Zuverlässigkeit rechne. Sobald bey einem solchen Vertrage Versprechen und Annahme des Versprechens erfolgt ist, hat der Promissar das Recht, die versprochene Sache als sein ihm zu bestimmter Zeit zufallendes Eigenthum zu behandeln, und, wenn zu dieser Zeit ihm die Besitznehmung vom Promittenten nicht zugelassen würde, mit Gewalt darauf zu dringen. Der Promissar darf also im voraus alle Verfügungen in Beziehung auf jene Sache treffen, wodurch nur der Promittent

mittent in seinem vor der bestimmten Zeit ihm noch zukommenden Rechte nicht gestört wird. Er darf ferner die Sache im voraus wieder verkaufen, verschenken u. dergl.

Die *Uebergabe* ist zur Vollendung des rechtlichen Uebergangs einer Sache von einem Eigenthümer an einen andern nicht nöthig. Versprechen und Erklärung der Annahme vollenden.

Was kein Mensch veräußern darf und kann, kann auch nicht durch einen Zueignungsvertrag in das Eigenthum eines andern übergehen. Kein Mensch darf sich unbedingt dem Andern zum Eigenthume hingeben, keiner dem Andern das Recht, unbedingt über seine Kräfte zu disponiren, gestatten, keiner dem Andern seine Ideen überlassen, um sie nach Willkühr zu verändern und zu gebrauchen. Der letzte Punkt ist für die rechtliche Theorie des Buchhandels wichtig. Wenn ein Schriftsteller einem Buchhändler ein Geisteswerk eigenthümlich überläßt, so bekommt er

dadurch blos das Recht, es zu vervielfältigen, und von Tausch oder Verkauf desselben Nutzen zu ziehen. Aber der Inhalt wird seiner Willkühr keinesweges überlassen. Eine von ihm unternommene eigenmächtige Veränderung in den Ideen des Verfassers, berechtigt diesen, geradezu sein Werk zurückzunehmen.

Zueignungsverträge sind nur innerhalb der Grenzen des Lebens des Promittenten gültig. Zueignungsverträge, wo das Versprechen auf den Fall des Todes gestellt ist, sind innerlich widersprechend, und demnach auch ohne alle rechtliche Kraft.

Außer der bürgerlichen Gesellschaft gelten also rechtlich nicht nur nicht die Testamente, sondern eben so wenig die Erbverträge. Der Akt des Promittenten bey dem Erbvertrage, womit er im Grunde nichts anders verspricht, als, von dem Momente seines Todes an, eine gewisse Sache nicht mehr als ausschließliches Mittel für seine Zwecke anzusehen und zu behandeln, wenn der Andre entschlossen sey, sie von diesem

diesem Momente an dafür anzusehen und so zu behandeln, dieser Akt ist widersinnig, und gleichwidersinnig der Akt des bey einem solchen Vertrage acceptirenden Promissars. (S. übrigens die Vorrede dieses Theils, S. 66 — 86.)

Durch keinen Zueignungsvertrag darf die Freyheit der übrigen Menschen eingeschränkt werden. Dieser evidente Satz führt besonders in Beziehung auf zwey sehr bestrittene Gegenstände zu wichtigen Entscheidungen:

A) Es ist wohl unleugbar, daß Erbverträge auch deshalb nicht gültig seyn können, weil durch sie wirklich die Freyheit der übrigen Menschen widerrechtlich eingeschränkt würde. Sie wird dieß aber, in wiefern ihnen zugemuthet wird, die *widersinnigen* Akte der Paciscenten zu respektiren,

B) Wenn ich meinem Mitmenschen eine Sache eigenthümlich überlasse, so folgt daraus nicht, daß die übrigen Menschen dieselbe Sache nicht nachahmen und

kopiren dürfen, wiefern es, ohne sie zu verletzen, geschehen kann. Baue ich meinem Mitmenschen also ein Haus, so habe ich und er kein Recht, andern zu wehren, ein gleiches aufzuführen; lege ich ihm einen Garten nach einem originalen Plane an, so darf ieder andre sich dieses Planes bedienen, um sich auch einen solchen Garten zu bilden.

Man hat sich bis in die neuesten Zeiten über die Rechtmässigkeit des Nachdrucks gestritten. Gewiss wäre man zur Einigkeit gekommen, wenn man die sehr verschiedenen Fragen gehörig gesondert hätte: 1) ob der Nachdruck den Prinzipien des Rechtes im Zustande ausser der bürgerlichen Gesellschaft widerspreche, und 2) ob der Staat verpflichtet sey, den Buchhändler gegen den Nachdrucker zu schützen? Der Staat ist unleugbar vollkommen verbunden, den Buchhändler, seinen Bürger, mit aller Kraft des Rechtes gegen den Nachdrucker zu schützen. Denn im Staate ist der Nachdrucker nichts anders als ein Räuber.

ber. Allein im Naturstande darf unſtrei-
tig jeder, jedes einem Buchhändler eigen-
thümliche Buch kopiren, wie er will; wenn
er nur übrigens denſelben in dem freyen Ge-
brauche ſeiner Exemplarien nicht ſtöhr̃t. *)

Sollte der Buchhändler ein Recht ha-
ben, allen andern Menſchen zu wehren,
ein Buch zu kopiren, ſo müſte ihm dieſes
Recht durch den Verfaſſer übertragen ſeyn.
Allein der Verfaſſer kann ihm ein ſolches
nicht übertragen, weil er die Freyheit der
übrigen Menſchen nicht einſchränken darf.
Wenn ich einem meiner Mitmenſchen eine
wiſſenſchaftliche Vorleſung halte, und die
Ge-

*) Der Erweiſs der Rechtmäßigkeit des Nach-
drucks im auſſergeſellſchaftlichen Zuſtande
iſt ſo weit entfernt für den Buchhandel
gefährlich zu ſeyn, daß er vielmehr in ſo-
fern demſelben höchſt heilſam iſt, als da-
durch die Pflicht des Staats, den Buchhänd-
ler gegen den Nachdrucker zu ſchützen,
um ſo evident er einleuchtet. Vortrefflich
hat neueſtens über dieſen Gegenſtand Herr
Jakob in ſeiner philoſophiſchen Rechtslehre
gehandelt.

Gegenwart mehrerer Zuhörer zulasse, so habe ich, wenn ich nicht mit ihnen einen Vertrag darüber geschlossen, kein Recht, ihnen zu verbieten, jene Vorlesung andern mündlich oder schriftlich mitzutheilen. Sie sind eben so freye Herrn über ihre Kräfte, als ich über die meinigen.

2) Ein Vertrag, wodurch ich den andern zum Gebrauche einer mir eigenthümlich zugehörenden Sache berechtige, ist ein *Leyhvertrag*.

a) Der Promittent überläßt dem Promissar die Sache entweder auf unbestimmte Zeit, so daß dieser gehalten, sie, wenn es ienem beliebt, zurückzugeben, oder auf bestimmte Zeit. Ist das Letztere der Fall, so ist der Promittent verbunden, dem Promissar die Sache bis zum ausgemachten Zeitpunkte zu überlassen, aller Umstände unerachtet, welche ihn betreffen mögen.

Verkauft der Promittent während dieser Zeit die Sache, so vernichtet dieß keinesweges das Recht desienigen, dem sie geliehen worden, vielmehr darf der Promittent

mittent die Sache dem Käufer erst nach Ablauf iener Zeit wirklich übergeben. Zu- folge dieses Satzes bricht, nach dem Na- turrechte, Kauf nicht Miethe.

b) Diejenigen Sachen, welche Men- schen einander zum Gebrauch überlassen können, sind entweder so beschaffen; α) das sie bey dem Gebrauch weggegeben oder das sie durch denselben vernichtet, verbraucht werden; β) oder so, das sie gebraucht werden können, ohne dadurch vernichtet zu werden.

Im ersten Falle bezieht sich der Leyh- vertrag nicht auf das Individuum im ein- zeln, sondern überhaupt auf ein Indi- viduum derselben Art, oder, wenn meh- rere, auf diese mehreren. Wenn die Art verschiedene Unterarten unter sich befaßt, so darf der Promissar mit der ihm beliebigen Unterart wieder erstatten, wenn der Promittent sie nicht ausdrücklich bestimmt hat. Nur muß es freylich eine wahre Unterart seyn. (Unwichtige Dukaten sind keine Unterart von Dukaten; denn da diese Münze

Münze ein bestimmtes Zeichen für einen gewissen Werth ist, so ist ein unwichtiger Dukaten gar kein Dukaten; so ist verfaultes Korn keine Unterart von Korn, ist gar kein Korn mehr.)

Unerachtet eine Sache durch den Gebrauch gerade nicht vernichtet wird, so kann sie doch dadurch beschädigt werden; 1) die Beschädigung kann mit der Natur der Sache unabtrennlich verknüpft seyn; 2) sie kann zufällig seyn und abhängen; a) von einem Ereignisse, für welches der, dem die Sache zum Gebrauch überlassen worden, nicht stehen kann; b) von seiner Nachlässigkeit, seinem Muthwillen und dergleichen. Im ersten Falle (1) ist es an sich evident, daß an Ersatz gar nicht gedacht werden kann. Im zweyten Falle leuchtet es ebenfalls ein, daß der Promissar für Beschädigungen der ersten Art a) nicht stehen könne, sie seyen so groß oder so geringe, als man wolle. *) Die Beschädi-

*) Wenn ich ein Tuchkleid auf ein Jahr borge, so kann der Verleyher nicht erwarten, daß
nach

Schädigungen der zweyten Art b) betreffend, so sind sie α) entweder so beschaffen, daß die Sache dadurch ganz unbrauchbar wird, oder β) so, daß sie nur weniger brauchbar wird. Im ersten Falle α) dringt der Promittent auf eine andre derselben Art; gehört sie zu keiner bestimmten Art, so hat er mit der Vernichtung der Sache sein Recht verloren. Im zweyten Falle β) kommt alles darauf an, ob bey der Vertragsschließung auf den Fall einer solchen Beschädigung Ersatz ausgemacht worden; ist er dies, so hat der Promittent Recht darauf, ist er es nicht, so hat Promissar keine Verbindlichkeit ihn zu leisten.

c) Eine Sache kann von ihrem Eigenthümer einem andern zu iedem, oder nur zu einem bestimmten Gebrauche überlassen werden.

nach Verfluß des Jahrs eben so viel Wolle darauf sey, als vorher. Wie aber dann, wenn ich das Kleid zehn Jahre lang behalte, und endlich kein ganzer Faden mehr daran ist? Auch dies folgt aus der Natur der Sache, und Forderung von Ersatz würde rechtswidrig seyn.

werden. Im letztern Falle ist es Verletzung des Vertrages, wenn der andre sie zu einem andern, als dem ausgemachten Gebrauche verwendet. Der Promittent (commodans) ist dann berechtigt die Sache zurückzunehmen, und im Fall sie beschädigt, Ersatz zu erzwingen.

d) Derjenige, dem ein Eigenthümer eine Sache zum Gebrauche leyht, darf sie nicht weiter verleihen, wenn ihm dieses nicht bey der Vertragsschließung zugestanden worden. Ein andrer Fall ist es, wenn die Hingabe an andre das Wesentliche alles Gebrauchs der Sache ausmacht, wie z. B. bey dem Gelde.

4.

Der Promittent verspricht die Leistung entweder schlechthin, oder nur in sofern, als ein künftiger Umstand eintreten wird oder nicht. In dieser Hinsicht theilt man die Verträge in a) unbedingte, und b) bedingte.

a) Eine

a) Eine physisch oder moralisch unmögliche Bedingung macht den Vertrag ungültig. Bey einer physisch unmöglichen Bedingung ist der Willensakt des Promittenten und Promissars geradezu widersinnig, bey einer moralisch unmöglichen pflichtwidrig.

b) Die Erfüllung der Bedingung hängt entweder von der Willkühr und dem Vermögen des Promissars ab, oder von äußerlichen Umständen. Im ersten Falle hat der Promittent das Recht, den Gegenstand der Bedingung zu erzwingen, der Promissar vollkommene Pflicht, zu leisten, wenn der letztere wirklich Realisirung der Bedingung versprochen hat. Hat er es nicht, und Promittent nur auf den möglichen Fall der Bedingung versprochen, so hat der Promissar freye Willkühr die Bedingung zu leisten, oder nicht. Thut er es, so muß auch der Promittent leisten; unterläßt er es, so ist der Promittent seiner Verbindlichkeit entledigt.

Wenn die Bedingung von der Willkühr und dem Vermögen des Promissars abhängt, und von ihm wirklich versprochen worden, so darf er, so lange sie noch schwebt, doch nichts thun, was ihn außer Stand setzete, die Bedingung zu realisiren.

5.

Wenn der Promittent eine Leistung verspricht, ohne sich von dem Promissar eine Gegenleistung zu bedingen, so ist der Vertrag ein wohlthätiger; verspricht er nur gegen eine andre Leistung, so ist der Vertrag ein vergeltlicher. (Pactum beneficium, gratuitum; pactum onerosum.) Die Verträge der ersten Art können wir auch Schenkungsverträge, die der letztern Tauschverträge nennen.

6.

So viel es Arten physisch und moralisch möglicher einzelner Leistungen

stungen und Wechselleistungen giebt, so viel Arten von Schenkungs- und Tauschverträgen giebt es auch. Ich kann eine Handlung, ich kann eine Sache, ich kann den Gebrauch einer Sache verschenken. Ich kann Eigenthum oder Gebrauch eines Eigenthums überlassen gegen andres Eigenthum, oder Gebrauch eines andern Eigenthums, oder gegen Handlung; ich kann für den andern handeln gegen eine andre Handlung von seiner Seite, oder gegen Abtretung von Eigenthum oder Ueberlassung desselben zum Gebrauche.*)

7.

Der Promissar erhält bey einem Schenkungsvertrage vollkommenes Recht auf die Leistung, welche versprochen worden. Der Promittent

I 2

darf

*) Do ut des, do ut facias, facio ut facias, facio ut des.

darf sein Versprechen nicht einseitig zurücknehmen, auſſer wenn die Leistung durch die moralische Vernunft ſlechterdings verboten iſt.

1) Nach denienigen Prinzipien, die ich dem Naturrechte zum Grunde gelegt habe, bedarf es keines beſondern Beweiſes, daß der Promittent eine Schenkung nicht widerrufen darf, wenn dadurch auch Schaden für ihn erfolgte, oder ſeine Umſtände ſich vor dem Zeitpunkte der Leistung änderten.

2) Ein Schenkungsvertrag iſt nur innerhalb der Grenzen des Lebens gültig. Alle Schenkung auf den Fall des Todes iſt im Zuſtande auſſer der bürgerlichen Geſellſchaft widerſinnig. Gleichviel ob die Schenkung Handlung oder Sache betreffe. Wer eine *Sache* zu ſchenken verſpricht, verſpricht *auch* eine *Handlung*, nämlich, die Sache von einer gewiſſen Zeit an nicht mehr zu den excluſivlichen Mitteln für ſeine Zwecke zu rechnen, unter der Bedingung,

dingung, daß der andre (donatarius) sie zu den seinigen rechne, und ohne daß er etwas dagegen leiste. Ein solches Versprechen aber auf das Moment des Todes zu stellen, ist unvernünftig, logisch und moralisch nichtig.

8.

Der Promissar wird durch die Schenkung dem Promittenten zu keiner Leistung vollkommen verbindlich, wenn ihn auch sein Gewissen zu noch so großer Dankbarkeit verpflichtet.

9.

Bey dem Tauschvertrage ist ieder Paciscent zugleich Promittent und Promissar. Jeder Paciscent hat nur in sofern das Recht des Promissars, als er selbst als Promittent leistet; ieder hat nur in sofern die Pflicht des Promittenten, als der andre als Promittent leistet.

10.
 Jeder Mensch darf den Werth seiner Sachen, ihres Gebrauchs, und seine Handlungen schätzen wie er will, und das Vergeltungsmittel dafür nach seinem Belieben bestimmen.

1) Die Wahrheit dieses Satzes beruht auf den Grenzen zwischen Naturrecht und Pflichtenlehre. S. *meine* Abhandl. über diesen Gegenstand.

2) Geld ist ein allgemeines Maas des Preises der Dinge. Jeder Mensch darf frey bestimmen, wie viel ihm sein Geld, als Mittel zu seinen Zwecken gelte, und wenn er Summen davon an andre durch vergeltliche Leyhverträge überläßt, so darf er das Aequivalent für den Gebrauch derselben nach seinem Belieben ansetzen, ohne daß der Andre über Unrecht zu klagen habe. Das Naturrecht kennt also den Wucher nicht, nur die Ethik und die positive bürgerliche Gesetzgebung. *)

11) Alles

*) Der Wuchernde in der bürgerlichen Gesellschaft

11.

Alles, was der Mensch veräußern und dem andern überlassen kann und darf, kann Gegenstand eines Tauschvertrages seyn.

Zur Schande eines grofsen Theils der Menschheit, ist es noch nicht überflüssig, zu bemerken, dafs kein Mensch sich selbst, kein Mensch seinen Mitmenschen vertauschen dürfe. — Auch seine Kräfte kann kein Mensch dem andern unbedingt gegen Entgeld überlassen, eben so wenig Werke seines Geistes, welche in Ueberzeugungen, Gesinnungen und Gefühlen bestehen, zu jedem beliebigen Gebrauche hingeben.

12.

Die Tauschverträge werden, wie alle andre, in Zuversicht auf gegenseitige Ehrlichkeit, auf Treu und

14

Glau-

ellschaft ist strafbar, wiefern er den Vertrag bricht, nach welchem er wie ieder Bürger Unterlassung aller gesetzwidrigen Handlungen versprochen hat.

Glauben geschlossen. Wer zuerst leisten sollte, muß bey der Vertragsschließung ausdrücklich bestimmt werden.

Jeder verspricht bey einem solchen Vertrage bedingt, und die Bedingung hängt von der Willkühr des andern ab. Ohne es ausgemacht zu haben, ist keiner verbunden, vor dem andern zu leisten; zugleich aber zu leisten, ist nicht bey ieder Art möglich, und selbst, wo es möglich ist, kann Betrug vorkommen. Soll also der Vertrag Bestimmtheit haben, so muß Einer der Paciscenten einwilligen, zuerst zu leisten.

13.

Wenn auf die erste Leistung die Gegenleistung freywillig nicht erfolgt, so hat der zuerst Leistende das Recht sie zu erzwingen, oder, wenn es möglich, seine Leistung zurückzunehmen, oder Ersatz zu fordern. Weigert sich derjenige, dem die

die erste Leistung obliegt, zu leisten, so hat der andre das Recht ihn zu zwingen, oder darf auch den ganzen Vertrag, als vernichtet ansehen.

14.

Tauschverträge gelten nur, wiefern die Leistungen durch freye Handlungen der Paciscenten realisirt werden können, also nicht auf den Fall des Todes.

Dies folgt aus demselben Grundsatz, von welchem die Nichtigkeit aller Verträge auf den Fall des Todes im Vorigen hergeleitet worden.

III.

Veränderung der Verträge.

I.

Kein Theilnehmer an einem Vertrage hat das Recht, denselben eigenmächtig zu verändern, eben so wenig in Beziehung auf die Personen, als in Beziehung auf die Sachen. Jede

rechtmäßige Veränderung der Bestimmungen eines Vertrags erfordert einen besondern Vertrag.

1) Kein Pacifcent darf die ihm gegen den andern zukommende Zwangspflicht eigenmächtig auf einen Dritten übertragen. Soll es rechtmäßig geschehen, so muß der andre eingewilligt haben. *)

2) Kein berechtigter Pacifcent ist gehalten von dem verpflichteten ein ihm auf einen Dritten zukommendes Recht statt der bestimmten Leistung zu übernehmen. Er darf dieses ausschlagen, und auf die ausgemachte Leistung dringen. **)

3) Kein Pacifcent darf seine Rechte ohne Einwilligung des andern an einen dritten übertragen. ***)

Der Grund liegt darinn, daß bey Verträgen die Pacifcenten ihre Willen mit vollkommen-

*) Delegatio, delegans, delegatus, delegatarius.

**) assignatio, assignans, assignatus, assignatarius.

***) Cessio, cedens, cessus, cessionarius.

kommener Bestimmtheit vereinigen, und folglich ieder Pacifcent, welcher gegen oder auch nur ohne den Willen des andern etwas am Vertrage verändert, dem andern Unrecht thut. Es kommt hier darauf gar nicht an, ob durch die Veränderung der Personen dem andern Pacifcenten Schade zuwachse, oder nicht. Wenn diefs auch nicht der Fall ist, so bleibt doch die eigenmächtige Veränderung rechtswidrig, eben weil der andre einem fremden Willen unterworfen wird. Er kann ja z. B. mit dem Dritten in gar keinem nähern Verhältnisse stehen wollen.

4) Auch die Veränderung der Gegenstände der Leistung erfordert, wenn sie rechtmässig seyn soll, einen andern Vertrag; die Veränderung möge nun die Verringerung oder Vermehrung, Verschlimmerung oder Verbesserung des Gegenstandes betreffen. *)

2. Kein

*) Novatio, novatio privativa, cumulativa.

2.

Kein Dritter hat das Recht, ohne Vorwissen oder wohl gar gegen den Willen des verpflichteten Paciscenten seine Zwangspflicht zu übernehmen. *)

Setze man den Fall: der Dritte wisse, daß der Verpflichtete ihn auf das äußerste verachtet oder haßt, daß er lieber wird sterben, als ihm verbindlich seyn wollen. Thut er ihm da nicht das bitterste Unrecht, wenn er eigenmächtig für ihn leistet?

III.

Vernichtung eines Vertrages.

I.

Ein Vertrag wird vernichtet, wenn die durch ihn bestimmte Leistung entweder aus physischen Ursachen nicht realisirt werden kann, oder aus sittlichen Gründen nicht realisirt werden darf.

1) Die

*) Expromissio.

1) Die physischen Ursachen betreffen:

a) entweder das *Obiect* des Vertrags; wenn dieses untergeht, so ist der darauf gerichtete Vertrag vernichtet; dies kann auch geschehen durch Veränderung desselben; b) oder die Subiecte des Vertrags; diese können sterben, oder zur Leistung schlechterdings unfähig werden.

2) Sittliche Gründe der Vernichtung eines Vertrags sind; a) die gemeinschaftliche Einwilligung der Paciscenten; b) die Einsicht *eines* Paciscenten, daß das Obiect des Vertrags schlechterdings physisch und moralisch unmöglich ist; c) bey einem entgeltlichen Verträge hat der nachfolgende Leistende, im Fall der erste Leistende nicht leisten *will*, das Recht, den ganzen Vertrag als aufgehoben anzusehen; d) entdeckter Betrug ist ebenfalls für den betrogenen Paciscenten Rechtsgrund, den Vertrag aufzuheben. (S. die allgemeine Theorie.)

V.

Endigung eines Vertrags.

1.

Ein Vertrag wird nur durch die Leistung des Verpflichteten, oder beyder Verpflichteten geendigt. So lange die mögliche Leistung nicht erfolgt, dauert das Recht des Berechtigten fort, und diesem Rechte zufolge darf er in der Anwendung der Zwangsmittel ins Unendliche fortgehen.

VI.

Sicherheits- und Bekräftigungsmittel für Verträge.

1.

Sicherheit in Beziehung auf ein Versprechen kann entweder der Promittent selbst, oder ein Dritter leisten.

2.

Der Promittent kann Sicherheit leisten durch Verpfändung; ein Dritter durch Bürgschaft.

1.) Der

1) Der Pfandvertrag geht entweder:
 1) auf Besitz der verpfändeten Sache bis zur Leistung; a) verbunden mit Gebrauch; b) ohne Gebrauch; 2) auf Zueignung derselben im Fall der verweigerten oder unmöglichen Leistung.

Beym Pfandvertrage der ersten Art darf der Promissar den Promittenten nicht zur Leistung zwingen, wenn er sich nicht neben dem Sicherheitsmittel dieses ausdrücklich vorbehalten hat. Eben so wenig darf er das Pfand veräußern, wenn er nicht überzeugt seyn kann, von der Verweigerung oder Unmöglichkeit der Leistung.

Beym Pfandvertrage der zweyten Art geht das Pfand in das Eigenthum des Promissars über, wenn der Promittent, obwohl er kann, nicht leistet, oder nicht leisten kann.

3.

Der Bürgschaftsvertrag geht entweder auf Sache, oder auf Handlung. Der Bürge ist zur Leistung vollkommen

men verpflichtet, wenn der Promittent nicht leistet.

Da Strafen unter Menschen nur durch Vertrag rechtlich möglich sind, so kommt es bey Beantwortung der Frage, ob man sich für Strafen, die einem andern zufallen, verbürgen könne, darauf an, ob dieß im Vertrage ausgemacht worden. Wenn dieß der Fall ist, so scheint es nicht zu bezweifeln, daß Verbürgung dieser Art rechtlich gültig sey. Ia, es kann unstreitig diese Verbürgung nach *rechtlichen* Prinzipien auch auf die Todesstrafe gehen; unerachtet die Pflichtenlehre dieß nur unter besondern Einschränkungen zuläßt.

4.

Der Eid vermehrt die Rechtskraft eines Vertrags nicht, obwohl er allerdings die Pflicht des Promittenten in sofern erhöht, als er eine religiöse Verbindlichkeit hinzufügt.

**Prinzipien
des
Gesellschaftsrechtes.**

II. Theil.

K

Prinzipien

von

Gesellschaftswissenschaften

K

II. Teil



Prinzipien
des
gesellschaftlichen Rechts.

I.

Allgemeine Grundsätze.

Nicht durch jeden Vertrag entsteht eine rechtliche Gesellschaft, selbst nicht durch jeden doppelseitigen. Sie entsteht nur, wenn die Paciscenten einen gemeinschaftlichen Zweck haben, zu dessen Erreichung jeder seine Kräfte zu verwenden durch den Vertrag verpflichtet ist. Herr und Diener machen keine Gesellschaft aus, obwohl unter ihnen Vertrag Statt findet, denn es macht nicht der eine den Zweck des andern auch zu dem seinigen. Schriftsteller und Verleger machen eine Gesellschaft aus, wenn sie sich ausdrücklich verbinden, durch Aeuserung ihrer Kräfte ein Werk der Wissenschaft oder Kunst in die Hände des Publikums zu liefern.

I.

Zu einem vollständigen gesellschaftlichen Vertrage gehört bestimmte gegenseitige Erklärung der ihn eingehenden Menschen, daß sie ihre Kräfte für den zu erstrebenden Endzweck verwenden wollen, und, wie sie es wollen. Er enthält also den Ausdruck der wirklichen Vereinigung und der Form der Verfassung der Gesellschaft.

2.

Wenn zwey Menschen sich zur Gesellschaft vereinigen, so bekommt der Eine durch den Vertrag Zwangsrecht auf den Andern, nach welchem er befugt ist, Mittel der Gewalt anzuwenden, um ihn im Falle der Weigerung zur Verwendung seiner Kräfte für den Zweck zu bestimmen. Der Eine darf aber auch den Vertrag als ganz aufgehoben ansehen, wenn der Andre sich der Leistung entzieht.

3. Wenn

3.

Wenn sich mehr als Zwey zur Gesellschaft vereinigen, so bekommen sie ebenfalls durch den Vertrag Zwangsrecht auf einander, in Beziehung auf die Verwendung der Kräfte für den Zweck, zugleich aber auch ieder die Pflicht, den, oder die Nichtleistenden zu zwingen, wenn auch nur einer von den übrigen den Vertrag nicht aufgeben will.

Man setze, die Gesellschaft bestehe aus vier Personen; zwey derselben verweigern die Verwendung ihrer Kräfte, die übrigen zwey haben, dem im gesellschaftlichen Vertrage enthaltenen Versprechen zu folge, die *Pflicht*, iene zwey Wortbrüchige zu zwingen, will aber der eine von ienen beyden sein Recht fahren lassen, im Fall der andre es zuläfst, so steht es nun bey diesem, ob er sein Recht durchsetzen wolle oder nicht. In Beziehung auf sich hat ieder Gesellschafter durch einen sol-

chen Vertrag, *Recht* zu zwingen, in Beziehung auf die übrigen leistenden Theilnehmer, die *Pflicht*, das Recht zu realisiren, wenn die Leistungen von Einem oder Mehrern verweigert wird. Gedoppelte Verpflichtung also, selbst zu leisten, und Leistung anderer zu erzwingen. *)

4.

Der gesellschaftliche Vertrag hat seine volle Kraft vor aller Leistung.

Nach *Schmalz* wird die Gesellschaft erst durch die Leistung auch nur eines Mitgliedes ein bindender Vertrag. S. den Exkurs zu dem allgemeinen Vertragsrechte, S. 89. dieses Theils.

5.

Die Identität aller Willen in Beziehung auf den Zweck ist das Grundprinzip aller Gesellschaft, von der einfachsten bis zu der ausgebreitetsten. In dieser Identität ist zugleich auch enthalten die Identität aller Willen

*) *Jura societatis immanentia*; ihr Inbegriff: *Jus societatis domesticum*.

Willen in Beziehung auf die von allen anerkannten nothwendigen und durch die moralische Vernunft nicht verbotenen Mittel. Ueber die zufälligen Mittel ist eine besondere Uebereinkunft nothwendig.

6.

Alle Gesellschaften, durch welche die Freyheit der übrigen Menschen nicht eingeschränkt wird, sind rechtmässig. Jede solche Gesellschaft darf sich gegen jeden Angriff der Menschen ausser ihr vertheidigen. *)

Der Zweck einer Gesellschaft kann durch das Gewissen den Theilnehmern verboten seyn, ohne dass doch die übrigen Menschen die Entstehung und Fortsetzung derselben hindern dürften, wenn ihnen dadurch kein Unrecht geschieht.

K 4

Eine

*) Jura societatis transeuntia; ihr Inbegriff: Jus societatis extraneum.

7.

Eine Gesellschaft verliert ihre bindende Kraft, wenn die Mitglieder den Zweck als unmöglich, oder durch die moralische Vernunft verboten anerkennen, oder sich überzeugen, daß sie ihn nur durch Mittel, die von der moralischen Vernunft verboten sind, erreichen können. Jedes Mitglied darf austreten, so bald es diese Einsicht gewinnt.

Die Mittel müssen aber durch die moralische Vernunft schlechterdings verboten seyn, oder wenn sie nur unter Einschränkungen verboten sind, so muß doch der Zweck so beschaffen seyn, daß die Vernunft sie für ihn nicht zulassen kann. Keine Gesellschaft würde innre Rechtsgültigkeit haben, für deren Zweck die durchgängige Befolgung betrügerischer Maximen nothwendiges Mittel wäre. Todesstrafen können in einer Handelskompagnie, als solcher, keine rechtmässigen Mittel seyn,

seyn, obwohl sie es in der bürgerlichen Gesellschaft seyn können.

8.

Der Inbegriff der Mittel einer Gesellschaft zu ihrem Zwecke ist das Vermögen derselben. Der Inbegriff von Kräften, welchen sie hat, um sich vor Unrecht zu sichern, ist ihre Gewalt.

9.

Jede rechtliche Gesellschaft kann und muß wegen der Einheit des Zweckes als eine Person betrachtet werden. Sie hat als solche alle unveräußerliche Rechte der Menschheit, Recht auf die Erhaltung ihres Daseyns, ihres Vermögens, ihrer Kräfte, Recht auf Freyheit in den Aeufferungen ihrer Kräfte, Recht auf ihre Ehre, Recht auf die Sachen der wirklichen Welt. Sie kann durch Handlungen neue Rechte erwerben, Rechte auf Personen sowohl als auf Sachen.

K 5

10. Eine

10.

Eine Gesellschaft hat also, so wie jede Person, absolute und hypothetische Rechte. Die absoluten Rechte aber beziehen sich blos auf die Menschen ausser ihr.

Es scheint vielleicht widersprechend, dass eine Gesellschaft *absolute* Rechte haben solle, da sie sich doch auf *Vertrag* gründet. Dass die Gesellschaft Persönlichkeit bekomme, setzt freylich die Handlung der Vereinigung der Willen voraus, so wie Daseyn eines Menschen die Geburt. Allein, wenn die Gesellschaft nun durch diese Handlung in ihrer Persönlichkeit da ist, so hat sie als Gesellschaft Rechte gegen die Menschen ausser ihr, welche von gar keiner Handlung in Beziehung auf diese Menschen abhängen, und ohne allen Vertrag vollgültig sind. Die Menschen ausser ihr dürfen sie in ihrer freyen Wirksamkeit nicht einschränken, und es ist nicht nöthig, dass sie bestimmt wissen, es sey eine Gesellschaft, denn sie können dem
Ganzen

Ganzen nicht Unrecht thun, ohne die Einzelnen zu verletzen.

11.

Die Form, in welcher die Gesellschaft übereinkommt, die Mittel zu ihrem Zwecke anzuwenden, ist ihre Verfassung; die Erklärung derselben ist in ihren Grundgesetzen enthalten.

12.

Die Mitglieder einer Gesellschaft dürfen übereinkommen, daß jedes Mitglied, welches die Vollbringung einer gesellschaftlichen Pflicht verweigert, oder wohl gar dem Zwecke der Gesellschaft entgegen handelt, ein gewisses Uebel erleiden solle zur Abschreckung aller übrigen. Die Bestimmung solcher Uebel zu diesem Zwecke ist verschieden von den ausgemachten Mitteln, die Leistung für die Gesellschaft, oder den Ersatz zu erzwingen.

zwingen. Sie ist enthalten in den Strafgesetzen der Gesellschaft.

13.

Die Einwilligung in eine Strafe darf keiner unaufheblichen Menschenpflicht widersprechen, und die Strafe selbst muß im Verhältnisse stehen gegen die Wichtigkeit des Zweckes der Gesellschaft.

14.

Die allgemeinen Grundsätze für Veränderung, Aufhebung und Endigung der Verträge gelten unverändert in Beziehung auf eine rechtliche Gesellschaft.

II.

Verschiedene Arten der Gesellschaft.

I.

Gesellschaften sind verschieden in Hinsicht ihrer Zwecke. Sie beziehen sich

sich: a) auf den moralischen Menschen, und beabsichtigen a) im Allgemeinen Entwicklung und Ausbildung der Sittlichkeit; b) Vollbringung bestimmter einzelner Pflichten; c) Entstehung und Unterhaltung von religiösen Ueberzeugungen, welche dem moralischen Menschen nothwendig sind; d) gemeinschaftlichen Ausdruck von Gefinnungen und Gefühlen, die mit solchen Ueberzeugungen verknüpft sind; b) auf den erkennenden Menschen, und erstreben Erweiterung und Vermehrung seiner Erkenntnis; c) auf die Befriedigung dringender physischer Bedürfnisse; d) auf den Trieb nach Vergnügen und Lebensgenuss.

2.

Der wichtigste Zweck, den eine Gesellschaft haben kann, ist der, dem Menschen die freye Verfolgung aller Zwecke,

Zwecke, die er nur immer rechtmässig fassen kann, zu sichern.

3.

Die Mitglieder einer Gesellschaft dürfen sich gegen die Menschen ausser ihnen in der freyen Verfolgung jedes Zweckes schützen, wenn nur dadurch dieselben nicht in der freyen Verfolgung ihrer Zwecke gehindert werden. Allein jede Gesellschaft ist innerlich nichtig, welche einen Zweck oder Mittel zum Zwecke hat, die der moralischen Vernunft schlechterdings widersprechen.

4.

In Rücksicht ihrer Entstehung sind die Gesellschaften entweder frey entstandene, oder unter Nöthigung- oder Zwangsmitteln entstandene.

Menschen haben kein Recht einander wider ihren Willen zur Gesellschaft zu zwingen, den einzigen Fall ausgenommen.

nommen, wo erlittenes Unrecht die Befugniß dazu ertheilt. Menschen haben aber auch das Vermögen, jedem Zwange zu widerstehn, und bey ihrem festen Wollen zu beharren. Wenn also auch die Einwilligung der Gesellschafter unter Anwendung von gewaltsamen Mitteln erfolgt ist, so sind sie dennoch für den Zweck der Gesellschaft verpflichtet, wenn es anders nicht ein der moralischen Vernunft schlechterdings widersprechender Zweck ist.

Die gewöhnliche Eintheilung der Gesellschaften in *freywillige*, *gesetzliche* und *erzwungene*, hat keinen bestimmten Eintheilungsgrund.

5.

In Rücksicht auf die den Mitgliedern zustehenden Rechte sind die Gesellschaften entweder gleiche, oder ungleiche. Ungleiche Gesellschaften können freywillig oder unter dem Einflusse von Nöthigungs- oder Zwangs-

Zwangsmitteln entstehen. Da die Gesellschaften beyder Arten auf Einwilligung beruhen, so haben sie gleiche bindende Kraft für die Mitglieder, wenn nur sonst ihr Zweck und ihre Form der moralischen Vernunft nicht widerspricht.

6.

Der Unterschied unter den Mitgliedern einer ungleichen Gesellschaft ist entweder negativ, so daß Einige weniger Rechte haben, als Andre, oder positiv, so daß Einigen mehr Pflichten zu leisten obliegen, als Andern.

7.

Wenn eine Gesellschaft übereingekommen ist über eine bestimmte Form, die Mittel zu ihrem Zwecke in iedem Falle anzuwenden, und die Leistungen der Mitglieder zu erzwingen, so hat sie eine Regierung.

8. Das-

8.

Dasjenige Individuum, oder die Mehrheit von Individuen, deren Urtheil in jedem Falle über die bestimmte Anwendung der Mittel zum Zwecke entscheidet, ist der Oberherr der Gesellschaft.

9.

Der rechtmäßige Oberherr kann nur durch Einwilligung der Gesellschafter entstehen. Er ist aber gleich rechtmäßig, mögen die Gesellschafter ihn äußerlich vollkommen frey gewählt haben, oder durch seine Gewalt und andre Nöthigungsmittel bestimmt worden seyn, ihn anzuerkennen.

10.

Der Vertrag, durch welchen eine Gesellschaft den Oberherrn bekommt, heißt der Unterwerfungsvertrag.

II. Theil.

L

11. Die

11.

Die Gränzen der dem Oberherrn zustehenden Gewalt hängen ab theils von den Gesetzen der moralischen Vernunft, theils von dem Willen der Gesellschafter, durch welchen er Oberherr ward. Durch den Willen der Gesellschaft kann er unumschränkte, oder auch eingeschränkte Oberherrschaft haben.

12.

Man muß sich in ieder regierten Gesellschaft das Verhältniß zwischen Oberherrn und Unterthanen als das Verhältniß zweyer moralischer Personen denken, welche Pflichten gegen einander und Rechte auf einander haben.

13.

Die Oberherrschaft kann dem Oberherrn für immer oder nur auf eine bestimmte Zeit übertragen seyn.

14. Der

14.

Der zwischen dem Oberherrn und den Unterthanen Statt findende Vertrag hat dieselbe bindende Kraft, die mit jedem Vertrage verknüpft ist. Weder der Oberherr darf, noch die Unterthanen dürfen einseitig zurückgehen, außer in ienen Fällen, wo die Leistung physisch oder moralisch unmöglich wird.

15.

In Hinsicht der Dauer, welche die Mitglieder einer Gesellschaft beabsichtigen, sind sie entweder temporäre, oder immerwährende, oder ewige.

16.

Temporäre Gesellschaften werden auf eine bestimmte Zeit geschlossen. Die Dauer dieser Zeit hängt entweder von der Erreichung des Zweckes ab, oder von andern willkührlichen

und zufälligen Gründen der Paciscenten. Immerwährende Gesellschaften sind solche, für welche kein Endpunkt bestimmt ist. Ewige endlich, sind solche, wo an die Stellen der abgehenden immer neue Mitglieder treten sollen.

In wiefern ist eine ewige Gesellschaft rechtmässig? Sie läßt sich auf gedoppelte Weise denken. Entweder kommen die Paciscenten, welche die Gesellschaft bilden, darüber unter einander überein, daß sie den freywilligen Zutritt andrer Menschen zulassen, ja durch alle erlaubte Mittel befördern wollen, oder sie machen unter sich aus, die Ersetzung ihrer abgehenden Mitglieder durch neue mit Gewalt zu bewirken. Das erste steht ihnen ohne Widerrede frey, das zweyte im allgemeinen nicht. Ein einziger Fall ist es, wo es Menschen erlaubt seyn kann, Menschen zur Theilnahme an einer Gesellschaft zu zwingen. Wenn nämlich diese Gesellschaft

schaft

sehaft die Sicherung aller Menschenrechte zu ihrem Zwecke hat, und sie allein auch dieselbe bewirken kann, wenn diese Gesellschaft die Bedingung ist, ohne welche Menschen die von ihnen erzeugten Kinder nicht mit Sicherheit erhalten und bilden können, so dürfen Eltern ihre Kinder dieser Gesellschaft widmen, und die Gesellschaft bekommt dadurch Zwangsrecht auf dieselbe. Eine solche Gesellschaft ist nur die bürgerliche. (S. meine Grundsätze des natürlichen Staatsrechts, S. 91. u. f.)

In ieder andern Gesellschaft würde ein solches Zwangsrecht vernunftwidrig seyn, weil ihr Zweck nicht in *dem* Verhältnisse zur Menschheit steht, welches bey der bürgerlichen Gesellschaft Statt findet. Eine ewige kirchliche Gesellschaft, eine ewige gelehrte Gesellschaft, eine ewige Handelskompagnie würden gleich widersinnig seyn.

III.
*Ueber die verschiedenen Gesell-
schaften eigenthümlichen
Rechte.*

Wenn die allgemeinen Prinzipien für alle rechtliche Gesellschaften auf besondere Gesellschaften angewendet werden, um zu bestimmen, welche Pflichten und Rechte, in ihnen, nach ihrem Zwecke, und denen für diesen Zweck nothwendigen oder willkürlich gewählten Mitteln, Statt finden; so gewinnt man eigenthümliche Grundsätze für die rechtlichen Verhältnisse der in solchen Verbindungen begriffenen Mitglieder, welche systematisch und vollständig zusammengestellt, neue einzelne Wissenschaften bilden.

Gewisse Gesellschaften sind für den Menschen moralisch nothwendig; ihr Zweck ist ihnen geboten, und dieser Zweck kann nur durch eine Verbindung in einer gewissen Form erreicht werden. Unter den einfachen Gesellschaften ist eine einzige für

für den Menschen moralisch nothwendig,
die Ehe. Unter den zusammengesetzten
 ist es die *bürgerliche Gesellschaft.*

A.

*Rechtsgrundsätze in Beziehung auf
 die Ehe.*

Das allgemeine, worin alle verschie-
 dene Begriffe über die Ehe zusammenstim-
 men, ist, daß es eine Gesellschaft zwi-
 schen Personen beyderley Geschlechts ist,
 die eine gewisse Art der Befriedigung des
 Geschlechtstriebes zum Zwecke hat. Um
 genauer zu bestimmen, welche gewisse
 Art einer solchen Befriedigung den Cha-
 rakter dieser Verbindung ausmache, dür-
 fen wir nur fragen: was Personen bey-
 derley Geschlechts in Beziehung auf jene
 Befriedigung sich einander versprechen
können, und versprechen dürfen.

1) Sie *können* einander nicht verspre-
 chen: 1) Befriedigung eines durch Mora-
 lität nicht in seinen Schranken gehaltenen
 Triebes; denn was schlechterdings nicht

Vom Willen eines Menschen, sondern von physischen Kräften abhängt, ist kein Gegenstand eines rechtsgültigen Versprechens. Dann wäre auch bey einem solchen Versprechen die Leistung so wenig bestimmt, daß sie gar keinen rechtsgültigen Vertrag begründen könnte. Eben so wenig können sie einander versprechen: 2) Gefinnungen, Neigungen, Gefühle, welche von der Freyheit des Menschen unabhängig sind, und von keinem erzwungen werden können; 3) eben so wenig Wirkungen des befriedigten Geschlechtstriebes, deren Erfolg durch keinen Menschen bewirkt oder geleitet werden kann.

Allerdings aber *können* sie versprechen: 1) *ausschließliche* Gemeinschaft in Befriedigung des Geschlechtstriebes; 2) Befriedigung dieses Triebes innerhalb der durch Vernunft und Gewissen bestimmten Grenzen; 3) Befriedigung dieses Triebes, zweckmäßig zur Erzeugung von Kindern, verbunden mit der Angelobung aller zur Erhaltung und Erziehung derselben nöthiger Hand-

Handlungen; 4) lebenslängliche Gemeinschaft aller das häusliche Leben betreffenden Verhältnisse.

Sie *dürfen nicht* versprechen: eine gegen Pflicht und Gewissen streitende Befriedigung ihres Triebes; eine solche würde seyn, Befriedigung ohne Hinsicht auf Erzeugung von Kindern, Befriedigung ohne dem Vorfatze, die erzeugten Kinder zu erhalten und zu erziehen, wohl gar mit dem Vorfatze, sie umkommen zu lassen, oder umzubringen. Die Menschen aufser ihnen haben freylich kein Recht, sie zu hindern, eine solche Verbindung einzugehen, allein ihr rechtlicher Zusammenhang unter einander selbst hat unter ienem Versprechen, keine Festigkeit.

Alles, was Personen beyderley Geschlechts einander in Beziehung auf den Geschlechtstrieb versprechen *können*, und versprechen *dürfen*, kann Gegenstand eines Ehevertrags seyn.

1.

Ehe ist eine Verbindung von Personen beyderley Geschlechts zu einer

L 5

mit

mit der moralischen Vernunft übereinstimmenden Befriedigung des Geschlechtstriebes.

1) Unter Personen, welche der Geschlechtsgemeinschaft nicht fähig sind, findet keine Ehe Statt, also z. B. keine Ehe unter Personen von einem Alter, wo Kindererzeugung gar nicht mehr möglich ist.

2) Die ausdrückliche Hinsicht auf Erzeugung von Kindern, deren Erhaltung und Erziehung, gehört wesentlich zur Ehe. Die Erzeugung von Kindern kann: a) Bedingung der ganzen Verbindung seyn; b) oder nicht. Im ersten Falle hängt von dem Erfolge oder Nichterfolge derselben das Bestehen oder die Trennung der Verbindung ab; im letztern nicht.

3) Die genauere Bestimmung der besondern Pflichten und Rechte, welche in der Verbindung Statt finden sollen, hängt von der Willkühr der Vertragsschließenden ab.

2. Eine Ehe kann geschlossen werden von so vielen Personen beyderley Geschlechts, als ihrer sich zu gleichem Zwecke vereinigen können, ohne die Realisirung desselben unmöglich zu machen.

3. Ehen können nur zeitlänglich, oder auch lebenslänglich seyn.

1) Die *zeitlängliche* Ehe kann geschlossen werden: a) zu dem Zwecke, binnen einer gewissen Zeit zu versuchen, ein oder mehrere Kinder zu erzeugen, sie zu erhalten und zu erziehen. Mit der Erreichung des Zweckes ist dann die Gesellschaft geendigt; b) auf die ganze Periode des Lebens, wo beyde Personen der gemeinschaftlichen Erzeugung von Kindern fähig sind, und des zur Erhaltung und Erziehung derselben nöthigen Zeitraums. Auch hier ist mit der Erreichung des Zweckes die Gesellschaft geendigt.

a) Die

2) Die *lebenslängliche* Ehe enthält neben denen auf gemeinschaftliche Befriedigung des Geschlechtstriebes gehenden Versprechen, auch das Versprechen der fortwährenden Gemeinschaft aller das häusliche Leben betreffenden Verhältnisse.

4.

Wenn unter Concubinat das verstanden wird, was ich lebenslängliche Ehe nenne, so ist kein Zweifel, daß das Naturrecht ihn zulasse. Bezeichnet man aber mit diesem Worte eine Verbindung von Personen beyderley Geschlechts, welche der moralischen Vernunft widerspricht, so ist eben so gewiß, daß der Vertrag, auf den sie sich gründet, keine innerliche Festigkeit hat.

5.

Ehe kann geschlossen werden mit ieder Person des andern Geschlechts, durch welche der Zweck der-

derselben erreicht werden kann. Und Verwandtschaft macht kein Hinderniß einer solchen Verbindung aus.

Der Vater darf die Tochter, der Bruder die Schwester heurathen u. f. w.

6.

Ehe wird geschlossen, wie ieder andre Vertrag. Versprechen und Einwilligung vollenden sie.

7.

Iede zum Gebrauche ihrer Vernunft und Freyheit gelangte Person kann den Ehevertrag eingehen; sie bedarf nur dann der Einwilligung anderer Menschen, wenn sie sich durch einen vorhergegangenen Vertrag dazu verbindlich gemacht hat.

8.

Die Menschen außer den Vertragsschließenden dürfen ihre Verbindung nicht hindern, wenn ihre Frey-

Freyheit dadurch nicht eingeschränkt wird. Die theilnehmenden Personen vertheidigen sich, im Fall eines Angriffs, mit Gewalt gegen sie.

9.

Die Ehegatten selbst sind einander alle Leistungen schuldig, welche sie versprochen haben, und dürfen einander im Falle der Weigerung, zur Vollbringung zwingen.

10.

Die eheliche Gesellschaft an sich ist eine gleiche Gesellschaft. Der Unterschied der Geschlechter begründet keine Ueberordnung der Personen des einen Geschlechts über die des andern. Sie kann nur durch Einwilligung entstehen, und unter dieser können mit gleichem Rechte die Männer und die Frauen eine Oberherrschaft bekommen.

Eine

Eine ganz andre Frage ist: ob nicht Pflicht und Klugheit eine freye Unterordnung des einen Geschlechts unter das andre, in der Ehe nothwendig machen, und ob nicht in der bürgerlichen Gesellschaft diese Unterordnung durch positive Gesetze zu bestimmen ist.

II.

Die eheliche Gesellschaft ist eine freye Gesellschaft. Erzwungene Ehen haben keine rechtliche Gültigkeit, und sind eigentlich keine wahren Ehen.

Der Grund liegt darinn, daß kein Wesen, welches Geschlechts es auch sey, das zur Ehe gehörende vollständige Versprechen, bestimmt durch Zwangsmittel, vernünftiger Weise geben kann. In diesem Versprechen liegt zugleich auch die Erklärung einer freyen Zuneigung, und das Angeloben der Unterhaltung derselben durch alle in der Willkühr des Menschen stehenden Mittel. Iene und dieses können

nen mit Wahrheit nicht erzwungen werden. *)

Ueberhaupt darf kein Wesen einen Naturtrieb, wie den des Geschlechts, der Willkühr des Andern unterordnen, und kein Wesen darf das Recht übernehmen, sich des andern gegen seinen Willen als Mittels zur Befriedigung seiner Geschlechtslust zu bedienen.

12.

Bruch der Ehe ist im weitem Sinne jede Begehungs- oder Unterlassungs-Handlung, welche dem Vertrage

*) Es ist also kein Widerspruch vorhanden, wenn ich in der allgemeinen Theorie der Verträge, die Gültigkeit der erzwungenen Verträge behaupte, und hier die eheliche Gesellschaft als eine freye Gesellschaft aufstelle. Bey jedem sogenannten erzwungenen Vertrage muß doch, wenn er rechtsgültig seyn soll, das Versprechen Widerspruch frey seyn, allein bey einem erzwungenen Eheversprechen ist dieß im Ganzen unmöglich.

trage widerspricht, über welchen sich die Gatten vereinigt haben; im engern Sinne Beyschlaf mit einer Person des andern Geschlechts, auſer der eingegangenen Verbindung.

13.

Gatten haben durch den ehelichen Vertrag das Recht, jeden Ehebruch gewaltsam zu verhindern, welcher im Werk ist. Der beleidigte Gatte darf nach geschehenem Ehebruche den Vertrag als vernichtet ansehen; oder auch, den andern zur treuen Haltung seiner Versprechen zwingen. Wenn Ersatz für Fälle, wo er Statt finden kann, verabredet worden ist, hat er das Recht ihn zu erzwingen. Auf gleiche Weise findet Strafe nur dann Statt, wenn bey Abschließung des Vertrags die Einwilligung dazu gegeben worden ist.

14.

Beym Ehebruche im engern Sinne hat der beleidigte Gatte unendliches Recht gegen den Ehebrecher, um die That zu verhindern. *) Ist aber die That schon geschehen, so hat er kein Recht ihm deshalb ein Uebel zuzufügen, weder aus Rache, noch zur Strafe.

Kann er beweisen, daß ein Kind durch den Ehebruch erzeugt worden ist, so hat er das Recht, dem Ehebrecher dasselbe zu übergeben, aber keines ihn zur Uebernahme desselben zu zwingen. **) Setzt er mit der ehebrecherischen Gattin die Ehe fort, so darf er sie verhindern, für ienes Kind

*) Er darf ihn also eher ermorden, ehe er die That zuläßt. Nach geschehener That darf er es nicht.

**) Weigert sich der Ehebrecher, das Kind zu übernehmen, so hat er das *Recht*, es seinem Schicksale zu überlassen.

Kind zum Naththeile der in der Ehe erzeugten zu sorgen. *)

15.

Im Allgemeinen berechtigt ieder Bruch der Ehe den Beleidigten zur Aufhebung des Vertrags. Es können aber auch ungewisse Arten des Bruchs der Ehe bestimmt seyn, welche zur Ehescheidung berechtigen sollen.

16.

Der eheliche Vertrag darf eben so wenig, als irgend ein anderer, einseitig aufgehoben werden, wenn nicht entweder der Zweck unmöglich, oder Bruch des Vertrags von der andern Seite dazu berechtigt.

Der Zweck kann unmöglich werden:

a) *durch physische*; b) *durch moralische Ur-*
M a *sachen*;

*) Dafs dieses und die damit verknüpften Rechte mit den Gefühlen der Menschlichkeit in Collision sind, entscheidet nichts gegen die strenge Gültigkeit derselben.

sachen; zu den ersten gehört Unfähigkeit, Krankheit; zu den zweyten: Verstandesverwirrung, Laster, Leidenschaften u. s. w.

II.

Durch den Ehevertrag nothwendige und mögliche Rechte in Beziehung auf die Kinder.

1.

Die gemeinschaftliche Erhaltung und Erziehung der zu erzeugenden Kinder ist in jedem Eheversprechen wesentlich enthalten.

2.

Gatten dürfen die Art und Weise der Erhaltung und Erziehung ihrer Kinder nach ihrer freyen, aber mit der moralischen Vernunft übereinstimmenden Ueberzeugung ausmachen. Sie bekommen dieser Bestimmung zu Folge vollkommene Pflichten und Rechte in Beziehung auf diese Kinder.

3. Gatten

3. Gatten dürfen die Zeit bestimmen, bis auf welche sie die Erhaltung und Erziehung der Kinder fortsetzen wollen.

() Dafs die Ueberzeugung der Aeltern von der Fähigkeit ihrer Kinder, sich selbst zu erhalten und fortzubilden, mit dem Bewußtseyn der Kinder in derselben Beziehung in Widerspruche stehen könne, schränkt keinesweges die im Satze (3) behauptete Wahrheit ein. Auch von dieser Seite betrachtet, begründet erst die bürgerliche Gesellschaft Frieden unter den Menschen.

4. Gatten haben kein Recht, in ihrem Ehevertrage auszumachen, ihre Kinder als Mittel zu ihren beliebigen Zwecken zu erhalten und zu erziehen. Ueberhaupt dürfen sie dieselben absichtlich nicht in irgend eine Situation setzen, wodurch ihre äufsre

Freyheit für ihre künftige Existenz eingeschränkt würde.

Sie dürfen also die religiöse Confession derselben nicht im voraus bestimmen,*) dürfen sie nicht ohne ihren Willen einem gewissen Stande widmen,**) dürfen keinen Ehevertrag in ihrem Namen schliessen u. dergl. Einen einzigen Vertrag dürfen und sollen sie an ihrer Statt eingehen, den Vertrag nämlich zu der Verbindung, ohne welche die Existenz des Menschen und alle seine Rechte nicht gesichert seyn können, den Staatsvertrag. (S. meine Grundsätze des natürl. Staatsr.)

5. Ael-

*) Aeltern dürfen freylich Kindern diejenigen religiösen Grundsätze beybringen, von denen sie überzeugt sind; dieß ist sogar ihre Pflicht. Allein sie können kein Recht haben, ihren Beytritt zu einer gewissen kirchlichen Gesellschaft eigenmächtig in ihrem Namen zu versprechen.

**) Ich verstehe eine solche Widmung, wodurch Andre Zwangsrecht bekämen, sie zum beharrlichen Bleiben in diesem Stande zu zwingen.

5.

Aeltern dürfen Strafen in Beziehung auf ihre Kinder festsetzen; sie sind in sofern rechtmässig, als sie im Wohlverhältnisse gegen den Zweck der Erhaltung und Erziehung der Kinder stehen. Todesstrafe kann unter keinen Umständen in einer blossen ehelichen und älterlichen Gesellschaft Statt finden.

6.

So bald Kinder überzeugt sind, der Leitung ihrer Aeltern nicht mehr zu bedürfen, haben sie das Recht, sich der älterlichen Gewalt zu entziehen, und demnach auch allem strafenden Zwange derselben zu widerstehen.

7.

Aeltern haben das Recht, das Verhältniss ihrer Kinder zu ihnen, nach Verfluß der Zeit, wo sie die-

selben erhalten und erziehen mußten, nach ihrer Willkühr zu bestimmen. Nur durch ihren Willen können dann die Kinder Rechte auf ihre Kräfte und ihre Güter bekommen.

8.

Der einzelne Ehegatte kann in Beziehung auf den andern kein rechtsgültiges Testament, oder Erbvertrag schließen, eben so wenig in Beziehung auf ein einzelnes Kind. Allein wenn Gatten und Kinder sich zu einer fortdauernden Gesellschaft vereinigen, und sich einander eine gesetzmäßige Erbfolge garantiren: dann kann der Gatte den Uebergang seiner Güter auf den Gatten testamentarisch oder vertragsmäßig bestimmen, kann dasselbe thun, in Beziehung auf seine Kinder. Die gesellschaftliche Gewalt der Familie sichert die Besitznehmung.

Dies

Dies folgt aus denselben Grundsätzen, durch welche ich in der Vorrede die Gültigkeit der Testamente in der bürgerlichen Gesellschaft bewiesen habe.

III.

Rechte in einer Religionsgesellschaft.

Was in einer Religionsgesellschaft für Rechte Statt finden können, ergiebt sich auf sehr einfache Weise, wenn man die Frage verfolgt: *welchem Zwange kann und darf sich der Mensch in Beziehung auf Religion unterwerfen, welche Leistungen in Beziehung auf Religion kann und darf er rechtsgültig Andern versprechen?* Religiöse Ueberzeugungen anzunehmen, oder immer fortzusetzen, kann kein vernünftiges Wesen versprechen, eben so wenig religiöse Neigungen und Gefühle in sich zu erwecken und zu unterhalten, eben so wenig an einer gewissen Art der Gottesverehrung fortdauernd Theil zu nehmen. Alle diese Gegenstände hängen theils von

der Willkühr des Menschen gar nicht ab, theils können sie vernünftiger Weise nicht erzwungen werden. *)

Allein allerdings kann ein vernünftiges Wesen versprechen: a) gewisse Mittel der religiösen Ueberzeugung und Aufklärung,

*) Was für ein Gedanke wäre es, wenn ein vernünftiges Wesen dem andern verspräche, sich von ihm zur Verehrung Gottes zwingen zu lassen, und es gegenseitig zu zwingen. Eine erzwungene Verehrung Gottes ist gar keine Verehrung desselben, und ein Vertrag, in welchem sie ausgemacht würde, wäre innerlich widersprechend. Die Promission gienge darauf hin, dadurch zu leisten, daß man nicht leistet. Selbst im Staate kann ein Versprechen dieser Art nicht gelten; ist auch eigentlich bey den kirchlichen Verfügungen des Staats gar nicht gemeint. Und dieß gilt nicht nur von der innern Gottesverehrung, sondern auch von der äußern ieder Art. Könnte äußere Gottesverehrung rechtmässig erzwungen werden, so würde dabey vorausgesetzt, daß ein vernünftiges Wesen dem andern versprechen dürfe, zu heucheln.

rung, desgleichen Mittel religiöser Stimmung und Gefühls zu befördern und anzuwenden; b) an einer gewissen Art äußerer Gottesverehrung in Gemäfsheit einer ihr entsprechenden Ueberzeugung Theil zu nehmen, nach dem Verluste dieser Ueberzeugung aus der auf sie gegründeten Verbindung herauszutreten, und vorher nichts zu unternehmen, wodurch die Freyheit der Mitglieder derselben, als solcher, eingeschränkt, und der Zweck der Gesellschaft gehindert würde; c) zu den Mitteln der Bildung und Unterhaltung solcher Anstalten beyzutragen; d) sich nach der in denselben Statt findenden Anordnung zu bequemen. In Beziehung auf alle diese Versprechen können Zwangsrechte Statt finden, und es geschieht dadurch der Würde der Religion so wenig Eintrag, daß sich vielmehr eine vollkommen freye Unterhaltung und Anwendung derselben damit verträgt.

1. Jede Gesellschaft, deren Zweck es ist, Ueberzeugungen von der Gottheit und der Bestimmung des Menschen zu befördern, und daraus entspringende Neigungen und Gefühle zu bilden, und in Gemeinschaft auszudrücken, ist eine Religionsgesellschaft. Eine Religionsgesellschaft ist entweder didaktisch oder ascetisch. Die didaktische Religionsgesellschaft hat den Zweck, religiöse Ueberzeugung und Erkenntniß durch bestimmte Mittel in sich und in andern zu befördern; die ascetische ienen, religiöse Neigungen und Gefühle zu befördern, und zur allgemeinen Theilnahme auszudrücken. Eine ascetische Religionsgesellschaft ist eine Kirche. Die Kirche kann mit einer didaktischen Religionsgesellschaft verbunden seyn.

2. Die didaktische Religionsgesellschaft soll, nach dem Auspruche der Pflicht, eine freye seyn. Allein sie hat auch eine bindende Kraft, wenn die Einwilligung der Mitglieder unter Nöthigungsmitteln erfolgt ist.

Der Zweck, Mittel für religiöse Ueberzeugung und Aufklärung anzuwenden, ist ein solcher, dessen Annahme ieder Mensch unter allen Umständen versprechen kann, wenn er nur das Bewusstseyn seiner Vernunft und Freyheit hat. Er mangelt er auch aller Ueberzeugung, und alles Interesses für Erwerbung derselben, so kann er sich dennoch, vollkommen einstimmig mit seiner Vernunft, anheischig machen, Mittel zu gebrauchen, um vielleicht jene Ueberzeugung zu gewinnen.

3.

Die didaktische Religionsgesellschaft kann bloß zeitlänglich, aber auch lebenslänglich seyn.

Das

Das letztere ist in sofern möglich, als kein Individuum seiner religiösen Aufklärung Gränzen setzen kann, über welche hinaus keine weitere Vervollkommenung für dasselbe möglich wäre.

4.

Die didaktische Religionsgesellschaft kann eine gleiche, aber auch eine ungleiche seyn. Die ungleiche setzt, wie jene, Einwilligung voraus. Diese Einwilligung kann aber unter Nöthigungsmitteln erfolgt seyn.

5.

Die didaktische Religionsgesellschaft hat Grundgesetze, in welchen die Mittel zum Zwecke und die Art, die Mittel anzuwenden, bestimmt sind.

6.

Die didaktische Religionsgesellschaft kann einen Oberherrn haben, welcher dieselbe, ihren Grundgesetzen gemäß, regiert, und die Leistungen

stungen der Mitglieder, im Fall der Weigerung, vermittelt der gesellschaftlichen Gewalt erzwingt.

7.

Die besondere Form der Anordnung und Regierung einer solchen Gesellschaft hängt von den Verträgen ab, worauf sie sich gründet.

8.

Die Kirche (§. 1.) ist eine freye Gesellschaft, welche durch Zwang und Nöthigungsmittel nicht gegründet werden kann und darf.

Menschen, welche, *bestimmt durch Gewalt*, sich zur Kirche vereinigten, gäben ein Versprechen, welches betrügerisch und widersinnig wäre, sie erklärten zugleich, daß sie innerlich nicht entschlossen wären, an einer gewissen Art der Gottesverehrung Theil zu nehmen, und gelobten es doch auch an. Bey andern unter Nöthigungsmitteln geschlossenen Verträgen, kann der

Ent-

Entschluß einzuwilligen wirklich unter dem Einflusse iener Mittel entstehen; dieß ist aber in Beziehung auf den wahren Zweck einer Kirche nicht möglich. *)

9.

Eine Kirche ist nur eine zeitlängliche Religionsgesellschaft, und zwar hängt

*) Wenn z. B. mein Mitmensch mir körperliche Leiden zufügt, um mich zu bestimmen, ihm die Abtretung eines meiner Güter zu versprechen, so kann ich, vermöge meiner innern Freyheit, entweder den Entschluß dazu zurückhalten, oder ich kann ihn fassen. Fasse und erkläre ich ihn, so geht durch diesen innerlich freyen Aktus Recht auf den Andern über; er erwirbt mein Gut. Ganz anders mit dem kirchlichen Versprechen. Es hängt nicht von mir ab, den Entschluß hervorzubringen, Gott auf eine gewisse Art und Weise in Gemeinschaft mit andern zu verehren, denn dieser Entschluß ist nur durch eine vorhergewonnene Cultur und Stimmung des Gemüths möglich. Erkläre ich ihn, ohne ihn wirklich zu haben, so betrüge ich meine Mitmenschen.

hängt die Dauer der Theilnahme der Mitglieder an derselben von der Dauer ihrer Ueberzeugung ab.

Niemand kann die Theilnahme an einer Kirche für die ganze Zeit seines Lebens versprechen, niemand kann sie unbedingt versprechen. Sie setzt eine Ueberzeugung voraus, welche ihr entspricht; auf der Erklärung derselben beruhen alle in der Gesellschaft geltenden Pflichten und Rechte; die Erklärung des Verlustes derselben hebt die bindende Kraft derselben für jedes Mitglied auf. Nach iener Erklärung hat die Gesellschaft keine Rechte mehr auf das Mitglied, wenn es ihr nicht bey dem Eintritt in dieselbe auf den Fall des rechtmässigen Abtritts gewisse Befugnisse zugestanden hat. Kein solches Befugniss kann indessen auf Erzwingung fortdauernder Theilnahme an der Gesellschaft gehen.

So wie die bloße Erklärung zum Beytritte zur Gesellschaft zureicht, so ist auch *sie* nur, zum rechtmäßigen Abtritte erforderlich.

10.

Der Inbegriff derienigen Religionsgesetze, deren Fürwahrhalten sich die Mitglieder der Gesellschaft gegenseitig erklären, und in Gemäßheit welcher sie sich zu ihren Uebungen vereinigen, ist das Symbol der Kirche, und keine Kirche, ist als rechtliche Gesellschaft ohne Symbol möglich. Angemessenheit aller Aeufferungen gegen dieses Symbol ist unnachlässliche Bedingung der Mitgliedschaft.

11.

Die Erklärung einer dem Symbole zuwiderlaufenden Ueberzeugung

gung macht der Mitgliedschaft verlustig. Die Gesellschaft ist in ienem Falle befugt, das erklärende Mitglied gewaltsam auszustoßen, wenn es sich freywillig abzutreten weigert.

Es ist so weit entfernt, daß durch das Symbol die Rechte der Mitglieder eingeschränkt würden, daß vielmehr die Nothwendigkeit und verbindende Kraft desselben aus der Natur des Vertrags folgt, auf welchen eine Kirche gegründet ist. Es kann den Kenner des Vernunftrechts nicht anders als befremden, wenn er die schiefen Raisonnements hört, wodurch Viele in unsern Tagen dem Staate das Recht absprechen, einen Religionslehrer aus der kirchlichen Gesellschaft auszuschließen, weil er Lehren vorträgt, die dem Symbole derselben widersprechen. Ein solcher Lehrer ist *moralisch* verpflichtet, sein Amt niederzulegen, wenn er keine Ue-

berzeugung mehr für das Symbol hat, *rechtlich* ist er verbunden, sich jeder Aeufserung zu enthalten, die demselben entgegen ist. Thut er dieß nicht, so handelt er feindselig gegen die Gesellschaft, und setzt sich ihrem rechtmässigen Zwange aus.

12.

Abänderung des Symbols ist nur durch allgemeine Einwilligung möglich.

13.

Die Kirche hat Grundgesetze, in welchen die Form der in ihr Statt findenden Uebungen, und die Ordnung der Leistungen bestimmt ist. Diese, und alle damit verknüpfte Verhältnisse hängen von der Uebereinstimmung der Willen der Mitglieder ab.

14. Die

14.

Die Kirche hat eine Gewalt; wenn sie die Leitung und Aeufserung derselben auf eine gesetzmässige und sich gleichbleibende Weise bestimmt, so hat sie eine Regierung, und einen Oberherrn. Die kirchliche Oberherrschaft geht aber blos auf die Form der in der Gesellschaft Statt findenden Uebungen, und die Ordnung der Leistungen.

Herrschaft über Gewissen und Ueberzeugung ist widersinnig, und läßt sich gar nicht denken; Zwang in Beziehung auf Erklärung von Ueberzeugungen, die man nicht hat, oder auf Theilnahme an religiösen Uebungen bey der Ermangelung derjenigen Ueberzeugungen, die dabey vorausgesetzt werden, ist pflicht- und rechtswidrig.

15.

Strafen können in einer kirchlichen Gesellschaft Statt finden, aber nur in Beziehung auf die die Ordnung der Gesellschaft betreffenden Leistungen.

Prinzipien
des
allgemeinen Staatsrechts.

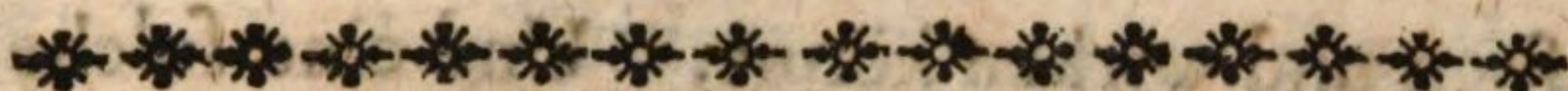
N 4

Prinzipien

des

allgemeinen Staatsrechts

II



I.

*Begriff des allgemeinen
Staatsrechts.*

Das Naturrecht stellt die Gründe, und den Umfang der Befugniss des Menschen dar, die Nichtverletzung seiner äufsern Freyheit zu erzwingen. Allein bey der Menge von Ursachen, durch welche Einschränkungen dieser Freyheit veranlaßt werden können, sind die Rechte des Menschen in beständiger Gefahr, wenn er nicht eine Verbindung mit seinen Mitwesen eingeht, bey welcher sich alle vereinigen, um durch gemeinschaftliche Verwendung ihrer Kräfte, die Geltung ihrer Rechte, und die Sicherung ihrer äufsern Freyheit zu bewirken. Durch eine Verbindung dieser Art entsteht eine Gesellschaft, die keinen andern Zweck hat, als *den*, einem ieden Mitgliede einen Zustand zu sichern, in welchem es als ein Wesen, welches Zweck an sich ist, äusserlich frey

seyn und wirken könne. Und eine solche Gesellschaft ist nicht bloß physisches Bedürfnis; sie ist auch moralisch nothwendig; ist nicht bloß Bedingung der Selbsterhaltung, sondern auch Bedingung des Besitzes eines freyen äußern Wirkungskreises, welchen die Natur und Würde eines vernünftigen Wesens fordert. Wir nennen diese Gesellschaft die bürgerliche. Sie ist von andern zum Zwecke der Sicherheit bestimmten Gesellschaften dadurch unterschieden: 1) daß sie sich auf die Sicherung aller Rechte bezieht, und die äußere freye Existenz des Menschen, als eines Wesens, welches ihm selbst Zweck ist, von allen Seiten möglich macht; 2) daß die Mitglieder sich zur Anwendung *aller* nothwendigen und erlaubten Mittel vereinigen; 3) daß die Mitglieder sich für immer verbinden.

Das erste Erfordernis für die Möglichkeit einer solchen Gesellschaft ist der feste Entschluß der Einzelnen, den Zustand zu verlassen, wo Jeder allein, die Sicherheit
seiner

seiner Rechte bewirkt, wo es von ihm abhängt, ob er gegen Unrecht, welches ihm widerfährt, Gewalt brauchen will oder nicht, wo keiner ihn zwingen darf zu seiner Vertheidigung mitzuwirken.

Dieser Zustand heisst *der Naturstand* des Menschen als eines Wesens, welches Rechte besitzt. Dieser Naturstand ist keine Schimäre, sondern er war wirklich vor Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden.

Wenn wir uns die Menschen in diesem Zustande vorstellen, so können wir sie entweder denken, wie sie in demselben nach den bloßen rechtlichen Prinzipien der Vernunft gegen einander handeln *sollen*, und handeln *dürfen*, oder, wie sie, unter dem Einflusse der mannigfaltigen Hindernisse, welche der strengen Beobachtung der Gerechtigkeit entgegen stehen, *wahrscheinlich handeln werden*. Den ersten Gesichtspunkt faßt das Naturrecht im engern Sinne; den zweyten müssen wir verfolgen, um die Nothwendigkeit der Stiftung bürgerlicher

cher

cher Gesellschaft zu erklären. Der Naturstand, auf welchen das Naturrecht provocirt, ist ein idealischer Zustand des Friedens und der allgemeinen Sicherheit der Menschen unter einander, ein Zustand der allgemeinen und strengen Geltung aller Rechte, ohne Daseyn einer Verbindung der Menschen, um jene Geltung zu erzwingen. Der Naturstand, dessen Vorstellung die Entwicklung der in der bürgerlichen Gesellschaft nothwendigen und möglichen Pflichten und Rechte vorbereitet, kann kein andrer seyn, als der Zustand einer allgemeinen Unsicherheit, eines allgemeinen Widerstreites und Krieges Aller gegen Alle; denn es stellt die Naturmenschen vor, wie sie als schwache, von dem Triebe der Selbstsucht beherrschte Wesen, im Verhältnisse gegen einander zu handeln pflegen würden. Auf ienen deutete Puffendorf hin, diesen schilderte Hobbes, um die Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu zeigen. (S. den I. Th. Einl. S. 17-19. S. 21-24.)

Wenn

Wenn die Menschen ihren Entschluß, aus dem Naturstande zu treten, so realisiren, daß sie es sich zum gemeinschaftlichen Zwecke machen, eine Verbindung zu stiften, in welcher die Unterlassung alles Unrechtes durch alle nothwendige und allgemein beliebte Mittel erzwungen werden soll, so entsteht *bürgerliche Gesellschaft*; wenn sie über die Form unter sich einig werden, in welcher der Zweck dieser Gesellschaft realisirt werden soll, so entsteht *Staat*. Wenn *Staat* da ist, finden seinem Zwecke und seiner Form zu Folge bestimmte Pflichten des Ganzen gegen die Einzelnen, und der Einzelnen gegen das Ganze Statt; den Inbegriff dieser Pflichten stellt das sogenannte *natürliche* oder *allgemeine Staatsrecht* dar. Es ist die Wissenschaft der nothwendigen Leistungen des Staats für die Bürger und der Bürger für den Staat, wiefern sie aus der bloßen Idee des Zweckes des Staates erkannt werden.

Bürgerliche Gesellschaft und Staat sind nur durch die erklärte Einwilligung der
Mit-

Mitglieder möglich, die Erklärung möge übrigens durch Zeichen, oder durch That geschehen. Sie setzen also jederzeit Vertrag voraus. Dieser Vertrag ist von sehr sonderbarer Art, jeder macht sich dadurch gegen alle übrige, und alle übrige sich gegen jeden zu bestimmten Leistungen vollkommen verbindlich, während zugleich Jeder sich gegen alle übrige und alle übrige sich gegen Jeden verpflichten, ihre gesellschaftlichen Rechte in allen Fällen wirklich durchzutreiben. Allen gesellschaftlichen vollkommenen Pflichten entsprechen also in dieser Verbindung nicht bloß Rechte, sondern vollkommene Pflichten, sie zu erzwingen; und wir können sagen, daß diejenige Gesellschaft, welche bestimmt ist alle Menschenrechte zu sichern, ihren Zweck dadurch erreicht, daß sie die Rechte in Pflichten verwandelt. *) Ich glaube in dieser

*) Durch einen Vertrag entstehen dann lauter Pflichten, wenn die Paciscenten einander außer der Leistung auch die unausbleibliche

dieser Hinsicht das Wesen des allgemeinen Staatsrechts richtiger bestimmt zu haben, wenn ich sage, es sey die Wissenschaft der *nothwendigen Leistungen* des Staats für d. B. u. f. w. als wenn Andre es für die Wissenschaft erklären, welche *die Rechte und Verbindlichkeiten eines Staats gegen die Glieder* desselben lehrt.

II.

Verhältniß des Naturrechts im engern Sinne zu dem allgemeinen Staatsrechte.

1) Das Naturrecht im engern Sinne ist die systematische Darstellung aller mit der Natur des Menschen wesentlich verknüpften Rechte. Da nun der ganze Um-

che Erzwingung der Leistung versprechen. Dann vernichtet der Wille derselben selbst die mit dem Rechte verknüpfte Willkühr; es hängt nicht von einem indifferenten Belieben der Theilnehmer ab, ob sie einander im Fall der Weigerung zwingen wollen oder nicht, sondern sie sind verpflichtet, es zu thun.

Umfang derselben durch den Staat geschützt werden soll, so erhellt, daß das Naturrecht den Gegenstand darstellt, auf welchen sich der jedem Staate zum Grunde liegende Vertrag bezieht.

2) Da das Naturrecht die Grenzen der äußern Freyheit des Menschen verzeichnet, so zeigt es die Berechtigung desselben, an dem Vertrage Theil zu nehmen, durch welchen der Staat entsteht.

3) Da das Naturrecht die Bedingungen eines jeden rechtsgültigen Vertrags angiebt, und bestimmt, welche Versprechen Zwangsrechte begründen, welche nicht, so biethet es die Prinzipien dar, nach welchen entschieden werden muß, was die am Staatsvertrage theilnehmenden Paciscenten für den Zweck des Staates rechtsgültig angeloben dürfen, was nicht. Da es besonders die Bedingungen der Rechtmäßigkeit von Mitteln zu Zwecken bestimmt, so legt es damit den Grund zu den Wahrheiten des Staats-

Staatsrechts über erlaubte und nicht erlaubte Mittel für den Zweck des Staats.

- 4) Da das Naturrecht die aus Verträgen entspringenden Rechte und Pflichten zu zwingen erweist, so arbeitet es auch darinn den Grundsätzen des Staatsrechts vor.

So innig indessen dem bisher Gesagten zufolge der Zusammenhang ist, in welchem Naturrecht und Staatsrecht stehen; so müssen wir dennoch nicht aus den Augen lassen, daß, da der Staat sich auf die durch ihn allein mögliche Sicherung aller Rechte bezieht, also auf einen Zweck, der jedes Menschen Zweck seyn muß, im Staatsrechte Pflichten zur Gewalt gegen Mitmenschen vorkommen können, welche in keinem andern Verhältnisse, als dem der bürgerlichen Gesellschaft, vernunftmäfsig seyn würden. Man mache die Anwendung auf das rechtliche Verhältniß des Staats zu den Kindern seiner Bürger und auf die Todesstrafen.

III.

*Schriften über das allgemeine
Staatsrecht.***I. Ueber das Ganze der Wissenschaft.**

1) Ioh. *Bodinus*, de republica l. IV. Fol.
Paris. 1584. 4.

2) Thomas *Hobbes*, Elementa philosophica de cive. Paris. 1642. französisch von Sorbier. *Eiusd.* de corpore politico, five Elementa juris, 12. Lond. 1680. *Eiusd.* Leviathan five de republica, Lond. 4. 1651. Appendix ad Leviath. 4. ibid. 1668.

3) Ulr. *Huber*, de jure civitatis l. III. Frankf. 1672. 4. ed. recent. c. comm. Christ. Thomafii et Nic. Lynker, cura Ioh. Christ. Fischer. Francof. et Lips. 1752. 4.

4) Iohn *Locke*, two treatises of Government. London. 1690. 8. deutsch, Jena 1716. franz. Amsterdam 1752. 12.

5) Algernon *Sidney*, discourses concerning government, Lond. 1704. franz. überf. von Samson, Haye. 1702. III. T.

12. deutsch mit Anmerk. und Abhandl.
von Christ. Dan. Erhard. 2 Bände,
Leipzig 1794. 8. im Auszuge von L. H.
Jakob, Erfurth 1795. 8.

6) Iustus Henning *Boehmer*, Introd. in Jus
publ. universale, Halae 1709.

7) Gothofr. Ernesti *Fritschii* Jus publi-
cum universale, Ienae 1734. 8.

8) Christ. L. B. *de Wolf*, de imperio pu-
blico, seu jure civitatis, in quo omne
jus publicum universale demonstratur et
verioris politicae inconcussa fundamenta
ponuntur, tanquam juris naturalis. P.
VIII. Hal. 1748. 4.

9) Die bürgerliche Regierung nach ihrem
Ursprunge und Wesen betrachtet (von
Ioh. *Montin*), aus dem Schwed. Stock-
holm (Leipzig) 1750. 8.

10) Die Natur und das Wesen der Staa-
ten, von I. H. G. *von Justi*, Berlin 1760.
mit Anmerk. von *Scheidemantel*.

11) Du Contrat Social, ou principes du
droit politique, par I. I. *Rousseau*, Am-
sterdam 1761. 12.

- 12) L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques par *Mercier de la Riviere*, II. Tomes a Londres 1767. 4. und 12.
- 13) *Mably* doutes contre l'ordre naturel, à la Haye 1768. 12.
- 14) Car. Ant. *de Martini*, positiones de jure civitatis, Vindob. 1768. 1773. 8.
- 15) Heinr. Gottfr. *Scheidemantel*, Staatsrecht nach der Vernunft und Sitten der vornehmsten Völker betrachtet. 3 Th. Iena 1770. 1773. 8.
- 16) *Ebendess.* allgemeines Staatsrecht überhaupt und nach der Regierungsform, Iena 1775. 8.
- 17) I. F. L. *Schrod*t, Systema juris publici universalis. Bamb. 1780.
- 18) Notions claires sur les gouvernemens par *Mercier*. Paris 1787. II. Vol. 8.
- 19) A. L. *Schlötzers*, allgemeines Staatsrecht und Staatsverfassungslehre, Göttingen 1793. 8.
- 20) Das natürliche Staatsrecht, von Theodor *Schmalz*, Königsberg 1794.

21) Das

21) Das natürliche Staatsrecht in *Hofbauers* Naturrecht aus dem Begriffe des Rechts entwickelt. Halle 1793. 8.

22) Philosophische Rechtslehre von L. H. *Jakob*, Halle 1794.

23) Lehrsätze des Naturrechtes von G. *Hufeland*, Iena 1795.

24) Grundsätze des natürlichen Staatsrechts, von K. H. *Heydenreich*, I Th. Leipz. 1795.

II. Einige Schriften über besonders wichtige einzelne Theile des allgemeinen Staatsrechtes.

1) *Nic. Machiavelli* Principe. In Venezia 1515. c. Conringii, Helmstad. 1660. 4. deutsch: Machiavel Regierungskunst eines Fürsten. Hannover 1756.

2) *Hub. Languet* Vindiciae contra tyrannos, sive de principis in populum populi in principem legitima potestate, Stephano Iunio Bruto, Celta, auctore, Soloduri 1777. franz. De la puissance legitime du Prince sur le peuple, 1781. 8.

3) *Thom. Hobbes*, de corpore politico, sive Elementa Juris, 12. Lond. 1680.

Eiusdem Considerationes de fama, de fidelitate in regem, moribus et religione. Lond. 1662.

4) *Georg Lawson*, Examen partis Politicae Leviathanis Hobbiani, London 1657. 8.

5) *Gisb. Cocquii*, Vindiciae pro lege et imperio, sive dissertationes, quarum una est *de lege in communi*, altera *de exemptione principis a lege*, institutae potissimum contra tractatum Hobbii de cive. Ultraj. 1661.

Eiusd. Hobbes *ελεγχόμενος* sive vindiciae pro lege, imperio et religione, contra tractatus Thomae Hobbii, quibus titulus: de cive et Leviathan.

6) Dissertatio de principiis iusti et decori, continens Apologiam pro tractatu clarissimi Hobbii de cive, 12. Amstel. 1651.

7) Examen du Prince de Machiavell (par *Frederic II.* Roi de Prusse) trois. edit. Haye 1741. 8.

8) Supplément au contrat social par P. Ph. Gudin, in 8. Paris 1791.

9) I.

- 9) I. I. Rousseau, aristocrate, in 8. Paris 1790.
- 10) I. I. Rousseau considéré comme l'un des premiers auteurs de la révolution, par Mr. *Mercier* 2 Vol. in 8. Paris 1791.
- 11) *Rehberg*, Betrachtungen über die französische Revolution. Hannover 1793. 2 B. 8.
- 12) *Edm. Burke*, Betrachtungen über die französische Revolution, mit Abhandlungen von *F. Genz*. Berlin 1793. 8.
- 13) *Christ. D. Erhard*, Kritik des Preussischen Gesetzbuches. 1 Th. 1793. Leipzig 8.
- 14) *D. Ehrhardt*, Prüfung der Alleinherrschaft nach moralischen Prinzipien. Neuer deutscher Merkur, 1793. 12 St.
- 15) *Kant* über den Gemeinspruch: was in der Theorie richtig ist, gilt darum noch nicht in der Praxis — nebst *Genz* und *Rehbergs* Anmerk. — Berl. Monatschr. 1793. 1794.

- 16) *I. A. Eberhard*, über Staatsverfassung und ihre Verbesserung, Berlin 1793. 8.
- 17) *Eines Ungenannten* Antimachiavell, Halle 1794. 8.
- 18) *K. H. Heydenreich*, Versuch über die Heiligkeit des Staats und die Moralität der Revolutionen, Leipzig 1794. 8.
- 19) *Freyherr von Moser und Schlötzer*, Meissen 1794. 8.
- 20) *Schnaubert*, dissertatio juris publici de principe legibus suis obligato. Ienae 1794. 4. Deutsch übersetzt von *Hagemeister*, und begleitet mit Anmerkungen desselben, unter dem Titel: *Auch der Regent ist an die von ihm gegebenen Gesetze gebunden*. Rostock 1795. — Eine Abhandlung von mir gegen die Behauptungen dieser Schrift befindet sich als Anhang im ersten Theile meines natürlichen Staatsrechts, S. 194.
- 21) *I. Christ. Hofbauers* Untersuchungen über die wichtigsten Gegenstände des Naturrechts. Halle 1795. 8.

III.

Uebersicht des wesentlichen Inhaltes des allgemeinen Staatsrechts.

I.

Wenn Staat errichtet werden soll, müssen sich die Willen in dreyfacher Rücksicht vereinigen, in Rücksicht des Zweckes, in Rücksicht der Mittel, und in Rücksicht der Art und Weise die Mittel anzuwenden; das allgemeine Staatsrecht bedarf also, um alle Bedingungen, über welche sich die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft vereinigen müssen, auszudrücken, dreyer Verträge. Diese Verträge sind: der Vereinigungsvertrag, der Verfassungsvertrag, und der Unterwerfungsvertrag. Der erste derselben führt mit Nothwendigkeit den zweyten, und der zweyte mit Nothwendigkeit den dritten herbey, so daß man sie zusammen als einen Vertrag ansehen kann und muß.

2.

Das ganze allgemeine Staatsrecht läßt sich aus den Ideen dieser Verträge systematisch entwickeln.

A

Der Vereinigungsvertrag.

I.

Der Vereinigungsvertrag ist die gegenseitige Erklärung des Entschlusses, durch gemeinschaftliche Verwendung der Kräfte eine Gesellschaft zu gründen, in welcher die Rechte jedes Einzelnen durch das Ganze, und die Rechte des Ganzen durch jeden Einzelnen gesichert seyen.

2.

Dieser Vertrag würde keinen Sinn haben, wenn nicht die ihn eingehenden Menschen sich zugleich über ein bestimmtes Mittel einverstünden, einig zu werden über die Form der Gesellschaft.

3.

Durch den Vereinigungsvertrag bekommen alle ihn schließenden Menschen bestimmte Zwangsrechte gegen einander; diese

diese a) sind wesentliche, die aus dem Zwecke der Vereinigung entspringen; b) können auch zufällige seyn, nach den besondern mit dem Vereinigungsvertrage verknüpften Einverständnissen der Paciscenten.

4.

Die wesentlichen aus dem Vereinigungsvertrage entspringenden Zwangspflichten beziehen sich auf nichts weiter, denn auf die wirkliche Verwendung der Kräfte zur Stiftung des Staates, angemessen dem im Vereinigungsvertrage ausgemachtem Prinzip. Diesen Zwangspflichten entsprechen, der Natur der Sache zu Folge, Pflichten zu zwingen.

5.

Alle Menschen, welche in ihren Gütern oder Kräften Mittel für den Zweck des Staates besitzen, können am Vereinigungsvertrage Antheil nehmen. Nur derienige, welcher auch nicht einmal verhältnißmäßige Kräfte darbiethen kann, ist dieser Theilnahme unfähig.

6.

Beide Geschlechter können ihn schließen, und zwar die Individuen, von der Zeit an, wo sie des Gebrauchs ihrer Vernunft und Urtheilskraft fähig sind.

7.

Die Theilnehmer am Vereinigungsvertrage sind als solche einander gleich, wenn sie nicht selbst unter sich eine gewisse Ungleichheit übereinkünftig festsetzen.

8.

Wenn unter diesen Theilnehmern Eigenthümer von Grund und Boden sind, so haben sie, als solche, vor den übrigen Mitgliedern, die es nicht sind, keine Vorrechte, selbst dann nicht, wenn das Territorium des Staates nur aus ihren vereinigten Grundstücken bestünde.

9.

Wenn der Vereinigungsvertrag nicht etwas ganz Widersinniges seyn soll, so giebt sich durch denselben Jeder mit allen seinen Gütern, Kräften, mit Leib und Leben hin. Und eben darin, daß Jeder auch
 sein

sein Leben für den Zweck des Staates wagt, liegt der Grund der Gleichheit aller Mitglieder der Verbindung.

10.

In wiefern die Identität der Willen Grund des Vereinungsvertrags ist; von diesem Vertrage aber alle andre für die Bildung einer rechtmässigen bürgerlichen Gesellschaft nothwendige Verträge und Einrichtungen abhängen, erscheint der allgemeine Wille in der Theorie des natürlichen Staatsrechts als Souverain.

B.

Der Verfassungsvertrag.

I.

Der Verfassungsvertrag drückt die Vereinigung der Willen in Rücksicht der Form aus, in welcher der allgemeine Wille realisirt, und die gesellschaftliche Gewalt zu Sicherung der Einzelnen und des Ganzen ausgeübt werden soll. Durch ihn bekommt demnach die Gesellschaft Grundgesetze.

2. Die

2.

Die Grundgesetze des Staats drücken aus: a) die Beschlüsse des allgemeinen Willens in Beziehung; α) auf Unterhaltung des Ganzen, β) auf Sicherung und Verteidigung des Ganzen, κ) gegen mögliche oder wirkliche Angriffe von innen, γ) gegen mögliche oder wirkliche Angriffe von aussen; b) den Beschluss des allgemeinen Willens über die Art und Weise, wie jene Beschlüsse des allgemeinen Willens (2. a) in vorkommenden Fällen realisiert werden sollen; c) den Beschluss des allgemeinen Willens über die Art und Weise, wie die Einzelnen ihr Recht, durchgängige Angemessenheit aller Verfügungen gegen den allgemeinen Willen zu fordern, geltend machen sollen; d) den Beschluss des allgemeinen Willens, über die Art und Weise, wie bey dringender Nothwendigkeit die Form der Verfassung rechtmässiger Weise solle verändert werden können. Die Grundgesetze des Staats bestimmen also: a) die rechtmässige Form der Verfassung; b) die

b) die rechtmäßige Form der Regierung;
c) die rechtmäßige Form des Widerstandes gegen rechtswidrige Regierung; d) die rechtmäßige Form der Reformen des Staats.

3.

Das allgemeine Prinzip für alle Grundgesetze eines Staates ist: Sie müssen der ewige Gegenstand des Wollens der Menschen, als vernünftiger, endlicher Wesen seyn können.

4.

Die Grundgesetze für die Form der Verfassung sind: 1) Grundgesetze für die Classification der Bürger, die Verschiedenheit der Stände; die politische Verschiedenheit der Stände in einem Staate beruht auf der Verschiedenheit der Vermögen der Bürger für den Staat zu leisten; jedes andre Prinzip der Theilung ist entweder rechtswidrig oder zwecklos; 2) Grundgesetze sind die Unterhaltung und Anwendung des Staatsvermögens, welches, im weitern Sinne, der Inbegriff aller Mittel für

für den Zweck des Staats ist, welche in der Gewalt der Bürger sind, im engern Sinne der Inbegriff dessen, was die Bürger für die Unterhaltung des Staates in zweck- und verhältnismässigen Beyträgen bestimmen; 3) Grundgesetze für die Anordnung der Aemter, welche nichts anders sind, als: einem Bürger dem allgemeinen Willen gemäß übertragene Pflichten, eine bestimmte Art von Arbeit für den Staat zu unternehmen; 4) Grundgesetze für die Sicherung des Staates gegen mögliche und wirkliche Angriffe; a) Criminalgrundgesetze, α) vindikative Gesetze, β) Pönalgesetze; b) Militärgrundgesetze.

5.

Die Grundgesetze für die Form der Regierung bestimmen die Art, wie die höchste Gewalt ausgeübt werden soll. Durch sie wird der Oberherr bestimmt. Der Oberherr ist diejenige einzelne oder kollektive Person, deren Urtheilskraft und Wille den Grundgesetzen des Staats gemäß über die

die

die Angelegenheiten desselben entscheidet,
und die Kräfte desselben bestimmt.

6.

Die Grundgesetze über die Form des
rechtmässigen Widerstandes der Bürger
gegen jede der Verfassung zuwider laufende
Behandlung, müssen so beschaffen seyn,
dass der Staat durch diesen Widerstand
nicht gefährdet werde.

7.

Die Grundgesetze für die Form der
Reformen, oder für die Perfektibilität des
Staates gehören zu dem Staate wesentlich,
wenn er, als eine ewige Gesellschaft, auf
die folgenden Generationen übergehen soll.
Iede Reform muss so beschaffen seyn, dass
nie durch eine solche die Auflösung des
Staates möglich seyn könne.

C.

Der Unterwerfungsvertrag.

I.

Durch den Unterwerfungsvertrag drü-
cken die Mitglieder der bürgerlichen Ge-

II. Theil.

P

sellschaft

Gesellschaft aus, daß sie ihre Willen der rechtmäßigen Regierung des in den Grundgesetzen der Gesellschaft bestimmten Oberherrn unterordnen.

2.

Der Oberherr steht in ieder Form der Regierung unter den Grundgesetzen des Staates. Und in wiefern diese Grundgesetze durchaus Beschlüsse des allgemeinen Willens ausdrücken, bleibt der allgemeine Wille, unerachtet der Unterwerfung, dennoch der absolute Souverain.

3.

Allein der Oberherr ist unbeschränkt in Rücksicht der Art, wie er, zufolge der Grundgesetze durch seine Urtheilskraft und seinen Willen die Angelegenheiten des Staats ordnet, und seine Kräfte leitet; er besitzt exekutive Souveränität.

4.

Der Gehorsam der Unterthanen gegen den Oberherrn in Hinsicht seiner den Grundgesetzen der Gesellschaft angemessenen Befehle, ist nach dem Unterwerfungsvertrage
so

so unbeschränkt, daß selbst ihre geprüfte bessere Ueberzeugung sie nicht zum Widerstande berechtigen kann.

5.

Der Oberherr ist den Unterthanen für die von ihm beliebte Art der Ausübung der höchsten Gewalt in Gemäßheit der Grundgesetze der bürgerlichen Gesellschaft nicht responsabel.

6.

Der Oberherr kann nicht von den Unterthanen gestraft werden.

7.

Die Unterwerfung der Unterthanen geschieht in unbedingter Zuversicht auf seine Gerechtigkeit, und der Oberherr ist nur durch sein Gewissen gebunden.

8.

Die Gesetze gelten für den Oberherrn nur als Erklärungen des allgemeinen Willens, oder als Erklärungen seines eignen Willens über die zweckmässigste Art den allgemeinen Willen in einzelnen Fällen anzuwenden. Allein die zwingende

Kraft derselben hat auf ihn keine Beziehung.

9.

Der Oberherr kann aber auch von seiner Seite von den Grundgesetzen der Gesellschaft nicht im Mindesten abweichen. Er darf also keine eigenmächtige Veränderung der Verfassung unternehmen, kein Gesetz eigenmächtig aufheben, kein Privilegium eigenmächtig ertheilen, keinen Verbrecher eigenmächtig begnadigen, keinen Krieg eigenmächtig anfangen u. f. w.

10.

Das Regierungsrecht ist dem Oberherrn entweder auf seine Lebenszeit, oder nur auf eine einzelne unbestimmte, oder auf eine einzelne bestimmte Periode desselben übertragen.

11.

Nur dem Oberherrn in der Monarchie und Aristokratie kann das Regierungsrecht auf seine ganze Lebenszeit übertragen seyn.

seyn. *) In der Demokratie würde dieß der Natur dieser Verfassung selbst widersprechen; hier wird es nur auf eine unbestimmte, oder bestimmte Zeit übertragen. Geschieht es auf eine unbestimmte Zeit, so behält sich die Gemeinheit das Recht vor, nach ihrem Gutdünken das Regierungsrecht aufzukündigen. Dieß muß indessen nur so möglich seyn, daß der Oberherr durch die Vorbehaltung jenes Rechtes nicht in

P 3

seinen

*) Nothwendig ist es nicht; es kann Monarchas und Optimates ad tempus geben; denn das Charakterische der monarchischen und aristokratischen Verfassung liegt nicht in der Lebenslänglichkeit des Regierungsrechtes des Oberherrn, sondern in der unbedingten Entscheidung in Staatsangelegenheiten, die damit verknüpft ist. In der Demokratie folgt der beständige Wechsel der Repräsentanten des Volks aus der Natur der Regierungsform selbst, welche bey einer permanenten Repräsentation ihren Charakter verliert.

seinen Leistungen für den Staat gehindert werde. *)

12.

Der Oberherr darf in keiner Regierungsform die Regierung einseitig niederlegen; nur, wenn die Unterthanen ihrer Seits ihm die Vollziehung seiner Pflichten unmöglich machen, **) *darf* er es; wenn er aus andern Ursachen zu den Geschäften der Regierung unfähig wird, ***) *muss* er es.

13.

In welches Verhältniss der gewesene Oberherr dann gegen den Staat trete, dieß hängt

*) Die Politik stellt Betrachtungen darüber an, welche Einrichtungen zu diesem Behufe getroffen werden müssen. Aus der Natur der Sache schon ergiebt sich, daß die Aufkündigung eine verhältnismässige Zeit vorher geschehen müsse.

**) Nicht aber, wenn sie ihm dieselbe erschweren.

***) Ursachen dieser Art können seyn, Abnahme der Geisteskräfte, Krankheit.

hängt entweder von denen im Verfassungs- und Unterwerfungsvertrage ausgemachten Bestimmungen, oder, wenn solche nicht vorhanden sind, von dem Beschlusse der Gemeinheit und seiner eignen Willkühr ab. Die Gemeinheit darf bestimmen, ob er als Bürger, oder Beywohner im Staate bleiben dürfe, oder nicht, und er selbst darf seinen freyen Entschluß fassen, ob er sich des erlaubten Beytrittes zum Staate bedienen, oder ihn verlassen wolle. So wenig als die Gemeinheit ihn zwingen kann, im Staate zu bleiben, so wenig kann er das Recht haben, sich demselben aufzudringen.

14.

Der Oberherr ist nach Niederlegung der Regierung für die während derselben, in Gemäfsheit der Grundgesetze der Gesellschaft unternommenen Handlungen, nicht verantwortlich, und kann demnach auch wegen ihrer nicht zu Ersatz oder Strafe gezwungen werden.

V.

*Verhältniß des natürlichen Staatsrecht zu
den Staaten der wirklichen Welt.*

I.

Die Wahrheiten des allgemeinen Staatsrechts sind unaufheblich, und von der Art der Entstehung, Verfassung und Regierung der Staaten der wirklichen Welt eben so unabhängig, als Naturrecht und Ethik von der gewöhnlichen Handlungsweise der Menschen.

2.

Staaten, welche nicht durch äußerlich freye Einwilligung der Mitglieder, sondern durch eine unter Anwendung von Gewaltmitteln erfolgte ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung entstanden sind, sind freylich durch Unrecht entstanden, allein nichts desto weniger vollkommen verbindende Gesellschaften, wenn sich nur ihre Verfassung und Regierung mit dem Charakter und der Würde vernünftiger Wesen verträgt.

3.

Staaten, deren Verfassung im Ganzen, oder in den meisten wesentlichen Theilen
schlech-

schlechterdings kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn kann, sind keine vollkommen verbindlichen Gesellschaften. Allein Staaten, deren Verfassung in vielen Theilen so beschaffen ist, daß sie zwar *wahrscheinlich* Gegenstand des allgemeinen Willens *nicht seyn würde*, wenn derselbe zur Sprache käme, aber denn doch *ohne Wider-sinn seyn könnte*, solche Staaten sind vollkommen verbindliche Gesellschaften.

4.

Wenn ein Staat so regiert wird, daß die Verfügungen des Oberherrn schlechterdings kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn können, so wird er eigentlich gar nicht regiert, und die Bürger sind keinen Gehorsam schuldig. Wird er aber, ob wohl nicht mit Weisheit, doch bis auf *den* Grad zweckmässig regiert, daß die Verfügungen des Oberherrn Gegenstände des allgemeinen Willens seyn können, wenn sie es auch in der wirklichen Welt *wahrscheinlich nicht seyn würden*, so ist die Regierung rechtmässig, und der Bürger zum Gehorsam verbunden.

5.

Die Auseinandersetzung der Verbindlichkeiten der Bürger in Staaten, die durch Unrecht entstanden sind, in deren Verfassung zum Theil Unrecht verwebt ist, deren Regierung nicht zweckmäfsig genug zu Werke geht, ist kein Problem für das natürliche Staatsrecht, sondern für die Pflichtenlehre des Menschen, als Bürgers. Innerhalb dieser liegen auch die meisten Gründe, um die so schwere Frage wegen der Moralität der Aufstände und Revolutionen, zu beantworten.

6.

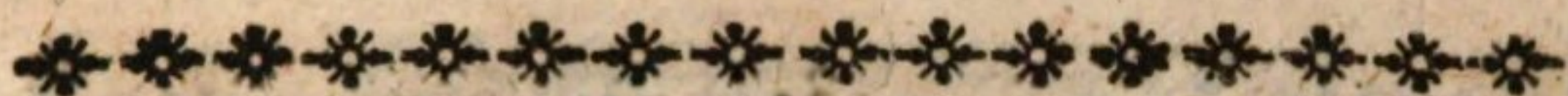
Das allgemeine Staatsrecht enthält die ewig gültige Norm, nach welcher die Staaten der wirklichen Welt vervollkommen werden müssen. Wie dieses so geschehen könne, daß doch dadurch die Bande der bürgerlichen Gesellschaft nicht aufgelöst werden, ist eine Frage der Politik.

Prinzipien
des
allgemeinen Völkerrechts.

Principien

des

allgemeinen Völkerrechts



I.
Begriff des allgemeinen Völker-
rechts.

I.
Wenn von Rechten eines Volkes die Rede
 ist, kann unter Volk nicht jede unab-
 hängige Gesellschaft, sondern nur eine
 bürgerliche verstanden werden, welche
 eine Staatsverfassung hat; diese heisst in Be-
 ziehung auf Auswärtige, welche ihre Frey-
 heit widerrechtlich nicht einschränken dür-
 fen, *ein Volk.*

2.
 Da ein Volk durch Identität der Willen
 Aller in Beziehung auf den Zweck der
 Sicherung seiner vollkommenen Rechte ent-
 steht, so muß es als eine moralische Per-
 son angesehen werden, welche vollkommne
 Pflichten und Rechte auf sich hat. Unvoll-
 kommne Pflichten aber kann ein Volk, als
 Volk, nicht haben. *)

3. Die
 *) Eine Gesellschaft, welche eine Gewalt hat,
 kann keine unvollkommenen Pflichten ha-
 ben.

3.

Die kollektive Person: *Volk*, hat so gut als jede individuelle Person das uneingeschränkte Recht, ihre äußere Freyheit durch Gewalt zu schützen, wiefern es bey dem gleichen Rechte aller andern geschehen darf. Sie hat dieß Recht eben dadurch,

ben. Ohne allgemeine Beystimmung darf von ihr nichts geschehn; dasienige aber, wofür die allgemeine Beystimmung ist, *muß* geschehn. Was eine Gesellschaft, ohne durch ihren Zweck nothwendig dazu bestimmt worden zu seyn, aus freyem willkührlichen Entschlusse für Vollkommenheit und Glückseligkeit der Auswärtigen leistet, das leistet sie nicht, als die Gesellschaft, die sie rechtlich genommen, ist, sondern überhaupt als eine Mehrheit von Individuen, die zufällig über einen gewissen Entschluß übereinstimmt. Ein Volk ist nur in sofern ein Volk, als es die Sicherung seiner Unabhängigkeit bezweckt; was die sämmtlichen, oder die mehrern Glieder desselben ohne Beziehung auf diesen Zweck thun, das thun sie nicht als *Volk*. Wenn also ein Volk z. B. einem andern, ohne ihm eine Leistung

durch, daß alle Auswärtige (Völker und Einzelne) die Pflicht haben, ihr die unabhängige Verfolgung ihrer rechtmäßigen Zwecke nicht zu hindern, und im Fall sie dieß thäten, der vertheidigenden Gewalt derselben nicht zu widerstehen.

4.

Das allgemeine Völkerrecht ist die Wissenschaft der einem Volke ohne alle Verträge zustehenden und der für dasselbe durch

Leistung schuldig zu seyn, aus Mitleid gegen die Lage desselben, Getreide zukommen läßt, so kann man nicht sagen, daß das Volk, *als Volk*, wohlthätig sey, sondern nur, daß eine gewisse Menge Menschen, die sich zu einem ganz andern Zwecke vereinigt haben, zufällig auch in der Ausübung einer Liebespflicht übereinstimmen. Nur aus diesem Gesichtspunkte kann das andre Volk die Handlung dieses Volkes ansehen. Die einzelnen Menschen, welche ein Volk ausmachen, haben unvollkommne Verbindlichkeiten gegen die Auswärtigen, aber ihre ganze Verbindung zum Volke hat keine.

durch Verträge möglichen Rechte gegen Auswärtige.

5.

Das allgemeine Völkerrecht enthält die Prinzipien alles positiven Völkerrechts, welches sich durchaus auf Verträge gründet. Ein positives Gewohnheitsvölkerrecht *) ist eigentlich gar kein wahres Recht zu nennen.

6.

Das allgemeine Völkerrecht zerfällt, wie das Naturrecht, in: a) das *absolute*, und b) das *hypothetische*.

7.

Das absolute Völkerrecht stellt diejenigen Rechte eines Volks gegen Auswärtige dar, welche demselben als einer durch die Einheit des Zweckes zu einer kollektiven Person verbundenen Menge einzelner persönlicher Wesen unter allen Umständen, ohne Voraussetzung einer Handlung zukommen.

8. Das

*) Man theilt gewöhnlich das positive Völkerrecht in *das Vertragsvölkerrecht* (*ius gentium pactitium*) und *das Gewohnheitsvölkerrecht*, (*ius gentium consuetudinarium*.)

8.

Das hypothetische Völkerrecht stellt diejenigen Rechte eines Volkes gegen Auswärtige dar, welche sich dasselbe durch Handlungen in Beziehung auf Sachen, und (kollektive oder individuelle) Personen erwerben kann.

II.

Verhältniß des allgemeinen Völkerrechtes zu dem Naturrechte.

I.

Das allgemeine Völkerrecht ist in allen seinen Theilen nichts anders, als eine Anwendung der Grundsätze des Naturrechts, auf das Verhältniß eines Volkes, nach seinem Rechte auf Unabhängigkeit, zu den Völkern, und Menschen außer ihm. *)

2. Die

*) Diese Anwendung ist mit keiner Abänderung verknüpft, und man kann z. B. nicht sagen, die Rechte eines Volkes seyen wichtiger, als die eines Einzelnen außer ihm. Kein Volk darf seiner Selbsterhaltung wegen, auch nur einen Auswärtigen opfern.

2.

Die Rechte eines Volkes sind eben so unabhängig von physischem Bedürfnisse, Stärke der Kräfte, Cultur des Geistes und der Moralität, als die Rechte des einzelnen Menschen. Sie sind eben so unveränderlich und bey aller Kollision mit Bedürfnis und selbst äußerster Noth unaufheblich. Es giebt kein Recht des Stärkern unter den Völkern, eben so wenig ein Nothrecht derselben.

III.

Einige Schriften.

Außer denen im ersten Theile angeführten Schriften:

- 1) Rich. Zouchaei, juris et iudicii fecialis five juris inter gentes et quaestionum de eodem explicatio. Oxon. 1650. 4.
- 2) Wolfg. Textor Synopsis juris gentium, Bas. 1680.
- 3) Ioh. Adam Ickstadt, elementa juris gentium, Wirceb. 1740. 4.
- 4) Adam Friedrich Glafey, Völkerrecht. Nürnberg. Frankf. und Leipz. 1752. 4.
- 5) Christ.

- 5) Christ. L. B. de Wolf, jus gentium, methodo scientifica pertractatum. Halae 1749. 8.
- 6) La science du Gouvernement par Mr. de Real. T. V. du droit des gens.
- 7) Le droit des gens; ou principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains, par Mr. de Vattel, à Leide, 1758. 4. Amsterd. 1776. II. T. 4. Neufchatel 1777. 3. T. 12.
- 8) I. F. L. Schrod, Systema juris gentium; Bamberg. 1780. 8.
- 9) Precis du droit des Gens, de la Guerre, de la Paix et des Ambassades, par Mr. le Vicomte de la Maillardiere, à Paris 1776. 12.

IV.

*Uebersicht des Hauptinhaltes des
allgemeinen Völkerrechts.*

I.

Das nächste Rechtsprinzip alles Völkerrechts ist: ein Volk darf seine belie-

Q²

bigen

bigen Zwecke frey verfolgen, wiefern durch sie die Zwecke keines Auswärtigen widerrechtlich eingeschränkt werden, und jedem Auswärtigen Gewalt entgegen setzen, der es in dieser freyen Verfolgung seiner erlaubten Zwecke hindert. Das in diesem Rechtsprinzip enthaltene *Dürfen* ist die nothwendige Folge der vollkommenen Pflicht aller Auswärtigen, kein Volk in der freyen Verfolgung seiner erlaubten Zwecke zu hindern, und der Gewalt, womit es im Fall eines Angriffs, seine Unabhängigkeit vertheidigt, nicht zu widerstehen. *)

2.

So wie der einzelne Mensch mit seiner Erscheinung in der wirklichen Welt alle aus dem Charakter der Persönlichkeit eines vernünftigen endlichen Wesens folgende Rechte hat; so besitzt sie auch ein Volk von der Zeit an, wo es Volk wird, und wegen

*) S. den I. Theil S. 104. Exkurs II. *Meine* Grundfätze des natürlichen Staatsrechts, S. Th. S. 25. u. ff.

wegen der Einheit der Willen Aller in Beziehung auf den Zweck als Person angesehen werden muß.

3.

Alle Rechte, die ein Volk zu folge seiner Persönlichkeit besitzt, kommen zurück auf das Recht einer vollkommenen Unabhängigkeit von dem Willen der Auswärtigen in Rücksicht aller Handlungen, durch welche die gleiche Unabhängigkeit der Auswärtigen nicht eingeschränkt wird. *)

4.

Ein Volk darf Gewalt entgegensetzen:
1) iedem Angriffe auf sein Leben; 2) iedem Angriffe auf seine Bestandtheile und Güter; 3) iedem Angriffe auf seine freye Wirksamkeit.

5.

Das Leben eines Volkes besteht in der Form seiner durch den allgemeinen Willen bestimmten Verfassung. Die Vernichtung derselben ist sein Tod. Ein Volk hat das Recht iedem Angriffe eines Auswärtigen

Q 3

tigen

*) S. den I. Th. S. 142. u. folgg.

tigen auf seine Verfassung, zu welchem derselbe nicht durch ein vorher ihm von dem Volke angethanes Unrecht berechtigt worden, Gewalt entgegenzusetzen.

6.

Ein Volk hat, so bald es Volk wird, Bestandtheile und Güter, die ihm, als Bedingungen seines Lebens, gleichsam angebohren sind. Es hat das Recht, jedem rechtswidrigen Angriffe auf selbige Gewalt entgegenzusetzen.

7.

Die freye Wirkfamkeit eines Volkes wird eingeschränkt: 1) dadurch, daß Auswärtige derselben körperliche Hindernisse entgegensetzen; 2) dadurch, daß Auswärtige ihm ihnen bewufste, und als bewufste erweisliche Unwahrheiten mittheilen; 3) dadurch, daß Auswärtige seine Ehre verletzen. Ein Volk hat das Recht zur Gewalt gegen jede solche seine freye Wirkfamkeit einschränkende Behandlung.

8.

Auswärtige dürfen keine körperlichen Hindernisse entgegensetzen: 1) der Erhaltung eines Volks durch rechtmäßige Mittel; 2) der Vervollkommnung desselben durch rechtmäßige Mittel; 3) der rechtmäßigen Zueignung und Besitznehmung freyer Sachen, zu welchem Zwecke sie auch geschehe; 4) seinem rechtmäßigen Geben und Annehmen von Versprechen, zu welchem Zwecke es auch sey. Das Volk hat Recht zur Gewalt gegen jeden Angriff eines Auswärtigen von einer von diesen Seiten.

9.

Da durch Mittheilung falscher Vorstellungen die freye Wirksamkeit eines Volks jederzeit eingeschränkt wird, so thun Auswärtige einem Volke unleugbar Unrecht, wenn sie ihm bewusste Unwahrheiten mittheilen, und das Volk darf in dem Falle, wo es durch solche erweislich bewusste Unwahrheiten in Schaden versetzt worden ist, für selbigen Ersatz erzwingen. *)

Q 4

10. Da

*) S. den I. Th. S. 164. ff

10.

Da durch Verletzung der Ehre eines Volks die freye Wirksamkeit desselben eingeschränkt wird, so darf ein Volk die Auswärtigen, die sich einer solchen Verletzung schuldig gemacht, zum Widerruf, und, wenn durch selbige schon Schaden erfolgt, zum Ersatz zwingen. *)

11.

Die bisher angeführten Rechte eines Volkes sind seine *ursprünglichen* Rechte, und als solche nichts anders, denn die allgemeinen Urrechte der Menschheit, übertragen auf die Persönlichkeit eines Volkes. **)

12.

Völker können, wie Einzelne, sowohl Rechte auf bestimmte freye Sachen, als auch Rechte auf (kollektive sowohl als einzelne) Personen erwerben. ***)

13. Völker

*) S. den I. Th. S. 161. ff.

**) *Ius gentium absolutum*.

***) *Ius gentium hypotheticum*.

13.

Völker dürfen freye Sachen nach Substanz und Nutzung ihrem Willen allein als Mittel für dessen Zwecke ausschließlich unterordnen; (sich *zueignen*) und sie in das dieser Unterordnung angemessene Verhältniß gegen ihre Kräfte setzen; (*in Besitz nehmen, besitzen.*)*) Die *Bezeichnung* des Eigenthums ist dabey aus demselben Grunde nothwendig, wie bey einzelnen Menschen.**)

14.

Das einem Volke zustehende Eigenthumsrecht hat denselben Grund;***) denselben Inhalt und Umfang,†) als das einem Einzelnen zukommende; auch wird es auf gleiche Weise aufgehoben.††)

15.

Die Auswärtigen haben gegen das Volk, als Eigenthümer, weder ein Recht

Q 5

des

*) S. den I. Theil S. 211 — 238.

**) S. den I. Theil S. 218 — 222.

***) S. den I. Theil S. 217. S. 231.

†) S. den I. Theil S. 233.

††) S. den I. Theil S. 238.

des unschädlichen Gebrauchs, noch des Nothgebrauchs.*)

Herr *Hufeland* sagt: „Wegen des unschädlichen Gebrauchs kann von den Völkern im Allgemeinen nicht gewehrt werden: 1) der Durchgang durch ihr Gebieth, 2) das Anbauen wüster Stellen in ihrem Territorium u. dergl. m.“ Allein mir scheint bey dieser Behauptung, so wie bey allen ähnlichen, der Gesichtspunkt der Billigkeit dem Gesichtspunkte des strengen Rechts untergeschoben zu seyn. Ein Volk darf ieden beliebigen Gebrauch, den Auswärtige gegen seinen Willen von seinem Territorium machen wollen, gewaltsam verhindern, und diess folgt geradezu daraus, daß sein eigener Wille ihm Gesetz ist, und es einem fremden gegen den seinigen nicht untergeordnet werden darf, ohne durch Unrecht ein Befugniß dazu gegeben zu haben. Auswärtige dürfen also auch ihren Feind nicht gegen den Willen des Volkes auf seinem Territorium verfolgen, wenn

*) S. den I. Theil S. 234 — 236.

wenn das Volk nicht durch einen Vertrag ein solches Recht selbst zugestanden hat. *)

16.

Völker dürfen sich durch Verträge Rechte auf Gesellschaften und Personen erwerben.

17.

Die Verträge der Völker sind aus demselben Grunde von strenger rechtlicher Gültig-

*) Es ist keine *vollkommene* Pflicht, seinem Mitmenschen behülflich zu seyn, um seinen Feind in die Hände zu bekommen; aber es ist eine vollkommene Pflicht, sich keines Gutes seines Mitmenschen als eines Mittels zu seinen beliebigen Zwecken gegen Ienes Willen zu bedienen, also auch nicht seines Grundes und Bodens.

Sagt man: ein Volk dürfe ein andres, welches seinen Feind in seinem Territorium hegt, auch als seinen Feind ansehen, so setzt man fälschlich voraus, daß es eine vollkommene Pflicht sey, ienen Feind auszuliefern, und bedenkt nicht, daß es ganz von der Willkühr eines Volkes abhängt, ob es an den Händeln andrer Völker und Menschen irgend einen Antheil nehmen wolle.

Gültigkeit, aus welchem es die Verträge einzelner Menschen sind. *) Es gehören zu einem Volksvertrage dieselben Erfordernisse, die zu jedem andern gehören. **) Der Volksvertrag hat dieselbe zwangsrechtliche Wirkung, welche jeder andre hat. ***)

18.

Da das eigentliche Seyn und Leben eines Volkes in seiner Verfassung besteht, so können nur Völker von bestimmter Verfassung Verträge schließen. Ein Volk im Zustande der Anarchie kann es nicht.

19.

Volksverträge, welche aus Furcht geschlossen worden, sind, wenn sie nur übrigens den Erfordernissen aller rechtsgültigen Verträge angemessen sind, vollkommen verbindend. †)

20. Ueber

*) S. den I. Theil. S. 282 — 297.

**) S. den I. Theil S. 298. §. 13. S. 299. §. 15. §. 16.

***) S. den I. Theil S. 292 — 295.

†) S. den I. Theil S. 300. §. 17. §. 18.

20.

Ueber die rechtliche Unmöglichkeit einseitig von einem Vertrage zurück zu treten, *) über Irrthum und Betrug gelten bey Völkerverträgen alle Grundsätze, die für jeden Vertrag im hypothetischen Naturrechte aufgestellt werden. **)

21.

Die Einwilligung muß bey einem Volksvertrage, wie bey jedem andern erkannt seyn. Die Vermuthung der Einwilligung berechtigt nicht. ***)

22.

Die mit besondern Arten der Verträge verknüpften Rechte sind bey Volksverträgen durchaus so beschaffen, wie bey den Verträgen einzelner. †) ††)

23. Die

*) S. den II. Theil S. 97 — 106.

**) S. den II. Theil S. 100 — 105.

***) S. den II. Theil S. 105 — 110.

†) S. den II. Theil S. 111 u. folg.

††) Das Gesandtschaftsrecht ist nur eine Anwendung der Theorie des Bevollmächtigungsvertrags.

23.

Die Rechte eines Volks werden durch jede Handlung eines Auswärtigen verletzt, welche dessen äußere Freyheit rechtswidrig einschränkt, oder wodurch dasselbe, unverschuldet, einem fremden Willen untergeordnet wird. Alle Verletzungen sowohl der ursprünglichen, als der erworbenen Rechte desselben kommen darauf zurück.

24.

Unmittelbar werden die Rechte eines Volkes durch jeden Angriff verletzt, der sich auf das Ganze desselben, wofern es *Volk* ist, bezieht; Mittelbar durch jeden Angriff auf die einzelnen Glieder, woraus es besteht.

25.

Ein Volk ist bey jeder Verletzung seines Ganzen und seiner Einzelnen durch Auswärtige zur Gewaltanwendung berechtigt.

26.

Einer gewiss bevorstehenden Verletzung darf ein Volk diejenige Gewalt entgegen-
setzen,

setzen, die es zur Verhinderung derselben für nöthig erachtet.

27.

Gegen eine im Werk seyende Verletzung darf es alle für seine Vertheidigung mögliche Zwangsmittel ohne weitere Rücksicht brauchen.

28.

Wenn die Folgen einer schon erlittenen Verletzung sich heben lassen, so darf es alle Zwangsmittel anwenden, durch welche es geschehen kann.

29.

Ein Volk hat aber eben so wenig als der beleidigte Einzelne ein Recht, sich am Beleidiger zu *rächen*,*) oder ihn zu *strafen*.**)

30.

Das Vertheidigungsrecht des Volks gegen eine im Werk seyende Verletzung ist unendlich, d. h. das Volk darf, in dem Verhältnisse als die verletzende Handlung des

*) S. den I. Theil S. 187. 188.

**) S. den I. Theil S. 189 — 193.

des Angreifenden dauert, in der Anwendung gewaltsamer Mittel, bis auf das äußerste fortgehen. Gleich unbegrenzt ist sein Recht, für den durch eine Verletzung ihm zugefügten Schaden Ersatz zu erzwingen.

Herr Jakob nennt das unendliche Recht des Beleidigten und das: in hostem omnia licent, greuliche Schandfleck für die philosophische Rechtslehre. Er dürfte aber wahrscheinlich von dieser Behauptung zurückkommen, wenn er sich überzeugete, daß aus denselben Rechtsprinzipien, aus welchen sich im Allgemeinen alles Recht gegen den Beleidiger ergibt, auch die Unendlichkeit desselben (sie nur wohlverstanden) folgt. Nur dann würde das unendliche Recht des Beleidigten ienen Namen verdienen, wenn man es auf *Rache* oder auf *Strafe* bezöge. Allein in Hinsicht der vertheidigenden Gewalt hat das Recht zu zwingen mit der Dauer des Unrechts gleiche Ausdehnung; nur die Beendigung des Unrechts von der Seite meines Beleidigers

leidigers setzt meiner Gewaltanhnung
Gränzen.

31.

Der fortdauernde und planmäßige Gebrauch von Gewaltmitteln eines Volks gegen Auswärtige zu dem Zwecke seiner Verteidigung, und Sicherung ist *Krieg*. Aller Gebrauch von Gewaltmitteln eines Volkes gegen Auswärtige aus andern Gründen, ist rechtswidrig.

32.

Ein Volk darf Krieg anfangen auf jede gewifs vorherzusehende, und jede im Werk seyende Beleidigung von Auswärtigen.

33.

Ein Volk hat nicht nöthig einen gerechten Krieg vorher anzukündigen.

34.

Die Art, den Krieg zu führen, hängt lediglich von der Willkühr des beleidigten Volkes ab.

35.

Das beleidigte Volk darf im Kriege gegen ein andres Volk nicht nur alle von ihm

beliebte Feindseligkeiten und Gewaltmittel gegen diejenigen anwenden, welche die Waffen führen, sondern auch die übrigen Mitglieder desselben nach seiner Willkühr behandeln. Ueberhaupt darf es auf jede ihm gefällige Weise das Ganze des feindlichen Volkes schwächen. So rechtmässig also im Kriege, welchen ein beleidigtes Volk gegen ein andres führt, alle Arten von Gewalt und von List sind, so rechtmässig ist auch jede Bedrückung der einzelnen Bürger und Beywohner, welche durch ihren Willen doch sämmtlich auch Antheil an der Beleidigung und dem Kriege haben, und zu den Kosten desselben das Wesentliche beytragen.

36.

Das Recht des beleidigten Volkes zum Kriege ist unendlich, und kann fortgehen bis zur gänzlichen Vernichtung der Existenz des feindseligen Volkes. (§. 30.)

37.

Das gegenseitige Versprechen der Einstellung der Feindseligkeiten ist das Wesentliche

liche des Friedens, welcher, mit seinen wesentlichen und möglichen zufälligen Nebenumständen, beurtheilt werden muß, wie ieder andre Vertrag.

38.

Wenn das beleidigte Volk noch Grund hat, die Fortdauer feindseliger Gesinnungen bey dem Volke, welches es bekriegt hatte, vorauszusetzen, so darf es seine Freyheit durch Mittel, die ihm verhältnißmäßig scheinen, einschränken, bis es sich vor ihm sicher glauben kann. Hat es Ersatz von ihm zu fordern, so darf es sich an sein Territorium halten, auch seine Entschädigung von den Gütern der Einzelnen nehmen. Ausser diesen Fällen ist es rechtswidrig, eroberte Länder im Besitze zu behalten.

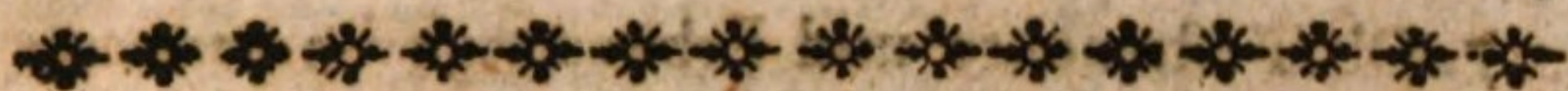
39.

Das beleidigte Volk darf feindselig gegen alle Auswärtige handeln, welche das Volk, mit welchem es Krieg führt, auf irgend eine Weise unterstützen, Es darf selbst keine Auswärtigen zwingen, mit ihm

gemeinschaftliche Sache zu machen, auch nicht sein Gebieth, oder seine Güter auf irgend eine Weise gegen dessen Willen zu dem Zwecke seines Krieges verwenden.

40.

Das Recht eines jeden Volkes, bey einem Kriege neutral zu bleiben, ergiebt sich mit allen seinen Nebenrechten aus dem Rechte jedes Volks auf die Freyheit in der Wirksamkeit seiner Kräfte, als eine Folge der Persönlichkeit und Selbstständigkeit desselben.



I n h a l t

des zweyten Bandes.

Vorrede, enthaltend Erörterungen verschiedener
Lehrstücke des ersten Theils.

1. Prüfung der Einwürfe des Herrn Recens.
des ersten Theils in der staatswissenschaftl.
und iurist. Litteratur gegen meine Deduktion
des Begriffes Recht. - S. 1 - 40
2. Bemerkungen über Herrn *Jakobs* Deduktion
des Begriffes *Recht*, in seiner philosophischen
Rechtslehre. - 40 - 50
3. Ueber *Ebendesselben* natürliches Strafrecht.
S. 50 - 59
4. Vertheidigung des Platzes, den ich im ersten
Theile der Lehre von den Zwangsrechten
der Eltern in Beziehung auf die Kinder an-
gewiesen habe, gegen den Herrn Recens. in
der staatswissenschaftl. und iurist. Litteratur.
S. 59 - 62
5. Eine merkwürdige Stelle des *Cicero* über das
sogenannte Nothrecht. S. 62. 63
6. Ob die durch Verletzungen entstehenden
Rechte in das hypothetische Naturrecht ge-
hören, in Beziehung auf Herrn Schmalz und
Herrn Jakob. - S. 63 - 66

7. Ob Testamente und Erbverträge im vertrag-
losen Zustande unter Menschen gültig seyen?

S. 66 - 81

8. Wie Testamente und Erbverträge in der
Gesellschaft durch Vertrag gültig werden.

S. 81 - 86

*Fortsetzung und Beschluss des hypothetischen
Naturrechts.*

1. Exkurs über die Theorie der Verträge, von
Herrn *Schmalz*, S. 89 - 97

2. Beschluss der im ersten Theile angefangenen
allgemeinen Theorie der Verträge. S. 97

1) Wiefern kann nach Annahme eines Ver-
sprechens der Promittent es zurücknehmen,
wiefern nicht? S. 97 - 99

2) Welchen Einfluss hat die Unkunde der Na-
tur der Leistung auf die Gültigkeit eines
Vertrags? S. 100. 101

3) Welchen Einfluss hat der wirkfame Irrthum
(error efficax) auf dieselbe? S. 101 - 104

4) Welchen Einfluss hat der Betrug? S. 104. 105

5) Ausdrücklichkeit aller Verträge. S. 105. 106

6) Ueber die vermuthete Einwilligung.

S. 106 - 110

Eintheilung der Verträge: S. 111.

1. wiefern sie Handlung oder Sache betreffen.

S. 111

I. Hand-

I. Handlung

- a) der Bevollmächtigungsvertrag. S. 112. 113
- b) der Hinterlegungsvertrag. S. 113. 114
- c) der Arbeitsvertrag. S. 114. 115. 116
- d) der Dienstvertrag. S. 116
- e) Verträge in Beziehung auf Befriedigung
des Triebes eines andern. S. 116. 117

II. Sache.

- a) der Zueignungsvertrag. S. 118 - 124
- b) der Leyhvertrag. S. 124 - 128
- 2) wiefern das Versprechen bedingt oder un-
bedingt geschieht:
 - 1) bedingte und unbedingte Verträge.
S. 128. 129
 - 2) wohlthätige und vergeltliche Verträge. S. 130
 - 1) Schenkungsverträge. S. 131 - 133
 - 2) Tauschverträge. S. 133 - 137

**Veränderung der Verträge; in Beziehung auf die
Personen und die Sachen.**

- 1) Delegation. S. 138
- 2) Assignation. S. 138
- 3) Cession. S. 138
- 4) Novation. S. 139
- 5) Expromission. S. 140

Vernichtung eines Vertrages. S. 140

Endigung eines Vertrages. S. 142

Sicherheits- und Bekräftigungsmittel für Verträge.

S. 142

1) der

- 1) der Pfandvertrag - S. 143
 2) der Bürgschaftsvertrag S. 143. 144
 3) der Eid - S. 144

Prinzipien des allgemeinen Gesellschaftsrechtes.

- I. Allgemeine Grundsätze. - S. 147
 II. Verschiedene Arten der Gesellschaft. S. 156
 III. Ueber die verschiedenen Gesellschaften eigenthümlichen Rechte. - S. 166
 1) natürliches Eherecht - S. 167
 2) natürliches Kirchenrecht. - S. 185

Prinzipien des allgemeinen Staatsrechts.

1. Begriff des allgemeinen Staatsrechts. S. 201
 2. Verhältniß des Naturrechts zum allgemeinen Staatsrechte. - S. 207
 3. Schriften über das allgemeine Staatsrecht. S. 210
 4. Uebersicht des wesentlichen Inhalts des allgemeinen Staatsrechts. - S. 217
 5. Verhältniß des allgemeinen Staatsrechts zu den Staaten der wirklichen Welt. S. 232

Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts.

1. Begriff des allgemeinen Völkerrechts. S. 237
 2. Verhältniß des allgemeinen Völkerrechts zum Naturrechte. - S. 241
 3. Schriften darüber. - S. 242
 4. Uebersicht des Hauptinhaltes des allgemeinen Völkerrechtes. - S. 244

Heydenreich, Karl Heinrich,

System des Naturrechts nach kritischen Prinzipien

Bd.: 2

Leipzig (1795)

Ph.pr. 639 h-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040845-7

VD18 80384595-001